

**Interpellation der Abgeordneten Graf v. Kanitz und Genossen,
betreffend die Höhe der Kohlenpreise und die Eisenbahntarife für die Ausfuhr
von Steinkohlen und Koks.**

(Auszug aus dem stenographischen Bericht über die 58. Sitzung (2. Mai 1907)
des Hauses der Abgeordneten.)

Präsident v. Kröcher: Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Interpellation zu verlesen.

v. Hagen, Schriftführer (Zentr.): Die Interpellation lautet:

Was gedenkt die Königliche Staatsregierung zu tun, um den Unzuträglichkeiten zu begegnen, welche sich aus den andauernden Steigerungen der Kohlenpreise ergeben? — Ist die Königliche Staatsregierung geneigt, in eine erneute Prüfung der Frage einzutreten, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Export von Steinkohlen und Koks nach dem Ausland beizubehalten sind?

Präsident v. Kröcher: Ich richte an die Königliche Staatsregierung die Frage, ob und wann sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Delbrück, Minister für Handel und Gewerbe: Die Königliche Staatsregierung ist heute bereit, durch mich bzw. den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die Interpellation zu beantworten.

Präsident von Kröcher: Dann erteile ich zur näheren Ausführung der Interpellation das Wort dem Herrn Interpellanten Abgeordneten Graf v. Kanitz.

Graf v. Kanitz, Abgeordneter (kons.): Die Vorgänge auf dem Kohlenmarkt haben in neuerer Zeit eine Wendung genommen, sodaß eine öffentliche Besprechung derselben kaum zu vermeiden ist. Wohl noch niemals, in den letzten Dezennien wenigstens, haben wir eine so anhaltende Hochkonjunktur auf dem Montanmarkt zu verzeichnen gehabt. Hohe Kohlenpreise hat es ja auch früher gegeben, zeitweise noch höhere als heute, z. B. im Jahre 1900; aber der Hochstand des Jahres 1900 war von kurzer Dauer und machte bald einer Abschwächung Platz. Heute hingegen haben wir schon seit geraumer Zeit konstante Preise, und von allen Seiten wird bekundet, daß noch eine längere Fortdauer dieser günstigen Konjunktur gesichert sei. Wir wissen, daß die ganze Industrie voll beschäftigt ist, namentlich diejenigen Industrien, welche die meisten Kohlen verbrauchen, und daß die Eisenindustrie noch auf lange Zeit mit Arbeit versehen ist. Die vorhandenen Kohlenmengen reichen nicht einmal zur Bewältigung dieser Arbeit aus, vielfach hat sich bereits eine empfindliche Kohlenknappheit geltend gemacht, welche störend sowohl auf die Industrie wie auf viele landwirtschaftliche Betriebe einwirkt.

Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich zunächst mit kurzen Worten die Bewegung der Kohlenpreise in den letzten Jahren erörtere. Wenn ich die im Ruhrrevier geförderte Fettkohle herausgreifen darf, so hatte diese im Jahre 1885 einen Preis von 5,63 *M*, im Jahre 1900 von 10,25 *M*, im Jahre 1905 9,49 *M*, seit dem 1. April d. J. 10 *M* bis 13¹/₂ *M*, je nachdem es sich um Rußkohle oder Stückkohle handelt. Diese letzteren Preise entsprechen den Festsetzungen des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats vom 7. November v. J., mit welchen ich mich noch etwas eingehender beschäftigen werde.

Meine Herren, die überaus günstige Situation, in welcher sich der Kohlenbergbau befindet, erhellt wohl am besten aus den erzielten Werküberschüssen, aus den verteilten Dividenden, insoweit es sich um Aktiengesellschaften handelt. Ich habe mir aus der Liste der 87 Zechen, welche zum rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat vereinigt sind, diejenigen Zechen ausgezogen, welche eine Beteiligungsziffer von mehr als 1 Million Tonnen jährlich aufweisen. Es sind dies 20 Zechen mit einer Beteiligung von 48120548 t.

Das ist ungefähr $\frac{2}{3}$ von der Gesamtbeteiligung, welche sich auf 76 275 834 t stellt. Keine von diesen 20 Zechen hat für das vergangene Jahr weniger als 11 pCt Dividende verteilt. Es finden sich darunter aber auch Dividenden von 14, 22, 27,5 33 pCt, (hört, hört! rechts) abgesehen von der Arenbergschen Bergwerksgesellschaft, welche bekanntlich immer die höchsten Ueberschüsse erzielt und im vorigen Jahre 45 pCt Dividende verteilt hat, (hört, hört! rechts) gegen 35 pCt. im Vorjahr. Bei den weitaus meisten dieser Zechen hat eine beträchtliche Steigerung der Dividenden vom Jahre 1905 bis zum Jahre 1906 stattgefunden. Damit waren freilich die Herren Aktionäre noch nicht immer zufrieden. In der Generalversammlung der Gelsenkirchener Gesellschaft am 13. März bekam der Vorstand noch den Vorwurf zu hören, daß die Dividende von 11 pCt zu knapp bemessen sei. (Hört, hört! rechts).

Nun, meine Herren, weiß ich sehr wohl, daß nicht alle Bergwerksunternehmungen sich in so günstiger Lage wie diese größten Zechen befinden; ich weiß, daß die vielen kleineren Zechen schon deshalb nicht so hohe Erträge abwerfen können, weil sie ihre Generalkosten auf ein geringes Förderquantum zu verteilen haben. Außerdem kommen ja die verschiedenartigen Abbauverhältnisse, die Belastung mit Aktienkapital und dergleichen Umstände in Betracht. Ich weiß ferner, daß nicht jedermann, der heute sein Geld in Kohlenwerten anlegt, auf so hohe Prozente rechnen darf. Die meisten Aktionäre, oder doch sehr viele, haben ihren Besitz an Aktien, Kuxen usw. zu Preisen erworben, welche weit über den Nominalwert dieser Papiere hinausgehen, ihn um das doppelte, dreifache, ja vierfache übertreffen. (Sehr richtig! links) Bei den heutigen Börsenkursen wird man im Durchschnitt für Aktien auf eine etwa 6prozentige Verzinsung des Aktienkapitals rechnen können, und das ist gegenüber dem damit verbundenen Risiko auch keineswegs zu viel. Immerhin, meine Herren, diese hohen Erträge und die sehr gestiegenen Börsenkurse sind ein untrüglicher Beweis dafür, daß sich der Kohlenbergbau in einer überaus günstigen Lage befindet, in einer so günstigen Lage, wie sie kaum ein anderer Industriezweig aufweisen kann.

Nun ist ja diese Situation deshalb eine besonders erfreuliche, weil dadurch die vielfach verbreitete Legende widerlegt wird, daß unsere Großindustrie bei der neueren Zoll- und Handelspolitik zu kurz gekommen sei. (Sehr richtig! rechts) Daß die Großindustrie weder durch den neuen Zolltarif noch durch die Handelsverträge geschädigt worden ist, zeigt sich wohl am klarsten aus dem glänzenden Aufschwung, welcher fast in allen Industriezweigen wahrzunehmen ist, und vornehmlich auch in dem riesig gesteigerten Bedarf an Kohlen.

Weniger erfreulich ist die Gestaltung der Lohn- und Arbeiterverhältnisse in den Kohlenrevieren. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Daß die Zahl der im Bergbau beschäftigten Arbeiter sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt hat, daß sie von 218 725 auf 490 604 gestiegen ist, darf ja nicht befremden. Es erklärt sich dies aus der riesig gesteigerten Kohlenförderung, wenn auch die Arbeitsleistung pro Kopf nicht unerheblich zurückgegangen ist.

Aber wir wollen nicht übersehen, daß andere Erwerbszweige, welche nicht so hohe Löhne zahlen können wie der Kohlenbergbau, durch den Abzug ihrer Arbeiter nach den Kohlenrevieren empfindlich geschädigt werden, daß namentlich in der Landwirtschaft sich bereits eine fast unerträgliche Arbeiternot geltend gemacht hat. (Sehr richtig! rechts) Diese Abwanderungen dauern noch fort. Es werden sogar von einigen Zechen Mittel zur Heranziehung der Arbeiter angewendet, die nicht mehr als schön zu bezeichnen sind. Abgesehen davon, daß Agenten namentlich die östlichen Provinzen bereisen und die Leute anwerben, sind in neuerer Zeit an die Gastwirte in Ostpreußen streng vertrauliche Schreiben geschickt worden, worin ihnen eine Vermittlungsgebühr von 3 *M* für jeden angeworbenen Arbeiter zugesichert wird. (Hört, hört! rechts) Außerdem waren diesen Schreiben große Plakate beigefügt, welche in den Gaststuben anzuheften waren. Diese Plakate — ich resumiere nur einiges daraus — haben folgenden Inhalt:

Wer Arbeit und Verdienst sucht, kann beides in unsern ausgedehnten Bergwerksbetrieben finden. Wir haben lohnende und reichliche Beschäftigung sowohl für solche Arbeiter, welche bei Erdarbeiten, Verladungsarbeiten und sonstigen Tagelohnarbeiten auf der Oberfläche, als für solche, welche unter der Erde, also im Grubenbetriebe als Pferdeführer, Schlepper usw. tätig sein wollen. Ein tüchtiger Arbeiter kann bei uns während des ganzen Winters lohnenden Verdienst haben. Wir suchen in erster Linie solche Leute, die noch nicht 28 Jahre und unverheiratet sind.

Des weiteren wird den Leuten in Aussicht gestellt, daß die Reisekosten verauslagt werden, und daß ihnen, wenn sie ein Jahr bei der Grube in Arbeit bleiben, die ganzen Reisekosten geschenkt werden.

Welchen Erfolg diese Mittel haben, wird Ihnen am klarsten daraus werden, daß unter den 285 351 Bergarbeitern im Ruhrrevier im vorigen Jahre 96 837 gezählt worden sind, die aus den drei östlichen Provinzen — Ostpreußen, Westpreußen und Posen — sowie aus dem Regierungsbezirk Oppeln stammen. Das sind 34 pCt der gesamten Belegschaft. (Hört, hört! rechts)

Was nun diese Plakate und die sonstigen Mittel betrifft, um die Arbeiter dorthin zu locken, so bedaure ich, daß man den Leuten nur den hohen Lohn verspricht, ihnen aber verschweigt, welch gefahrvoller Beruf ihrer wartet, und wie schnell ihre Kräfte darin verbraucht werden. Nach den Berichten der Knappschaftsvereine werden die Bergarbeiter im Durchschnittsalter von 46 Jahren Invalide. In dem Bezirk Bochum mit 285 000 Mitgliedern tritt die Invalidität sogar schon im Durchschnittsalter von 43 Jahren ein. Aber natürlich, das wird den Leuten verschwiegen. Der hohe Lohn genügt jedoch, um sie zur Abwanderung zu verleiten.

Was nun die Lohnsätze anlangt, so sind im Dortmunder Revier die Schichtlöhne der Häuer in den letzten 20 Jahren von 2,93 *ℳ* auf 5,60 *ℳ* gestiegen, haben sich also fast verdoppelt. Allein im Jahre 1906 sind die Löhne der unterirdisch beschäftigten Arbeiter um 21½ pCt und die Löhne der gesamten Belegschaft um 18 pCt gestiegen. Damit können andere Erwerbszweige natürlich nicht Schritt halten, am wenigsten die Landwirtschaft. Wir Landwirte sind nicht in der Lage, die Preise unserer Produkte beliebig heraufzusetzen, wie die syndizierten Industrien das tun. (Sehr richtig! rechts) Wir müssen es ruhig ansehen, daß unsere Arbeiter scharenweise nach den großen Industriebezirken abwandern und daß bei uns ein Arbeitermangel sich eingestellt hat, der geradezu schon unerträglich ist. (Sehr richtig! rechts) Wir tragen die Kosten der Erziehung unserer Jugend, die Kosten der Ernährung, Bekleidung, des Schulunterrichts. (Sehr richtig! rechts) Jeder erwachsene Arbeiter repräsentiert ein ansehnliches Kapital, das wir ausgelegt haben, und wenn die Leute herangewachsen sind, stellen sie ihre Arbeitskraft in den Dienst der Großindustrie, die da erntet, wo sie nicht gesät hat. (Sehr richtig! rechts)

Wie geht es nun bei diesen Lohnerhöhungen zu? Als im Oktober vorigen Jahres die letzte Bergarbeiterbewegung im Gange war, da wurde von allen — ich glaube es waren über 100 — Bergarbeiterversammlungen die folgende von der Siebenerkommission vorgeschlagene Resolution angenommen:

Die Versammlung erklärt sich nach Anhörung des Referenten mit der Einreichung einer 15prozentigen Lohnerhöhung einverstanden, denn diese Forderung ist mit Rücksicht auf die erhöhten Lebensmittelpreise und die erzielten Werksüberschüsse voll und ganz berechtigt.

In dieser Resolution waren die gestiegenen Lebensmittelpreise wohl die Nebensache, die Werksüberschüsse aber die Hauptsache. Die Lebensmittelpreise sind nicht höher als in früherer Zeit; (Widerspruch links) die Getreidepreise sind niedriger als vor 25, 30 Jahren und jahrzehntelang vorher, und der Fleischnotrummel des vorigen Jahres war von kurzer Dauer. Aber auf die Werksüberschüsse richteten die Arbeiter ihr Augenmerk, und die Zechen gaben nach, wenn auch nicht mit einemale und nicht in dem geforderten Umfange. Aber diese Lohnerhöhung und die damit verbundene Steigerung der Produktionskosten gab den im Kohlen-Syndikat vereinigten Zechen wiederum den Anlaß, ihre Preise zu erhöhen. So wurden, wie ich bereits sagte, im November vorigen Jahres die Kohlenpreise erhöht für die Kohle um 1 *ℳ*, für Koks um 2 bis 2½ *ℳ* pro Tonne. Diese Steigerung war nach meiner Ansicht unberechtigt und durch die Marktlage in keiner Weise motiviert. Selbst die „Kölnische Zeitung“, welche stets eine sehr wohlwollende Haltung zum Kohlen-Syndikat einnimmt, gab ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, indem sie schrieb, daß diese Steigerung doch über das Maß dessen hinausginge, welches man erwartete.

Nachdem das westfälische Kohlen-Syndikat die Preise so gesteigert hatte, ließen die anderen Kohlenverkaufsvereinigungen nicht lange auf sich warten. Noch in demselben Monat wurden die Preise der Saarkohlen um 0,60 bis 1,30 *ℳ* pro Tonne erhöht; dann folgte in Oberschlesien die Gewerkschaft Giesche Erben mit ähnlichen Erhöhungen, am 14. Februar die oberschlesische Kohlenverkaufskonvention. In Summa, wir haben es mit einer durchgängigen Erhöhung der Kohlenpreise um 10% seit dem 1. April zu tun,

und was das für den Konsum bedeutet, das lassen Sie mich Ihnen mit wenigen Zahlen klarlegen.

In Deutschland wurden im vorigen Jahre 136 479 885 t Kohlen produziert. Rechne ich die Einfuhr hinzu und die Ausfuhr ab, so bleibt ein Verbrauchsquantum von 126 147 080 t. An Koks wurden 20 260 572 t produziert; unter Berücksichtigung der Ein- und Ausfuhr bleibt auch hier ein Verbrauchsquantum von 17 407 936 t. Meine Herren, 126 Mill. t Kohlen werden im Deutschen Reiche jährlich verbraucht; eine Steigerung um 1 *M* bedeutet also eine Mehrausgabe von 126 Mill. *M*, welche die Verbraucher mehr als bisher an den Bergbau zu zahlen haben. Für 17 Mill. t Koks — ich will nur einmal 2 *M* rechnen — sind es ungefähr 35 Mill. *M*. Kohlen und Koks zusammen repräsentieren also durch diese Verteuerung einen Mehraufwand von 161 Mill. *M*, von welcher Summe allerdings der auf den Selbstverbrauch der Zechen und der Kokereien entfallende Teil abgeht.

Was bedeutet solchen Zahlen gegenüber die angeblich so beträchtliche Verteuerung der Lebensmittel? Gehört die Kohle nicht auch zum notwendigen Lebensbedarf (sehr richtig! rechts) ebenso wie das Brot? Haben sich etwa die Getreidepreise und Viehpreise in den letzten 20 Jahren auch verdoppelt wie die Kohlenpreise?

Ich glaube, daß diejenigen, welche diese hohen Kohlenpreise gutheißen, am wenigsten Veranlassung haben, über die Teuerung der Lebensmittel sich zu beklagen.

In der Tat, meine Herren, wir haben es hier mit einer Schraube ohne Ende zu tun: die Preise der Kohle werden erhöht, dann fordern und erreichen die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung, und infolge der Lohnerhöhung werden die Kohlenpreise weiter in die Höhe gesetzt. (Sehr richtig! rechts) Natürlich werden die Arbeiter wiederum eine Lohnzulage beanspruchen, das unterliegt gar keinem Zweifel. (Sehr richtig! rechts)

Recht interessant sind in dieser Beziehung die letzten Betriebsberichte einiger großen Zechen, welche ich Ihnen kurz mitteilen möchte.

Die Bergwerksgesellschaft Consolidation, welche pro 1906 30 pCt Dividende verteilt hat, sagt in diesem Bericht:

Das Ergebnis der Monate Januar und Februar ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahrs angesichts der starken Lohnerhöhungen etwas zurückgeblieben. Durch die am 1. April eintretenden höheren Kohlenpreise wird man aber den Ausfall wieder einholen.

Das läßt also hoffen, daß die Herren Aktionäre in diesem Jahre wieder 30 pCt Dividende bekommen werden.

Der Cölner Bergwerksverein, der gleichfalls 30 pCt Dividende verteilt hat, berichtet:

Das Erträgnis des letzten Quartals ist gegen das Vorjahr zurückgeblieben, doch wird der Ausfall durch die seit 1. April erhöhten Kohlenpreise reichlich ausgeglichen werden.

Die Aplerbecker Zeche Margarethe gibt 12 pCt Dividende; in ihrem Betriebsbericht heißt es:

Das Mindererträgnis des letzten Quartals ist auf die großen Lohnerhöhungen zurückzuführen. Ein Ausgleich wird mit Eintritt der neuen Kohlenpreise gegeben sein.

Die Hibernia hat 14 pCt Dividende gegeben und berichtet:

Das Mindererträgnis des ersten Quartals 1907 gegen dasselbe Quartal des Vorjahres ist auf den Wagen- und Arbeitermangel sowie auf die höheren Löhne zurückzuführen. Die mit 1. April in Kraft tretenden höheren Kohlen- und Kokspreise dürften jedenfalls einen Ausgleich ergeben.

So sehen wir, meine Herren, daß die Lohnsteigerung motiviert ist durch die Preiserhöhung der Kohle und die Preiserhöhung der Kohle wiederum durch die Lohnsteigerung. Allzulange kann dieses Spiel aber nicht fortgesetzt werden, wenn nicht eine ernstliche Gefährdung unserer ganzen wirtschaftlichen Interessen die Folge sein soll. Wir sehen, daß fast alle syndizierten Industrien ihre Preise in die Höhe setzen; aber auch die Kohlenpreise müssen schließlich mal eine Grenze nach oben haben.

Lassen Sie mich einen kurzen Blick auf die hier am meisten interessierende Eisenindustrie werfen! Wenn ich auch hier eine Eisensorte herausgreifen darf, das Thomasroheisen, so hatte dasselbe im Jahre 1885 auch seinen Tiefstand. Es notierte in Dortmund ab Werk 41,30 *M*, 1906 aber 74,75 *M*. Andere Eisensorten, Stahl, sind in ähnlichem Maße im Preise gestiegen, und dementsprechend gestalten sich auch die Erträge der Eisenindustrie in hohem Maße befriedigend. Ich darf einige dieser Werke nennen: der

Bochumer Verein erzielte 15 pCt Dividende, die Rheinischen Stahlwerke 12 pCt, Hörder Verein 15 pCt, Phönix, jetzt vereinigt mit Nordstern, 15 pCt, Hasper Eisen- und Stahlwerke 10 pCt, die Rombacher Hüttenwerke 14 pCt, Königs- und Laurahütte 12 pCt, van der Zypen und Wissener Werke 14 pCt.

Weniger erfreulich war die Steigerung der Eisenpreise für die Verbraucher, und da in Deutschland 166 kg Eisen pro Kopf der Bevölkerung jährlich verbraucht werden, so wirkt diese Verteuerung des Eisens natürlich auch verteuern auf die Lebenshaltung des ganzen Volkes ein.

Die neueste Steigerung der Kohlenpreise und namentlich der Kokspreise hat aber die Eisenindustrie veranlaßt, ihre Preise noch weiter in die Höhe zu setzen. Gleich im November vorigen Jahres erhöhte die niederrheinisch-westfälische Gruppe des Vereins deutscher Eisengießereien den Preis für Handelsgußware wie für Bau- und Maschinenguß um 1 *ℳ* pro 1 dz, also 10 pCt pro 1 t. Das Düsseldorfer Roheisensyndikat erhöhte die Preise für Roheisen Nr. 3 um 3 *ℳ* auf 78 *ℳ*, Roheisen Nr. 1 um 4 *ℳ* auf 85 *ℳ*. So ziehen die Preiserhöhungen der Kohlen- und Kokspreise zahllose andere Preiserhöhungen nach sich. Wir sehen, daß es kaum noch einen Industriezweig gibt, der nicht unter Hinweis auf die Verteuerung des Brennstoffs mit einer Preiserhöhung vorgegangen ist.

Aber nicht bloß dies, auch die Preise des Brennholzes sind erheblich in die Höhe gegangen. Nicht minder hat der große Verbrauch an Grubenholz zur Steigerung der Holzpreise beigetragen. Nun, meine Herren, die Höhe des Holzpreises mag ja den großen Forstbesitzern recht erwünscht sein; für die kleinen Leute, für die Verbraucher, sind aber diese Preise als drückend zu bezeichnen, und ich wünsche dringend eine Verbilligung derselben. (Sehr richtig! rechts)

Wenn wir nun die Frage stellen, ob die Preispolitik des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats immer ganz einwandfrei gewesen ist, so will ich gern anerkennen, daß sich das Syndikat einer gewissen Mäßigung befleißigt hat, (hört, hört! bei den National-liberalen) indem es allzu starken Preisschwankungen nach oben wie nach unten vorgebeugt hat. Aber für diese letzte Preiserhöhung werden sich triftige Gründe kaum ausfindig machen lassen. Bekanntlich gibt es im Kohlen-Syndikat zwei Strömungen, die eine, welche auf hohe Preise drängt, die andere, welche Maß zu halten bestrebt ist. Zu letzterer Kategorie gehören die sogenannten Mäßigkeitsapostel, (Heiterkeit) worunter der Vorstand und der Aufsichtsrat zu verstehen ist. Ich bedaure, daß diese gemäßigte Richtung diesmal nicht die Oberhand behalten hat. Der letzte Beschluß des Kohlen-Syndikats auf Preiserhöhung soll sogar einstimmig gefaßt worden sein.

Meine Herren, wenn wir nun in unserer Interpellation die Frage stellen, wie diesen Unzuträglichkeiten abzuhelpen sein wird, so müssen wir vor allen Dingen die Methode ins Auge fassen, nach welcher das Syndikat verfährt, um sich freie Verfügung über die Preise zu sichern. Die Produktionsbeschränkung, welche dem Syndikat statutenmäßig zusteht, will ich hier nicht weiter berühren, weil davon in neuerer Zeit kein Gebrauch gemacht worden ist. Aber die Steigerung der Ausfuhr fällt erheblich ins Gewicht. Das Kohlen-Syndikat begann seine Tätigkeit, wenn ich recht unterrichtet bin, im Jahre 1893, und vom Jahre 1893 bis heute hat sich die Kohlenausfuhr mehr als verdoppelt. Sie ist gestiegen von 9 677 305 t auf 19 554 343 t, die Koks-ausfuhr ist gestiegen von 1 902 424 t auf 3 418 256 t, hat sich also gleichfalls fast verdoppelt. Bemerken will ich hierbei, daß das westfälische Kohlen-Syndikat etwa 17 pCt seines Versandes nach dem Auslande schickt, Oberschlesien sogar 30 pCt. Durch dieses Abstoßen erheblicher Kohlenmengen nach dem Auslande wird natürlich der einheimische Markt von Ware entblößt, das Angebot wird verringert und der Preis gesteigert. Das ist ein ganz naturgemäßer Vorgang; aber was ich bedauere: es wird auch die ausländische Industrie gestärkt (sehr richtig! rechts und links) in ihrem Wettbewerb mit der einheimischen Industrie, zumal da für die Auslandsverkäufe einfach niedrigere Preise als für das Inland festgesetzt wurden. (Hört, hört! rechts)

Es wäre mir in hohem Grade erwünscht gewesen, wenn man bei der Kartell-enquete, die vor 4 Jahren vom Reichsamt des Innern veranstaltet wurde, etwas Näheres über diese Auslandsverkäufe und die dabei gehandelten Preise hätte erfahren können. Auch ich war Mitglied dieser Enquete. Die hervorragendsten Vertreter des Kohlen-bergbaues waren darin; ich will einige Herren nennen: Bergrat Graßmann, Kommerzien-rat Kirdorf-Aachen, Geh. Kommerzienrat Kirdorf-Gelsenkirchen, Generaldirektor Klemme-Kohlscheid, Geh. Bergrat Krabler-Altenessen, Zechendirektor Siedenber-Zeche Rhein-preußen, Bergwerksbesitzer Hugo Stinnes-Mülheim, Direktor Unkel in Essen. Als Sach-verständige waren die uns bekannten verehrten Mitglieder dieses Hauses dort: Herr

Dr. Beumer, Herr Macco, außerdem zahlreiche Vertreter des Kohlenhandels, der Eisenindustrie, auch Vertreter der Wissenschaft, einige Professoren gehörten zu der Kommission; von Mitgliedern des Reichstages die Herren Gothein, Spahn, Molkenbuhr und meine Wenigkeit; Sie sehen, eine sehr illustre Gesellschaft! (Große Heiterkeit)

Nun war dieser Kommission ein Fragebogen vorgelegt, welcher insbesondere folgende Fragen enthielt:

Frage 8. Mit welchen Mitteln und mit welchem Erfolge ist die Hebung und Regelung des Absatzes nach dem Inlande und nach dem Auslande versucht worden?

Frage 9. Welche Preise konnte das Kartell auf dem in- und dem ausländischen Markte für seine Erzeugnisse erzielen; welche Erwägungen waren für die Festsetzung der Inlands- und Auslandspreise maßgebend?

Nun hatte der Herr Generaldirektor Kirdorf (Gelsenkirchen) gleich in der ersten Sitzung folgende Erklärung abgegeben:

Geschäftsgeheimnisse gewisser Natur können in einem Kreise wie hier überhaupt nicht mitgeteilt werden. (Bewegung) So weit möglich, wird der Vorstand des Kohlen-Syndikats auch über solche Fragen Auskunft geben, aber nur in der Form der privaten, mündlichen oder schriftlichen Mitteilung an den Vorsitzenden, wenn eine Garantie gegeben wird, daß diese Mitteilungen von der Veröffentlichung absolut ausgeschlossen sind.

Meine Herren, ich begehle keine Indiskretion, indem ich diese Erklärung mitteile; sie findet sich gedruckt in dem Buche, welches diese Verhandlungen enthält. Als nun der Ihnen, meine Herren, wohl noch bekannte Abgeordnete Gothein sich des näheren nach den Auslandsverkäufen erkundigte, wurde ihm gesagt: Ja, die Auslandsverkäufe und die Preise hängen ab von den Preisen der englischen Kohlen usw. usw., auch von den Kohlensorten. Darauf formulierte Herr Gothein seine Frage etwas präziser und bat, man möchte ihm doch für eine bestimmte Kohlensorte die Preise angeben, welche zu gleicher Zeit im Auslande und im Inlande erzielt worden wären. Darauf sagte der Herr Berggrat Graßmann, einer von den Direktoren des Kohlen-Syndikats:

Wenn Herr Gothein wünscht, für das einzelne Geschäft diese Zahlen zu wissen, kommen wir, was schon im Eingange erwähnt ist, zur Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen, wozu wir uns nicht entschließen werden. (Hört, hört!)

Die weitaus wichtigsten der vorgelegten Fragen blieben also unbeantwortet; über die bei den Auslandsverkäufen erzielten Preise haben wir nichts erfahren. Nur soviel wurde bekannt gegeben, daß die dabei erlittenen Verluste durch die Umlagen gedeckt wurden. Demgemäß heißt es ja auch in der Denkschrift, welche das Reichsamt des Innern veröffentlicht hat:

Eine Reihe von Fragen hat nicht bis zu dem Grade geklärt werden können, wie es erforderlich gewesen wäre, um eine erschöpfende Beurteilung der Sache zu gewinnen. (Hört, hört!) Die Kartelle haben das Bestreben, eine Benachteiligung der von ihnen vertretenen Unternehmungen durch Preisgabe von Geschäftsgeheimnissen zu vermeiden.

Meine Herren, ich gehe nun nicht so weit, wie der Herr Abgeordnete Gothein, welcher bald darauf im Reichstage die ganze Kartellenquete einen Theaterakt nannte; aber ich bedauere, daß das Ergebnis dieser Enquete ein sehr dürftiges war und unter diesen Umständen sein mußte. Soviel ist sicher, daß ganz beträchtliche Summen zum Ausgleich der bei den Auslandsverkäufen erlittenen Fehlbeträge verwandt worden sind, wie wir das aus verschiedenen Äußerungen, die ich einzeln anführen könnte, entnehmen müssen.

Meine Herren, wenn also das Ergebnis dieser Enquete kein befriedigendes war, will ich nur noch kurz die Ausfuhrvergütungen erwähnen, welche das Kohlen-Syndikat an die exportierende Eisenindustrie bis vor kurzem gezahlt hat. Diese Ausfuhrvergütungen waren auf $1\frac{1}{2}$ Mk pro Tonne nachweislich verbrauchter Kohle bemessen. Sie dienten natürlich auch dazu, den Verbrauch zu steigern und das Angebot auf dem einheimischen Markte herabzumindern. Auch diese Ausführungsvergütungen wurden aus der Umlage bezahlt, welche das Syndikat sämtlichen Zechen auferlegte, und welche natürlich in zweiter Linie durch die erhöhten Kohlenpreise wieder den Verbrauchern zur Last fielen. So haben die Kohlenkonsumenten selbst zu der Verteuerung der Kohle beitragen müssen.

Meine Herren, Sie mögen über die Vorzüge des Syndikates sagen, was Sie wollen, diese künstlich gesteigerten Auslandsverkäufe bilden jedenfalls die Schattenseite seiner Tätigkeit. Niemals hätten die einzelnen Zechen solche Kohlenmengen nach dem

Auslande abstoßen und die damit verbundenen Einbußen auf sich nehmen können; nur das Syndikat war dazu instande, indem es den Verlust in Gestalt der Umlage, wie ich eben sagte, auf sämtliche Zechen verteilte.

Aber, meine Herren, wenn nur die Hälfte der ausgeführten Kohle im Lande verblieben wäre, so würde nicht nur keine Kohlennot existieren, sondern auch die Preise der Kohle würden auf einem Stande verblieben sein, welcher den Zechen einen mindestens auskömmlichen Nutzen gewährleistet hätte. Auch der Wagenmangel, über den so eindringlich geklagt wird, würde sich weit weniger fühlbar machen, wenn die weiten und zeitraubenden Kohlentransporte nach dem Auslande eingeschränkt werden möchten. (Sehr richtig! rechts) Wie aber kann man es den anderen Erwerbszweigen, wie kann man es der Landwirtschaft zumuten, daß sie Tausende von Arbeitern abgeben soll, nur um das Ausland mit denjenigen Brennstoffen zu versorgen, die wir selbst nicht übrig haben, (sehr richtig! rechts) und welche zu schonen wir alle Veranlassung haben? Denn die Möglichkeit eines künftigen Abbaues unserer Kohlenfelder wollen wir doch nicht ganz außer acht lassen. 10 Mill. t Kohle und $2\frac{1}{2}$ Mill. t Koks könnten von dem jetzigen Export abgesetzt werden; dann bezieht das Ausland immer noch ebensoviel Kohle von Deutschland wie im Jahre 1893, und 40- bis 50 000 Bergarbeiter, die heute nur für das Ausland arbeiten, würden erübrigt werden und könnten den anderen Erwerbszweigen wieder zugeführt werden. (Sehr wahr! rechts)

Meine Herren, man wird mir vielleicht einwerfen, daß es ein wirtschaftlich nicht zu rechtfertigendes Verlangen sei, die Ausfuhr zu beschränken. Dieser Vorwurf würde berechtigt sein, wenn es sich um ein fertiges Industrieerzeugnis, um ein Fabrikat handelte. Aber Kohle und Koks ist kein Industrieerzeugnis, ist ein Rohstoff, das haben die Herren in der Kartellenquete selber betont. Die Ausfuhr eines Rohstoffes zu befördern, kann aber nur dann einen Sinn haben, wenn wir selbst davon einen Überschuß haben und das ist bekanntlich nicht der Fall.

Zur Beschränkung der Ausfuhr, welche ich wünsche, bieten sich nun mehrere Wege. Zunächst möchte ich an die Königliche Staatsregierung die Bitte richten, im Bundesrat für die Einführung eines Kohlenausfuhrzoll es einzutreten. (Bravo! rechts, Widerspruch links) Ich habe einen solchen Antrag schon einmal in der Finanzkommission des Reichstages gestellt, fand damit auch vielfach eine wohlwollende Aufnahme; die Sache scheiterte aber an dem schwer verständlichen Widerspruche, den das Reichsamt des Innern dagegen erhob. Zur Begründung dieses Widerspruches wurde geltend gemacht, daß die Handelsvertragsstaaten es übel empfinden könnten, wenn wir die Kohlenausfuhr beschränkten, und daß besonders Schweden mit einer Behinderung der Erzausfuhr antworten könnte. Diese Besorgnis teile ich nicht. Zunächst ist in den Handelsverträgen von der Kohlenausfuhr überhaupt keine Rede, und Retorsionen des Auslandes werden ebenso wenig zu besorgen sein, als dieselben England gegenüber zur Anwendung kamen, als dasselbe seine Kohlenausfuhr mit einem Zoll belegte. Was aber Schweden betrifft, so hat dasselbe an unserem Kohlenexport gar kein Interesse oder nur ein verschwindend geringes. Im vorigen Jahre hat Schweden aus Deutschland nur 96 080 t Kohlen und Koks bezogen, dagegen 3 573 505 t aus England, also mehr als das Dreißigfache. (Hört, hört!) Daraus ergibt sich klar, daß für Schweden unsere Kohlen- und Koksausfuhr ziemlich belanglos ist.

Ferner würde ein solcher Kohlenausfuhrzoll aber einen recht achtbaren finanziellen Ertrag abwerfen, der unserer an chronischem Defizit leidenden Reichskasse wohl zu wünschen wäre. (Sehr gut! rechts) Ein weiterer Vorschlag — ich will ihn nur kurz erwähnen; ich verspreche mir keinen Erfolg davon — würde die Herabsetzung der Kohlenpreise in den fiskalischen Zechen sein. Wie die Dinge bei dem geringen Besitz des Fiskus an Kohlenbergwerken liegen, erwarte ich von einem solchen Mittel gar keinen Erfolg. Das Quantum, das der Fiskus auf den Markt wirft, ist viel zu gering. Das Saarrevier aber; wo die fiskalischen Zechen eine dominierende Stelle einnehmen, liegt vom Ruhrrevier zu weit entfernt, als daß es in die Absatzsphäre desselben wirksam eingreifen könnte, um so weniger, als die Förderkosten der Saarkohle höher sind als die der Ruhrkohle.

Auf die Eisenbahntarife — damit komme ich auf die zweite der in unserer Interpellation gestellten Fragen — lege ich hingegen ein besonderes Gewicht. Die Beibehaltung oder Abschaffung der Ausnahmetarife für den Kohlenversand nach dem Ausland ist bereits vor 7 Jahren im Landeseisenbahnrat eingehend geprüft worden auf Veranlassung einer vom Reichstag beschlossenen Resolution. Wenn damals das Ergebnis ein negatives war und der Landeseisenbahnrat sich mit Mehrheit gegen die Beseitigung

dieser Tarife erklärte, so war für ihn und die Regierung die Erwägung maßgebend, daß die Kohlenpreise damals bereits ihren Höhepunkt überschritten hatten und sich eine allgemeine Depression auf dem Industriemarkt geltend machte. Gleichwohl erhoben sich damals gewichtige Stimmen im Landeseisenbahnrat zugunsten der Beseitigung dieser Tarife. Ich will nur Herrn Pauli-Cöln nennen, der im Interesse der Kleineisenindustrie für diese Abschaffung eintrat, während Herr Ehlers-Danzig die Einführung gemäßigter Eisenbahntarife für die eingeführte englische Kohle empfahl. Heute liegen die Dinge ganz anders. Von einem Rückgang der Konjunktur ist keine Rede. Wenn auch das Kohlen-Syndikat sich bemüht, seine Auslandsverpflichtungen abzulösen und die dorthin zu liefernde Kohlenmenge durch englische Kohle zu ersetzen, so ist doch von einem Heruntergehen der Preise und einer Milderung der Kohlennot in absehbarer Zeit keine Rede. Die Gründe, die damals für die Beschlüsse des Landeseisenbahnrats maßgebend waren, fallen also heute fort.

Verhehlen dürfen wir uns freilich nicht, daß eine solche Maßregel auf die verschiedenen Kohlenreviere eine sehr ungleiche Wirkung äußern würde. (Abgeordneter Münsterberg: Sehr richtig!) Für Oberschlesien kommen diese Tarife so gut wie gar nicht in Betracht, (sehr richtig! rechts) weil die Entfernung nach der österreichischen und russischen Grenze viel zu gering ist. Dort handelt es sich eigentlich nur um eine geringe Ermäßigung der Expeditionsgebühr. Es bestehen ja auch Ausnahmetarife für Schlesien nach den ost- und westpreußischen Stationen an der russischen Grenze. Es wird aber nur in ganz geringem Maße davon Gebrauch gemacht. Es sind etwa 6000 bis 7000 t jährlich, welche dorthin expediert werden.

Also, meine Herren, nur für Westfalen kommen diese Ausnahmetarife ernstlich in Betracht. Eine Aufzählung derselben wollen Sie mir freundlichst erlassen; diese Tarife füllen eine lange Liste, sie sind außerdem abgedruckt in dem dritten Bande des Berichts über die Kartellenquete, welcher kürzlich zur Verteilung gelangt ist. Nur eins möchte ich hier bemerken. Wenn vor 7 Jahren im Landeseisenbahnrat von einem Mitgliede berechnet worden ist, daß es sich hier nur um eine Frachtersparnis von durchschnittlich etwa 45 Pf. pro Tonne Kohle handele, so möchte ich bemerken, daß man hier dem Ausnahmetarif den Rohstofftarif gegenübergestellt hat. Der Rohstofftarif, welcher für die ersten 350 km einen Frachtsatz von 2,2 Pf., darüber anstoßend 1,4 Pf. und eine Abfertigungsgebühr von nur 7 *ℳ* vorsieht, ist aber auch nur ein Ausnahmetarif. Wird der Spezialtarif III — das ist der normale Tarif — zum Vergleiche herangezogen, so stellt sich das in den Ausnahmetarifen liegende Benefizium sehr viel höher. Aber, meine Herren, auch diese 45 Pf. fallen für viele Relationen schon ins Gewicht, für solche Sendungen nämlich, welche heute schon dem Verfrachter keinen Nutzen übrig lassen oder gar mit Verlust verbunden sind. Ich möchte den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten bitten, diese Frage der Beseitigung der Ausfuhrtarife einer wohlwollenden Prüfung zu unterwerfen.

Damit, meine Herren, glaube ich ausreichende Gründe beigebracht zu haben, um die Berechtigung unserer Interpellation darzutun. Seitdem wir diese Interpellation eingebracht haben, ist auch die mehrerwähnte Denkschrift über die Kartellenquete erschienen. Ganz habe ich sie noch nicht durchlesen können — es sind über 400 große Quartseiten —; ich habe jedoch aus den ersten Seiten den Eindruck gewonnen, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Kartellwesens nicht zu erwarten ist, daß mindestens die Regierung die Initiative zu einer solchen Gesetzgebung nicht ergreifen wird. (Hört, hört! rechts) Aber ein Satz aus dieser Denkschrift scheint mir doch bemerkenswert. Es heißt dort:

daß die monopolistische Tendenz der Kohlenkartelle durch eine Reihe gewichtiger Faktoren in Schranken gehalten wird, und daß die Eisenbahnen, auf welche der Absatz von Kohle in der Hauptsache angewiesen bleibt, sich in den Händen des Staates befinden, sodaß einer einseitigen Ausnutzung der wirtschaftlichen Machtstellung der Kartelle durch die Beherrschung der Frachtsätze vorgebeugt wird.

Nun, meine Herren, das ist ein direkter Hinweis auf das Ziel, welches wir mit unserer Interpellation verfolgen. Das ist der große Vorzug unseres Eisenbahnsystems, daß bei der Bemessung der Frachtsätze die Privatinteressen keine Rolle spielen. (Sehr richtig! rechts) Darin liegt der ungeheure Unterschied unseres Eisenbahnsystems gegenüber den Ländern mit privatwirtschaftlicher Tarifgestaltung, daß die Leitung des Verkehrs in einer Hand ruht, daß nur die großen, allgemeinen Landesinteressen bei der Bemessung der Frachtraten maßgebend sind. (Bravo! rechts)

Meine Herren, ich habe mich ferner bemüht, den Zusammenhang der Arbeiterfrage mit den Vorgängen auf dem Kohlenmarkt nachzuweisen. Die Arbeiternot steht für uns im Vordergrund des Interesses, die Arbeiterfrage ist für uns die brennendste aller Tagesfragen. Obwohl wir in den östlichen Provinzen schon längst keinen Mann mehr übrig haben, obwohl, wie ich vorhin sagte, die drei östlichen Provinzen schon mehr als 90000 Mann — das sind drei Armeekorps in Kriegsstärke — allein an den westfälischen Kohlenbergbau abgegeben haben, (hört, hört! rechts) ist der Abzug von Arbeitern in diesem Jahre stärker als zuvor; zahllose Landwirte und Gewerbetreibende stehen ratlos da und wissen nicht, wo sie die notwendigsten Arbeitskräfte hernehmen, wie sie ihren Betrieb fortsetzen sollen. Das sind unhaltbare Zustände, welche schließlich zum wirtschaftlichen Ruin ganzer Landesteile führen müssen. (Sehr richtig! rechts) Hier Abhilfe zu schaffen, ist eine gebieterische Notwendigkeit, und kein Mittel sollte unversucht gelassen werden, um dieser verhängnisvollen Verschiebung Einhalt zu tun. (Bravo! rechts)

Ich richte an die Königliche Staatsregierung die dringende Bitte, von allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um diesen Notständen abzuhelpfen, die ich als eine wahre Landeskalamität bezeichnen muß. (Bravo! rechts — Zwischen bei den Nationalliberalen)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Herr Minister.

Delbrück, Minister für Handel und Gewerbe: Meine Herren, Herr Graf v. Kanitz hat an die Königliche Staatsregierung die Frage gerichtet: Was gedenkt die Königliche Staatsregierung zu tun, um den Unzuträglichkeiten zu begegnen, welche sich aus den andauernden Steigerungen der Kohlenpreise ergeben? Er hat nach dieser Richtung hin Vorschläge über etwa zu ergreifende Maßnahmen nur gemacht bezüglich der Einführung eines Kohlenausfuhrzolles, und er hat daran dann die weitere Frage geknüpft, ob die ermäßigten Eisenbahntarife für den Export von Steinkohlen und Koks nach dem Ausland beizubehalten sind. Die dauernd steigenden Kohlenpreise, die damit verbundenen volkswirtschaftlich unerwünschten Konsequenzen sind zweifellos eine Angelegenheit, die einer ernsten Erörterung und Prüfung bedarf, und ich bitte daher, auf die gestellten Fragen auf einer etwas breiteren Grundlage eingehen zu dürfen, als die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Grafen v. Kanitz ohne weiteres bedingen würden.

Meine Herren, wir sind uns wohl alle darüber einig, daß starke Schwankungen in den Preisen der Kohlen volkswirtschaftlich unerwünscht sind, aber ich muß hinzufügen: Schwankungen nicht nur nach oben, sondern auch Schwankungen nach unten. (Sehr richtig! links) Wenn zu hohe Kohlenpreise viele Kohlenverbraucher in ihrer wirtschaftlichen Existenz zu schädigen und zu gefährden geeignet sind, so sind umgekehrt zu niedrige Kohlenpreise, welche schließlich unter den Produktionskosten bleiben, eine Gefahr nicht nur für den Bergwerksunternehmer, sondern für alle diejenigen Arbeiter, die an der Gewinnung beteiligt sind. Wenn man sich nun aber darüber einig ist, daß man Schwankungen nach oben und Schwankungen nach unten vermeiden soll, so muß man sich doch die Frage stellen: wo liegt denn die Grenze dieser Schwankungen nach oben und nach unten, und von welchem festen Punkt aus sollen sie gemessen werden?

Die von Herrn Grafen v. Kanitz gegebenen Daten über die Dividenden der größeren Steinkohlenbergbau treibenden Aktiengesellschaften geben gewiß ein Bild von dem glänzenden Aufschwung unseres Kohlenbergbaues und von der glänzenden Situation, in der sich diese Gesellschaften befinden. Sie sind aber meiner Ansicht nach doch nicht ausreichend, um daraus ohne weiteres den Schluß zu ziehen, daß die Kohlenpreise eine Höhe erreicht haben, die nicht zu rechtfertigen ist. (Hört, hört! links) Es kommen bei der Preisbildung der Kohle, wie überall, doch zunächst zwei Momente in Betracht: das sind die Kosten der Produktion und das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, das Verhältnis der auf den Markt gebrachten Mengen zu dem Bedarf. Diese beiden Momente wirken mit einer gewissen Gesetzmäßigkeit. Ihnen ist auch der Produzent und der Händler in gewissen Grenzen unterworfen, es sei denn, daß eine außergewöhnliche Konjunktur, eine natürliche oder künstliche Monopolstellung, wie sie neuerdings durch die Syndikate geschaffen worden, dem Produzenten die Möglichkeit geben, nach freiem Ermessen die Produktion zu steigern oder zu beschränken und die Preise festzusetzen. Daraus wird also wohl folgen, daß man diejenigen Preise für wirtschaftlich gerechtfertigt halten muß, die die Produktionskosten um einen Betrag übersteigen, der nicht nur einen angemessenen Unternehmergewinn sichert, sondern den Unternehmern die Möglichkeit gibt, die Ausfälle einer Unterkonjunktur, wo die Nachfrage hinter der Produktion zurückbleibt, auszugleichen.

Es fragt sich nun: haben unsere Kohlenpreise in allerletzter Zeit und früher diesen eben von mir gestellten Anforderungen entsprochen, und haben sie die Grenze nach oben in letzter Zeit überschritten, die ich eben als die gegebene und zulässige bezeichnet habe? Und da bitte ich, um zu Vergleichsziffern zu kommen, etwas weiter zurückgehen und auf die Preisbildung der Kohle auch in früheren Perioden zurückkommen zu dürfen.

Selbstverständlich scheidet dabei die erste Hälfte des vorigen Jahrhunderts aus, die nicht wohl zu Vergleichen herangezogen werden kann, (sehr richtig! rechts) weil die industrielle Entwicklung und die Entwicklung unseres Eisenbahnnetzes damals außerordentlich gering war. Wohl aber ist man berechtigt, auf den Anfang der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurückzugreifen, in der die Wurzeln unserer jetzigen Entwicklung und Blüte liegen.

Nun liegt mir hier eine Statistik über die Kohlenpreise im Essen-Werdenschen Bergamtsbezirk für die Zeit von 1850 bis 1860 vor. Aus dieser Statistik ergibt sich, daß die Preise betragen haben:

im Jahre 1850	4,78	ℳ
„ „ 1851	4,65	„
„ „ 1852	4,25	„
„ „ 1854	6,07	„
„ „ 1855	8,51	„
(Hört, hört! bei den Nationalliberalen)		
im Jahre 1857	9,10	ℳ
„ „ 1858	8,93	„
„ „ 1860	5,81	„

Man sieht also, daß sich hier innerhalb eines Zeitraumes von etwa einem Jahrzehnt die Preise um das Doppelte erhöht und verringert haben, und daß sich die Schwankung von oben nach unten in den drei Jahren von 1857 bis 1860 vollzogen hat, in denen die Preise von 9,10 ℳ auf 5,81 ℳ heruntergegangen sind.

Meine Herren, mit dieser Statistik decken sich die Preise von zwei Zechen des Ruhrreviers, die bis zum Jahre 1860 etwa die gleichen Schwankungen aufweisen und dann erkennen lassen, daß vom Jahre 1860 bis zum Beginn der Hochkonjunktur anfangs der 70er Jahre die Preise nicht erheblich geschwankt haben. Sie haben mit 5,52 ℳ nicht ganz den niedrigsten Stand der 50er Jahre erreicht, steigen dann im Jahre 1871 wieder auf 9,59, im Jahre 1872 auf 11,13, im Jahre 1873 auf 14,77, (hört, hört! bei den Nationalliberalen) und im Jahre 1874 fallen sie auf 13,81, um dann im Jahre 1875 schon wieder auf 8,33 herabzusinken. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen) Die Preise fallen dann weiter und erreichen im Jahre 1879 ihren tiefsten Stand mit 4,73 ℳ, (hört, hört! bei den Nationalliberalen) erhalten sich auf einer Höhe zwischen 4 und 5 ℳ, steigen im Jahre 1889 auf 5,54 ℳ, um dann im Jahre 1890 auf 9,10 ℳ und im Jahre 1891 auf 9,23 ℳ heraufzuschleunigen. Diese Steigerung ist damals durch den Streik beeinflusst worden. Die Preise fallen dann und halten sich zwischen 6, 7 und 8 ℳ, erreichen im Jahre 1899 die Höhe von 8,45 ℳ, im Jahre 1900 die Höhe von 9,31 ℳ.

Nach einer anderen Statistik ist bezahlt worden im Jahre 1901 für Ruhrfettkohle 10,25 ℳ, im Jahre 1906 9,50 ℳ; der Preis von 1901 ist also im Jahre 1906 noch nicht erreicht, der Preis für Ruhrfettkohle nach den neuesten Festsetzungen des Syndikats beträgt 10,50 ℳ; er übersteigt also den Preis von 1901 nur um eine Kleinigkeit.

Ruhrgaskohle ist notiert im Jahre 1893 mit 9,80 ℳ, im Jahre 1901 mit 12,75 ℳ und im Jahre 1906 mit 12,50 ℳ. Sie würde mit der Erhöhung des Syndikats, die für diese Kohlensorte meines Wissens 1 ℳ beträgt, sich jetzt auf 13,50 ℳ belaufen.

Es liegt mir dann eine Statistik aus dem Saarrevier vor, die mit dem Jahre 1870 beginnt. Im Jahre 1870 hat die Saarkohle 7,90 ℳ gekostet. Sie steigt dann rapide, um im Jahre 1873 den Preis von 16,84 ℳ zu erreichen (hört, hört! bei den Nationalliberalen) und im Jahre 1874 auf 15,04 ℳ zu sinken. Im Jahre 1879 ist sie in raschem Fallen bereits auf 7,30 ℳ herabgesunken. Auf dieser Höhe bewegen sich die Preise ungefähr bis zum Jahre 1888, gehen dann bis 1890 auf 10,90 ℳ herauf, fallen bis 1893 bzw. 1894 auf unter 9 ℳ, erreichen im Jahre 1901 die Höhe von 12,50 ℳ und betragen, nachdem sie im Jahre 1903 auf 11,40 ℳ heruntergegangen waren, 11,92 ℳ. Sie haben also heute die Höhe von 1901 noch nicht annähernd wieder erreicht.

Nun ergibt diese Statistik aber noch eine Reihe anderer, nicht uninteressanter Momente. Die Selbstkosten der Kohle haben im Saarrevier im Jahre 1870 6 ℳ betragen. Sie haben ihren höchsten Stand in der Hochkonjunktur der 70er Jahre, nämlich im

Jahre 1874 mit 8,50 *M* erreicht. Im Jahre 1878 sind sie bereits wieder auf 7,50 *M* gefallen. Ebenso stehen sie im Jahre 1889. Sie erreichen ihren Höchststand im Jahre 1891 mit 8,55 *M*, fallen dann wieder auf unter 7 *M*, betragen im Jahre 1901 8,40 *M* und heute 8,86 *M*. Daraus ergibt sich, daß, während in den 70er Jahren die Selbstkosten in keinem Verhältnis zu der Höhe der zeitweilig gezahlten Preise gestanden haben, sie sich von da ab im großen und ganzen in einer Kurve bewegen, die den Preisen entspricht.

Ich habe dann ferner für dieselbe Periode eine Statistik der Betriebslöhne. Danach haben die Betriebslöhne im Jahre 1870 4 *M* betragen. Sie steigen in der Zeit der Hochkonjunktur auf 5 *M*, folgen also nicht annähernd den hohen Kohlenpreisen, fallen dann im Jahre 1879 auf 3,70 *M*, stehen im Jahre 1888 auf 3,50 *M*, steigen dann im Jahre 1891 auf 5,40 *M*, fallen im Jahre 1896 auf 4,30 *M* und steigen dann in einer konstanten Kurve auf 5,43 *M*; so stehen sie heute. Wenn man dazu noch die Materialien nimmt, unter denen im Ruhrrevier Holz und Hafer eine hervorragende Rolle spielen, so findet man hier eine Kurve, die im wesentlichen den Preisen folgt, und die namentlich im Laufe der letzten Jahre, genau den Preisen entsprechend, sich nach oben bzw. nach unten bewegt hat. Die Generalkosten steigen in einer sehr mäßigen Kurve mit geringen Abwechselungen, haben aber heute immerhin eine beträchtliche Höhe erreicht. Wenn man diese ganzen Kurven zusammenhält, so ergibt sich als Schluß, daß die Kurve, welche die Überschüsse bedeutet, nach unten geht; die Preise bewegen sich nach oben; Arbeitslöhne und Produktionskosten folgen im großen und ganzen in gleichmäßiger Steigerung den Preisen.

Wenn ich diese selben Zahlen ergänzend für das Ruhrrevier geben darf, so ergibt sich, daß in Westfalen vom Jahre 1893, also von dem Zeitpunkt, wo das Kohlen-Syndikat seine Wirksamkeit begonnen hat, die Löhne um 26,01 pCt gestiegen sind. Die gesamten Selbstkosten sind um 32,6 pCt gestiegen. Die Verkaufspreise sind aber nur um 25,3 pCt gestiegen. Das bezieht sich auf den Abschluß des Jahres 1906.

Wenn man nun berücksichtigt, daß die Löhne im dauernden Steigen begriffen sind, so wird man wohl die Frage aufwerfen können, ob hier bereits mit der letzten Erhöhung die zulässige Grenze überschritten ist. Jedenfalls wird man das festhalten können, daß im Laufe der letzten 14 Jahre unsere Kohlenpreise unnatürliche Schwankungen nicht gezeigt haben, daß sie mit der Konjunktur gestiegen und gefallen sind, und daß die Spannung zwischen Verkaufspreis, Löhnen und Selbstkosten dauernd geringer geworden ist. Ungleich größer sind die Schwankungen in den Preisen auswärtiger Kohlen. In Hamburg notierte englische Nußkohle im Jahre 1893 16,25 *M*, 1896 13,20 *M*, 1900 22,75 *M*, 1905 17 *M*, 1906 18,04 *M*. Belgische Fettkohle notierte 1899 11,05 *M*, 1900 8 *M*, 1902 10,40 *M*, 1905 8,40 *M*, 1906 13,60 *M*. Wenn man also von einer Preisbildung verlangt, daß sie im richtigen Verhältnis zu den Produktionskosten und zu den Löhnen bleibt, und wenn man verlangt, daß sie die übermäßigen Schwankungen von oben nach unten vermeidet, so wird man sagen können, daß in dieser Richtung in unseren heimischen Verhältnissen, auch mit anderen Ländern verglichen, eine ständige Besserung und eine Annäherung an normale Verhältnisse eingetreten ist. (Sehr richtig! links) Es ist im übrigen nicht meine Sache, hier die Geschäfte des rheinisch-wesfälischen Kohlen-Syndikats zu besorgen, und ich will in eine Erörterung darüber, ob wir mit den jetzigen Preisen die Grenzen des Zulässigen überschritten haben oder nicht, nicht eintreten. In dem Punkte bin ich mit dem Herrn Interpellanten vollständig einig, daß die Preise eine beträchtliche Höhe erreicht haben, (sehr richtig! rechts) daß ein weiteres Steigen dieser Preise sicherlich nicht erwünscht ist, und daß es wohl Sache der Königlichen Staatsregierung sein muß, sich die Frage vorzulegen, ob und welche Mittel sie in der Hand hat, um nach dieser Richtung ein Halt zu gebieten.

Nun habe ich vorhin die drei Momente hervorgehoben, die in erster Linie die Preisbildung beeinflussen: die Selbstkosten, auf der anderen Seite das Verhältnis von Angebot und Nachfrage und endlich die Willkür des Produzenten und des Händlers. Daß wir nicht in der Lage sind, Mittel anzuwenden, um die Produktionskosten zu verringern, das liegt klar auf der Hand. Ich wüßte da keine zur Zeit diskutablen Vorschläge zu machen. Daß die Selbstkosten mit der steigenden Konjunktur wachsen, liegt in der Natur der Dinge und kann unter den gegebenen Verhältnissen nicht verhindert werden.

Eine andere Frage ist es, inwieweit wir in der Lage sind, auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage insoweit regulierend einzuwirken, daß die vorhandene Menge sich der Nachfrage mehr nähert, als es augenblicklich der Fall ist. In dieser Beziehung hat Graf Kanitz zwei Mittel angeregt. Das eine ist die Frage des Kohlenausfuhrzolls

das andere ist die Frage der Ermäßigung der Tarife. Was den Kohlenausfuhrzoll betrifft, so hat ja ein Vertreter der Königlichen Staatsregierung bei Gelegenheit der Beratungen über die Reichsfinanzreform eine Erklärung der Königlich preußischen Staatsregierung dahin abgegeben, daß sie die ernstlichsten Bedenken gegen die Einführung eines Kohlenausfuhrzolles haben müsse. Ich muß sagen, daß ich auch heute nicht in der Lage bin, diese Bedenken zurückzustellen gegenüber den Wünschen, die von dem Abgeordneten Grafen Kanitz ausgesprochen sind. (Bravo! links)

Abgesehen von den grundsätzlichen Bedenken, die nach Lage unseres gesamten Wirtschaftssystems gegen einen Kohlenausfuhrzoll zu erheben sind, bleibt immer die Besorgnis bestehen, daß in Zeiten einer rückläufigen Konjunktur, in Zeiten, wo wir, um rentabel produzieren zu können, auf das Ausland angewiesen sind, (sehr richtig! links) diese Konkurrenz mit dem Auslande durch einen Ausfuhrzoll außerordentlich erschwert wird, namentlich mit Rücksicht auf die Qualitäten, in denen wir mit dem Auslande konkurrieren. Während auf der einen Seite vom Auslande auf die für uns in Betracht kommenden Märkte Kohlen kommen, die, wie Anthracit- und Dampferkohlen, konkurrenzlos sind, müssen wir andererseits im Auslande mit einem Materiale konkurrieren, das eine sehr schwere Konkurrenz der auswärtigen Kohle auszuhalten hat. Es kommt weiter hinzu das Bedenken, daß der Kohlenausfuhrzoll in solchen Zeiten teilweise wenigstens von den einheimischen Konsumenten getragen werden wird; das wird namentlich gelten für diejenigen Konsumenten, die von dem rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat abhängig sind, und es kommt endlich dazu das dritte Bedenken, daß der Kohlenausfuhrzoll ganz verschieden auf die verschiedenen Produktionsgebiete einwirken würde. Diejenigen Produktionsgebiete, die ganz speziell, wie Oberschlesien und das Aachener Revier, auf die Ausfuhr angewiesen sind, werden viel weniger in der Lage sein, den Kohlenausfuhrzoll auf die einheimischen Konsumenten abzuwälzen als andere Produktionsgebiete. Kurz, es sind eine ganze Reihe Bedenken, die gegen die Sache sprechen. Dazu kommt noch eins. Herr Graf Kanitz verspricht sich von dem Kohlenausfuhrzoll einmal eine erhebliche Einschränkung des Exports und ein Sinken der Kohlenpreise, weil das Angebot heimischer Kohlen auf unseren Märkten größer wird und andererseits eine Einnahmequelle für das Reich. Ich meine, es kann eigentlich nur eins von beiden eintreten: entweder bleiben die Kohlen in der Hauptsache im Lande, und dann kann die Einnahmequelle, die aus dem Kohlenausfuhrzoll erwächst, nicht übermäßig groß sein, erreichen aber sie eine beträchtliche Höhe, wo werden trotz des Ausfuhrzolls die gleichen oder doch annähernd die gleichen Kohlenmengen ausgeführt. Es kommt zu alledem hinzu, daß das Quantum der exportierten Kohle im Verhältnis zu unserer Gesamtproduktion immer relativ niedrig ist. Der Ausfuhrüberschuß beläuft sich überhaupt nur auf 6833000 t. (Hört, hört!) Es wurden im Jahre 1906 im ganzen produziert 192715000 t; dahingegen haben wir in demselben Jahre im ganzen 19,5 Mill. t Steinkohlen ausgeführt; der Ausfuhrüberschuß in Steinkohle belief sich auf 10332000 t, der der Preßkohlen auf 933000 t und der des Koks, in Kohle umgerechnet, auf 4 Mill. t. Dem steht eine Einfuhr böhmischer Braunkohle von 8432000 t gegenüber; das ergibt im ganzen einen Ausfuhrüberschuß von 6833000 t.

Meine Herren, eine andere Frage ist die, ob es tatsächlich nicht nur mit den Interessen der Landwirtschaft und der sonstigen Verbraucher, sondern auch mit den Interessen der Industrie vereinbar ist, daß billige Kohlen zu billigen Tarifen über unsere Westgrenze gefahren werden, um der dort konkurrierenden Industrie ein billiges Betriebsmaterial zu liefern. Diese Frage wird ja eventuell im Falle ihrer Verneinung dazu nötigen, die weitere Frage zu prüfen, ob die Eisenbahnen ihre Tarife verändern sollen. Über diesen Punkt wird mein Herr Kollege vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten nachher weitere Auskunft geben. Ich möchte aber zunächst dem, was ich gesagt habe, noch einiges hinzufügen.

Das dritte Moment, das auf die Preise einwirkt, ist die Willkür der Produzenten und der Händler, speziell die Willkür der syndizierten Produzenten und Verkäufer. Meine Herren, ob wir in der Lage sein werden, durch ein Syndikatsgesetz Mittel zu finden, um eventuell Ausschreitungen in dieser Beziehung wirksam zu begegnen, das bin ich heute außerstande zu erörtern. Zweifellos hat aber der Staat ein großes Interesse daran, zu verhindern, daß tatsächlich die gesamte Steinkohlenproduktion in einer oder in wenigen Händen syndiziert wird, (hört, hört! rechts) und es muß deshalb der Staat darauf Bedacht nehmen, seine eigene Produktion dementsprechend zu verstärken und ein gewisses Maß von Kohlenschätzen der Allgemeinheit vorzubehalten. (Sehr gut! links) Dieses Ziel zu verfolgen, meine Herren, hat die Königliche Staatsregierung im Laufe der letzten Jahre

nie abgelaßen, und solange ich die Ehre habe, meinem Ressort vorzustehen, bin ich dauernd bestrebt gewesen, nach dieser Richtung die Verhältnisse zu verbessern. Das Ergebnis dieser Bestrebungen liegt Ihnen in dem Gesetzentwurf zur Abänderung des Berggesetzes vor, der ja in der nächsten Woche hier beraten werden wird.

Es bleibt dann noch die Frage, ob der Fiskus schon jetzt als Produzent unter den jetzigen Verhältnissen in der Lage ist, mildernd einzuwirken. Herr Graf v. Kanitz hat selbst schon darauf hingewiesen, daß das so, wie die Dinge heute liegen, nicht gut möglich ist. Ich habe bei einer anderen Gelegenheit in diesem hohen Hause schon ausgeführt, daß, wenn der Fiskus heute seine Preise herabsetzt, das lediglich dazu führen würde, daß er zu Lasten der Gesamtheit einige bestimmte Händler oder Industriegruppen begünstigen würde. Denn ich würde niemals gleichmäßig alle mit den billigen Preisen des Fiskus beglücken können; es würde immer nur ein kleiner bevorzugter Teil von ihnen den Vorteil ziehen.

Ich glaube also, im großen und ganzen bezüglich der fiskalischen Werke den Preisen der Syndikate und der Konvention folgen zu müssen. Ich bin aber — und das kann ich ausdrücklich versichern — dauernd ernstlich bemüht gewesen, soweit das in meinen Kräften gelegen hat, die Schwierigkeiten, die sich aus der Konjunktur ergeben, für den Abnehmer, und namentlich für den kleinen Abnehmer, abzuwenden. Die Bergwerksdirektionen sind wiederholt mit entsprechenden Anweisungen versehen worden, und es ist auch sowohl im Saarrevier als auch in Oberschlesien darauf Bedacht genommen, die an die Händler und für das Ausland zum Verkauf gelangenden Mengen dauernd zu verringern. Sie sind beispielsweise im Saarrevier von 34 pCt im Jahre 1894/5 heruntergegangen auf 24,8 pCt im Jahre 1903, auf 24,3 pCt im Jahre 1904 und auf 23,8 pCt im Jahre 1905 des Absatzes, wogegen in Oberschlesien dieselben Mengen gesunken sind von 32 pCt im Jahre 1896 auf 12,2 pCt im Jahre 1904, während sie sich im Jahre 1905 auf 12,5 pCt gehalten haben. Sie sehen aus alledem, daß auch hier das Bestreben der Königlichen Verwaltungen vorliegt, zunächst den Verbraucher zu versorgen. Entbehren können die Königlichen Verwaltungen den Händler nicht vollständig, und zwar nicht bloß in ihrem eigenem Interesse, sondern auch im Interesse des Publikums. Wir haben einen Teil von Abnehmern, die aus den verschiedensten Gründen vorziehen, vom Händler statt direkt vom Fiskus zu beziehen, und wir können im Falle einer abweichenden Konjunktur den Auslandsmarkt nicht vollständig entbehren, den wir wiederum nur beherrschen können durch Vermittlung der Händler. Dazu kommt, daß in den Kohlen, die die Händler bekommen, zum Teil solche enthalten sind, die zwar im Auslande verwandt werden, aber in Betrieben, die in Händen deutscher Besitzer sind und mit deutschem Kapital betrieben werden.

Meine Herren, damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich kann nur versichern, daß ich, soweit das in meinen Kräften liegt, stets bestrebt sein werde, darauf hinzuwirken, daß die Preise der Kohlen eine übermäßige Höhe nicht erreichen. Ich möchte aber schließlich noch bemerken, daß hier auch eine gewisse wirtschaftliche Grenze innegehalten werden muß aus einem anderen Grunde. Ein hoher Zinsfuß und hohe Kohlenpreise sind die unvermeidliche und natürliche Begleiterscheinung jeder Hochkonjunktur, sie sind aber auch ihr Regulator; und wenn man beispielsweise in der Zeit der Hochkonjunktur den Zinsfuß und die Kohlenpreise unter einer gewissen wirtschaftlich gerechtfertigten Grenze halten wollte, so würde man damit einer weiteren Expansion der Industrie, einer Überspannung der Hochkonjunktur und damit einer Erhöhung der mit ihr verbundenen Gefahren zweifellos Vorschub leisten. (Beifall links)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Das Wort hat der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten.

Breitenbach, Minister der öffentlichen Arbeiten: Meine Herren, namens der Königlichen Staatsregierung erkläre ich mich bereit, in eine erneute Prüfung darüber einzutreten, ob die Ausnahmetarife für Steinkohle und Koks nach dem Auslande beizubehalten sind. Zur Umgrenzung der Frage darf ich mir erlauben, einiges zahlenmäßige Material, aber nur in ganz großen Zügen, vorzutragen.

Von dem Gesamtquantum der inländischen Steinkohlenproduktion des Jahres 1905 im Betrage von 121 Mill. t, wurden, wie bereits früher erwähnt, $16\frac{6}{10}$ Mill. t ausgeführt, und von diesem Ausfuhrquantum sind zu Ausnahmetarifen gefahren worden $6\frac{2}{10}$ Mill., gleich 37 pCt. Auf dieses Quantum ist eine Frachtdifferenz gezahlt worden gegenüber dem normalen Tarif von $2\frac{8}{10}$ Mill. *M.* Im Durchschnitt entfallen demnach auf die Tonne 45 Pf. Mit den Herren Interpellanten bin ich nun dahin nicht einverstanden, daß, um die

Differenz zu finden zwischen dem Ausfuhrtarif und dem allgemein geltenden Tarif, auf den Spezialtarif 3 zurückgegangen werden müsse. Ich bin vielmehr der Meinung, daß der Vergleich nur gefunden werden kann durch den Vergleich des Ausfuhrtarifs mit dem Brennstofftarif, dem sogenannten Rohstofftarif. (Sehr richtig! bei den National-liberalen) Denn der Brennstofftarif ist derjenige Tarif, der im ganzen Lande für jeden Versender gilt, es ist der normale Tarif.

Die Ausnahmetarife, die wir nach den verschiedensten Auslandsgebieten heute noch haben, entstammen zum ganz überwiegenden Teil der Zeit der Privatbahnen. Sie sind aus den verschiedensten Rücksichten eingeführt worden. Teils waren es Wettbewerbsgründe, teils war es aber auch der wesentliche und damals unter allen Umständen anzuerkennende Grund, daß sich unsere Kohlenindustrie im Auslande ein neues Absatzgebiet erringen mußte.

Die Ermäßigungen, die die Ausnahmetarife gewähren, sind außerordentlich verschieden. Sie schwanken zwischen 5 Pf. per Tonne und 3,16 *M* per Tonne. Die erheblicheren Ermäßigungen werden für die weit gelegenen Auslandsgebiete gewährt, wie für Dänemark, Italien und die Schweiz. Sie schlagen aber in Summa nicht zu Buche, weil nach diesen Ausfuhrgebieten doch relativ nur geringe Quantitäten befördert werden. Ebenso sind die Ausnahmetarife, die sowohl für Oberschlesien wie Niederschlesien, wie Herr Graf Kanitz vorhin zutreffend bemerkte, gewährt worden sind, in keiner Weise durchschlagend. Die Differenzen sind ganz außerordentlich geringe. Erheblicher sind die Ermäßigungen, die für den Verkehr von der Ruhr nach den Niederlanden, nach Belgien und nach Frankreich gewährt werden. Diese Ermäßigungen betragen für die Tonne durchschnittlich etwa 45 Pf.

Nun ist festzustellen, meine Herren, daß in den Jahren 1897 bis 1906 unsere inländische Steinkohlenproduktion von 91 Mill. t auf 136 Mill. t gleich 50 pCt zugenommen hat, daß die Einfuhr von Steinkohle sich in genau demselben Verhältnissatz bewegt hat; sie hat ebenfalls um 50 pCt zugenommen. Aber die Ausfuhr hat sich in diesem Zeitraum von 12,3 auf 19,5 Mill. t, gleich 58 pCt gesteigert. Die Zunahme der Ausfuhr ist also erheblicher als die der inländischen Steinkohlenproduktion und als die der Einfuhr ausländischer Kohle. Diese Ausfuhrsteigerung hat auch im Jahre 1906 bei der ungewöhnlichen Kohlenknappheit im Inlande angehalten. Wir haben im Jahre 1906, wie angeführt, ausgeführt 19,5 Mill. t, also fast 3 Mill. t mehr als im Jahre 1905. Diese Steigerung ist überwiegend eingetreten im Verkehr nach Belgien und nach Frankreich. Im Verkehr nach Frankreich hat die Koksausfuhr eine ganz ungewöhnliche Höhe erreicht; sie ist von 1904 bis 1906 von 1,2 Mill. t auf über 2 Mill. t gestiegen. Ganz gleichartige Erwägungen, wie sie der Herr Interpellant heute vorgetragen hat, sind bereits im Jahre 1900 angestellt worden. Es ist sehr eingehend erwogen, ob die Ausfuhrtarife aufgehoben werden sollten. Die Frage ist dem Landeseisenbahnrat überwiesen und hat dort zu einer sehr interessanten und eingehenden Verhandlung geführt. Die Gründe, die gegen die Aufhebungen der Ausfuhrtarife geltend gemacht wurden, waren im wesentlichen folgende.

Erstens sagte man, die beabsichtigte Wirkung werde nicht erreicht werden, weil die Ermäßigung zu geringfügig sei. Dann hob man hervor, die Aufhebung würde nur beunruhigen und Mißtrauen in die Stetigkeit der Eisenbahntarife bringen. Dann betonte man, die unterbrochenen Handelsbeziehungen würden sich nicht wieder so leicht anknüpfen lassen. (Sehr richtig!) Man fürchtete auch, daß die ausländischen Verwaltungen Zug um Zug diejenigen Ermäßigungen, die sie unserer Auslandskohle gewährten, aufheben würden. Dann wies man darauf hin, daß ein Teil unserer Gruben diese Begünstigungen gar nicht entbehren könne, und dachte überwiegend an die an unseren Grenzen belegenen Kohlenreviere.

Ein prinzipialer Grund war endlich folgender. Man sagte, die Kohlenknappheit sei nur vorübergehend gewesen und auf das Zusammentreffen verschiedener Umstände zurückzuführen. Zu diesen Umständen zählte man damals die Kohlenarbeiterstreiks in Österreich, Frankreich, Sachsen, den Krieg Englands mit Transvaal und den sehr harten Winter. Meine Herren, dieser letztere Grund wird meines Ermessens einer Nachprüfung bedürfen. Kann man heute noch behaupten, daß die Kohlenknappheit eine vorübergehende sei? Ferner wird aufzuklären sein, aus welchen Gründen in Zeiten, in denen im Inlande ein zweifelloser Kohlenmangel herrscht, die Ausfuhr derartige Steigerungen erfahren konnte. Ich bin auf Grund des vorliegenden Materials außerstande, in diesen einschneidenden bedeutungsvollen Fragen eine Entschliebung zu treffen; es wird vor einer solchen der Landeseisenbahnrat gehört werden. (Bravo! rechts)

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Dr. Frhr. v. Erffa.

Dr. Frhr. v. Erffa, Abgeordneter (kons.): Ich beantrage die Besprechung der Interpellation.

Vizepräsident Dr. Krause (Königsberg): Dieser Antrag ist zulässig, wenn er von 50 Mitgliedern unterstützt wird. Ich bitte, daß diejenigen Herren sich erheben, welche den Antrag unterstützen wollen. (Geschicht) Die Unterstützung reicht aus; es findet die Besprechung der Interpellation statt.

Das Wort hat der Abgeordnete Hirsch (Essen).

Hirsch (Essen), Abgeordneter (nat-lib.): Meine Herren, ich möchte vorab meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Herr Interpellant die Erörterung der Kohlenfrage, die hier so häufig wiederkehrt, wie das Mädchen aus der Fremde bei den armen Hirten, im wesentlichen aus einem Gesichtspunkte, nämlich dem Gesichtspunkte der Gegensätzlichkeit der Interessen von Landwirtschaft und Industrie behandelt hat. (Sehr richtig! links — Widerspruch rechts)

Meine Herren, ich meine, daß in einer Zeit, wo sich auf Grund hoher Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse hohe Lebensmittelpreise gebildet haben und nur aufrecht erhalten werden können durch Zahlung hoher Löhne seitens der Industrie, alle Veranlassung vorläge, im Bismarckschen Sinne auf eine Stärkung der Solidarität zwischen Industrie und Landwirtschaft hinzuwirken, nicht aber auf eine Schwächung. (Sehr gut! links) Auch der Hinweis auf die Schwierigkeiten, die der Landwirtschaft aus der Arbeiternot erwachsen, reicht zur Rechtfertigung einer solchen Behandlung der zur Erörterung stehenden Frage, wie der Herr Interpellant sie beliebt hat, nicht aus. Wenn auch nicht absichtlich, aber doch im Effekt, kommt diese Behandlung darauf hinaus, diese Interessensolidarität, die wir uns immer vor Augen halten sollten, zu schwächen und in Frage zu stellen. Ich werde im Laufe meiner Darlegungen auf diesen Punkt wohl noch hinzuweisen haben.

Sodann, meine Herren, möchte ich vorab noch eines betonen. Ich werde die Frage nicht nach dem Vorbilde des Herrn Grafen Kanitz, der sie nur vom Konsumentenstandpunkt behandelt hat, etwa lediglich vom Produzentenstandpunkt betrachten; ich werde mich vielmehr bemühen, auch dem Konsumentenstandpunkt gerecht zu werden; wie denn auch meine politischen Freunde meinen, daß die Syndikate — um die Syndikatsfrage handelt es sich ja hier — alle Veranlassung haben, Härten und Auswüchse, die sich zeigen, zu beseitigen, auf die berechtigten Interessen der Konsumenten Rücksicht zu nehmen und nicht nur die Produzenten in den Vordergrund zu schieben.

Meine Herren, bei der Interpellation selbst kann ich von demselben Punkt ausgehen wie Herr Graf Kanitz, nämlich von der tatsächlichen Entwicklung der Preise seit Bestehen des Syndikats. Es betrug der Verkaufserlös für die Tonne Kohlen im rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat im ersten Jahre seines Bestehens, im Jahre 1893 7,33 *M*, sodann im Jahre 1894 7,83 *M*, 1895 8,02 *M*, 1896 8,14 *M*, 1897 8,45 *M*, 1898 8,62 *M*, 1899 9,14 *M*, 1900 10,56 *M*, 1901, auf dem Gipfelpunkt, 11,01 *M*, 1902 10,28 *M*, 1903 9,84 *M*, 1904 9,82 *M*, 1905 9,89 *M*, und 1906 10,45 *M* im Durchschnitt.

Wenn man sich nun über die Entwicklung der Preise und ihre Berechtigung ein Urteil bilden will, so wird man berücksichtigen müssen, daß das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat bei einem niedrigen Preisstand der Kohle ins Leben getreten ist zu einer Zeit des Rückganges, dem dann ein allmähliches Wiederansteigen der Konjunktur folgte. Das Syndikat hat mit niedrigen Preisen angefangen und hat sie bis 1901 allmählich erhöht, begünstigt eben durch die langsam ansteigende Konjunktur; den Höhepunkt erreichten die Preise 1901 nach dem Abflauen der Konjunktur der 90er Jahre, und jetzt, nachdem vom 1. April ab wiederum Preiserhöhungen in Kraft getreten sind.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen, ob die vom Syndikat festgesetzten Kohlenpreise als angemessen zu bezeichnen sind?

Um hierüber ein Urteil zu gewinnen, wird man nach Maßstäben suchen müssen, und ich meine, einen angemessenen nicht ungerechten Maßstab bieten die Preise, die an der Saar für die fiskalische Kohle genommen sind. Wie ich einer in Angelegenheit der Berggesetznovelle an dieses Hohe Haus gerichteten Denkschrift des Bergbaulichen Vereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund entnehme, sind im Saarbezirk die Preise durchweg höher gewesen als an der Ruhr. Der Preis der fiskalischen Saarkohle hat im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 98 mit 9,07 *M* um 1 *M* pro Tonne höher gestanden als der Preis der privaten Ruhrkohle und für die Jahre 1899 bis 1905 mit 11,56 *M* sogar um 1,48 *M* höher. Daß der höhere Preis der Saarkohle nicht in der

besseren Qualität der Saarkohle begründet ist, ist allgemein bekannt, und auch in den Löhnen, die etwa an der Saar höher sein könnten, liegt keine Erklärung für diesen höheren Preis; denn wenn auch der Lohnaufwand pro Tonne Kohlen in früherer Zeit an der Saar wohl höher gewesen ist, so trifft dies für das letzte Jahrzehnt nicht mehr zu. Da betrug der Lohnaufwand im Saarrevier pro Tonne nur 4,56 *M* gegen 4,73 *M* im Ruhrrevier. Bemerkenswert ist, wie mit Recht in der von mir angezogenen Denkschrift des bergbaulichen Vereins hervorgehoben wird, daß die Preissteigerung der Ruhrkohle 1905 gegen 1894 — das erste volle Syndikatsjahr —, eine Preissteigerung, die sich auf 2,06 *M* belief, mit 128 Pf — das sind 62 pCt —, auf den höheren Lohnaufwand pro Tonne entfällt, während von der gleichzeitigen Steigerung des Preises der Saarkohle um 2,78 *M* nur ein Mehr von 80 Pf — das sind 29 pCt — auf die Löhne entfällt. (Hört, hört!) Der Unterschied in dem Preise der Ruhr- und Saarkohle tritt auch in Erscheinung bei den Aufwendungen, die der Staat für seine Lokomotivkohlen zu machen hat. Der preußische Eisenbahnfiskus bezahlte seinem Bruder, dem preußischen Bergfiskus, für Lokomotiv-Saarkohle im Durchschnitt der Jahre 1895 bis 1907 — 12,44 *M* pro Tonne —, das ist gegen den Preis von 9,95 *M*, den der private Ruhrbergbau für seine Lokomotivkohlen vom Fiskus erhielt, ein Mehr von 2,49 *M*, und in den letzten 7 Jahren hat sich der Unterschied auf 3,08 *M* pro Tonne gesteigert, ein Faktum, auf das wir Jahr für Jahr bei Beratung des Eisenbahnetats stoßen.

Dieser Vergleich mit dem Preis der Saarkohle zeigt, daß der preußische Fiskus in seiner Preisbemessung für die von ihm produzierte Saarkohle nicht unwesentlich über die Grenzen hinausgegangen ist, die das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat für die Ruhrkohle geglaubt hat, innehalten zu sollen. Und wenn zur Begründung der fiskalischen Preisstellung darauf hingewiesen wird, daß an der Saar jetzt bessere Kohlen produziert werden als früher, so ist zu erwidern, daß dasselbe und in erhöhtem Maße auch für die Ruhr zutrifft. Auch da wird eine qualitativ bessere Ware geliefert als 1886. Also es hat der im Syndikate vereinigte private rheinisch-westfälische Kohlenbergbau hinsichtlich der Preisstellung einen Vergleich mit dem fiskalischen Bergbau nach keiner Richtung zu scheuen.

Ein weiterer Maßstab, den man heranziehen kann zur Gewinnung eines Urteils über die Angemessenheit der rheinisch-westfälischen Kohlenpreise, sind die Auslandspreise. Auch einen Vergleich mit den Preisen des Auslandes haben die Preise der Ruhrkohle nicht zu scheuen. Die französischen und belgischen Kohlenkonsumenten haben nach einer vortrefflichen Arbeit, die auch Ihnen zugegangen sein dürfte — sie ist im „Glückauf“ veröffentlicht und stammt aus der Feder des Herrn Dr. Jüngst in Essen — einer Arbeit, die sich betitelt: „Arbeitslohn und Unternehmergewinn im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau“, einer Arbeit, deren Lektüre ich allen, die sich für diese Dinge interessieren, nur warm empfehlen kann — ich sage, die französischen und belgischen Kohlenkonsumenten haben 1893/1904 für ihre Brennstoffe einen um 35,80 pCt bzw. 27,89 pCt höheren Preis bezahlen müssen als die Verbraucher von Ruhrkohle. (Hört, hört!) Die Preispolitik des Syndikats hat sich auch von den Übertreibungen ferngehalten, wie sie in den Jahren der Hochkonjunktur auf dem belgischen und englischen Markt hervorgetreten sind, wo die Preise von einem Jahr zum anderen um 40 und 38 pCt in die Höhe gegangen sind. Ich erinnere daran — ich entnehme die Ziffern der Kartellenquete, auf die sich auch Herr Graf Kanitz bezog —, daß 1898 die belgische Staatsbahnverwaltung 11,50 fr zahlte, 1900 dagegen 22,50 fr, (hört, hört!) also das Doppelte, und daß in Cardiff im September 1898 die Kohlen 16 s standen und bis 1900 auf 30—35 s stiegen. In derselben Zeit erhöhten in Rheinland-Westfalen die Kohlenpreise sich um ganze 2½—3 *M*!

Und wenn Sie sich über die Preisschwankungen der englischen Kohle in den letzten Jahren informieren wollen, so bitte ich Sie, sich die graphische Darstellung anzusehen, die ich mit einigen anderen graphischen Darstellungen auf den Tisch des Hauses niedergelegt habe. Sie finden da — ich greife nur eine Kohlensorte heraus; ich kann nicht auf alle einzelnen Kohlensorten eingehen: Cardiffstücke Ia stiegen im Höchstpreis von 14,9 s im Jahre 1903 auf 17 s im Jahre 1904. Sie fielen auf 12,9 s im Jahre 1905 und stiegen auf 18,9 s im Jahre 1907. Ähnlich ging es mit anderen Sorten, wie Ihnen die graphische Darstellung zeigt und ähnlich ist es auch in Belgien gegangen z. B. mit Lokomotivkohlen, worüber Sie ebenfalls dort die Ziffern angegeben finden. Ich beschränke mich darauf, auf die graphischen Darstellungen zu verweisen, da ich in diese Einzelheiten nicht weiter eingehen möchte.

Also, meine Herren, das sind doch Dinge, die ins Auge gefaßt werden müssen, wenn man ein Urteil darüber fällen will, ob die Preise der Ruhrkohle angemessen sind oder nicht.

Auf Oberschlesien einzugehen, unterlasse ich, wie ich hier noch einschalten möchte. Ich möchte das den Herren überlassen, die die Verhältnisse dort aus eigener Anschauung kennen. Hier nur so viel, daß auch die Preisentwicklung der Kohle in Oberschlesien keine solche gewesen ist, daß daraus irgend welche Vorwürfe gegen die Preispolitik in Westfalen hergeleitet werden könnten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Es erhellet das übrigens auch aus den Darlegungen des Herrn Handelsministers.

Meine Herren, wenn nun in der Interpellation ungeachtet dieser Sachlage davon die Rede ist, daß durch die fortgesetzten Steigerungen der Kohlenpreise seitens des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats Unzuträglichkeiten entstanden seien, so drängt sich die Frage auf, worin denn diese Unzuträglichkeiten bestanden haben? Herr Graf Kanitz hat, wie ich eingangs bereits zu bemerken mir erlaubte, die ganze Frage wesentlich aus dem Gesichtswinkel der landwirtschaftlichen Arbeiternot erörtert; ich meine aber: wir müssen sie doch auf eine breitere Basis stellen. Meine Herren, haben sich — diese Frage möchte ich zunächst berühren — etwa Unzuträglichkeiten bezüglich der Entwicklung unserer Gewerbetätigkeit infolge der Preisgestaltung für Ruhrkohlen gezeigt? Ist unsere Gewerbetätigkeit in ihrer Entwicklung gehindert worden durch die Preisgestaltung der Kohle? Ich glaube, meine Herren, daß doch kaum jemand im Ernste eine solche Behauptung wird aufstellen können. Wir haben seit dem Bestehen des Kohlen-Syndikats — mit relativ kurzen Unterbrechungen, die vielleicht auch als Ruhepausen der Entwicklung aufgefaßt werden könnten, die dringend notwendig sind nach Zeiten starker gewerblicher Anspannung — (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) eine fortschreitend günstige Entwicklung in fast allen Gewerbezweigen gehabt. Wir haben Perioden des Aufschwunges von einer Dauer gehabt, wie wir sie früher nicht kannten, früher, wo einem Aufschwung, und mochte er noch so glänzend und vielversprechend einsetzen, alsbald ein jäher Absturz zu folgen pflegte (sehr richtig! bei den Nationalliberalen), ein jäher Absturz, an den sich regelmäßig eine lang anhaltende wirtschaftliche Depression knüpfte. Wir blicken, kurz gesagt, auf eine im großen und ganzen günstige und gesunde Entwicklung zurück, und wenn Sie sich im gewerblichen Leben unter den Männern der Praxis, deren Erfahrung ein Menschenalter und länger zurückreicht, umhören wollen, so werden Sie die Ueberzeugung aussprechen hören, daß wir diese ruhige und gesunde Entwicklung in wesentlichem Umfang zu danken haben der Beseitigung der großen Preisschwankungen, die früher infolge der wirtschaftlichen Bewegung auftraten, daß wir sie zu verdanken haben der vergleichsweise großen Stetigkeit der Kohlenpreise, die das rheinisch-westfälische Kohlen-Syndikat in unser Wirtschaftsleben eingeführt hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Sie werden die Ansicht aussprechen hören, daß diese Stetigkeit der Preise des wichtigsten Produktionsmaterials geradezu als Grundlage anzusehen ist für die weitere gesunde Entwicklung unserer volkswirtschaftlichen Kräfte auch in der Zukunft. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen)

Meine Herren, so viel auch über Mängel und Lücken im Syndikatswesen und speziell in der Organisation des Kohlen-Syndikats hin und her gestritten ist, (Abgeordneter Dr. Hahn: hört, hört!) darüber, verehrter Herr Dr. Hahn, sind so ziemlich alle einig, daß diese Stetigkeit der Kohlenpreise ein unbestreitbares und großes Verdienst des Syndikats ist und bleiben wird, (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) wie ja dann — und das möchte ich für Herrn Dr. Hahn und seine Freunde hinzufügen — überhaupt eine ruhige und stetige Entwicklung der Preise nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft einer sprunghaften Entwicklung unter allen Umständen vorzuziehen ist. (Sehr richtig!) — Es freut mich, Herr Kollege Hahn, daß wir in diesem Punkte so einig sind.

Meine Herren, ich meine, diese Dinge müssen hervorgehoben werden, wenn immer auf die Steigerung der Kohlenpreise hingewiesen wird unter der Herrschaft des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats, wenn immer darauf hingewiesen wird, daß diese Steigerung für den Verbrauch unangenehm ist. Meine Herren, es ist keinem Menschen angenehm, wenn er höhere Preise zahlen muß. Wer aber im vorliegenden Falle darüber klagt, der soll doch nicht vergessen, von welcher Bedeutung die von mir erwähnte Stetigkeit der Preise für den Wirtschaftsbetrieb ist, und er soll auch nicht vergessen, daß, wenn die

Preise der Rohmaterialien steigen, in der Regel auch die Rentabilität der Betriebe derjenigen, die diese Materialien verbrauchen, in die Höhe geht. So herrschte bei der Kartellenquete im Jahre 1901 nur eine Stimme darüber, daß die vom Syndikat unmittelbar abhängigen Betriebe durch die Preispolitik des Syndikats nicht nur nicht viel zu leiden gehabt haben, sondern daß sie durch das vernünftige Vorgehen des Syndikats und durch die maßvolle Art seiner Geschäftsführung von schweren Opfern bewahrt geblieben sind, daß sie ohne diese Politik des Syndikats von der guten Konjunktur sehr viel weniger Nutzen gehabt haben würden, als sie ihm tatsächlich hatten. Meine Herren, so war es bei der Konjunktur im Jahre 1900, und so ist es auch heute. Herr Graf Kanitz hat ja eine Rechnung aufgemacht, in welchem Umfange durch die Preissteigerungen für Kohle die Verbraucher belastet würden; er ist da auf eine Summe von 1 *M* pro Tonne und von 126 Millionen für ganz Deutschland gekommen. Für das Ruhrrevier, wo es sich um eine Produktion von ca. 70 Millionen t handelt, würde das also eine Summe von ca. 70 Millionen *M* ausmachen. Demgegenüber steht aber — und das hat Herr Graf Kanitz bei seiner Rechnung ganz außer Acht gelassen —, daß ein Zusammenhang zwischen der Steigerung der Kohlenpreise und der Steigerung der Löhne infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise besteht. (Zuruf) Er hat den Zusammenhang zwar erwähnt, er hat ihn aber nicht so erwähnt, wie er es meines Erachtens hätte tun müssen. Wenn sie nur das eine ins Auge fassen, daß wir im letzten Jahre eine Lohnsteigerung zu verzeichnen haben, die für den eigentlichen Bergarbeiter 70 Pf pro Tag und im Durchschnitt der ganzen Belegschaft über 50 Pf pro Tag beträgt, und nachrechnen, daß wir eine Belegschaft von ca. 270 000 Köpfen haben, dann ist es eine einfache Rechnung, diese Summe mit 300 zu multiplizieren; (sehr gut!) Dann haben sie schon Zahlen von 40 und mehr Millionen, die Sie zunächst subtrahieren müssen von der Zahl, die sie angeführt haben, und von der ich dahingestellt sein lassen will, ob sie richtig ist oder nicht. Auf die Lohnfrage selbst komme ich im übrigen im weiteren Zusammenhange noch zurück.

Es ist nun heute, wie auch schon im Jahre 1901 beim Abflauen der damaligen Konjunktur, ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob es gerechtfertigt war, daß das Syndikat trotz der niedergehenden Konjunktur an seinen Preisen festhielt. Herr Graf Kanitz hat in seinen heutigen Darlegungen diesen Punkt nicht so betont, wie man es hätte erwarten dürfen nach seinem eingehenden Studium der Kartellenquete. Ich selber aber muss, da es ein springender Punkt ist, darauf eingehen.

Meine Herren, man hat im Sinne eines starken Vorwurfs die Frage aufgeworfen, wie das rheinisch-westfälische Syndikat dazu kommen könne, in Zeiten niedergehender Konjunktur nicht nur an seinen Preisen festzuhalten, sondern sogar noch mit höheren Preisen hervorzutreten, als sie vorher waren. Wie liegt da die Sache?

Da muss vorweg hervorgehoben werden, wie das ja auch in der Kartellenquete überzeugend dargelegt worden ist, daß es ausserordentlich schwer ist, zu entscheiden, ob eine Konjunktur in der Wendung begriffen ist, ob sie rückläufig zu werden droht oder nicht. Über diese Frage haben sich in den Jahren 1900 und 1901 viele erfahrene und gelehrte Männer der Praxis und der Wissenschaft den Kopf zerbrochen, um hinterher bei der Kartellenquete zuzugeben: wir haben uns getäuscht, wir glaubten zu Beginn des Jahres 1901, daß die Konjunktur nur eine Pause mache, daß nur ein kurzer Ruhestand eingetreten sei, daß es sich nur um eine kleine Schwankung handle; hinterher mussten wir uns dann überzeugen, daß sie tatsächlich schon rückläufig geworden war. Unter all den Herren, die damals vernommen worden sind, war meiner Erinnerung nach nur einer, der behauptete, er hätte es besser gewusst: das war der auch vom Herrn Grafen v. Kanitz zitierte Herr Berg-rat Gothein. (Abgeordneter Schmieding (Dortmund): Sehr gut!) Aber, meine Herren, dem hat es niemand geglaubt. (Sehr gut! und Heiterkeit)

Ebenso, meine Herren, steht es mit der derzeitigen Konjunktur. Im ganzen ver-flossenen Jahre sind alle Gewerbe- und Industriezweige auf das angestrengteste beschäftigt gewesen, für das laufende Jahr liegen Aufträge in Hülle und Fülle vor, grosse und umfassende Arbeiten, die vielen Hunderttausenden von Händen Beschäftigung geben werden, stehen in Aussicht, die Gewerbetätigkeit hat sich in gesunden Bahnen bewegt, Überspekulation hat nicht stattgefunden, (Abgeordneter Dr. Hahn: oho!) — trotzdem kommt über Nacht ein gewaltiger Kurssturz aller industriellen Papiere, als wenn wir uns am Ende aller Dinge befänden. Meine Herren, ist das nun das Ende der guten Konjunktur, oder handelt es sich nur um eine Pause, der bald der Wiederaufschwung folgen wird? Niemand kann das vorhersagen, und er kann das um so weniger, als trotz des Kurs-

sturzes heute noch eine stürmische Nachfrage nach Kohle besteht, deren Befriedigung der Kohlenindustrie die grössten Schwierigkeiten macht.

Meine Herren, wenn Sie das ins Auge fassen, so werden Sie es begreiflich finden, daß die höchsten Preise für die Kohle nicht im eigentlichen Jahre der Hochkonjunktur gezahlt werden, sondern erst hinterher. Aber das ist nicht erst unter der Herrschaft des Syndikats so geworden, sondern das ist immer so gewesen. Die Statistik zeigt — und darauf ist ja auch bei der Kartellenquete von Herrn Geh. Kommerzienrat Kirdorf (Gelsenkirchen) mit Recht hingewiesen worden —, daß die höchsten Preise — und speziell in der Kohlenindustrie — tatsächlich nicht in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs, nicht auf dem Gipfel eines Aufschwungs entstanden sind, sondern immer in den folgenden Jahren. Denn das Jahr, des Aufschwungs, das Jahr der starken Nachfrage schafft die hohen Preise, und in dem Jahre des Aufschwungs wird für die kommende Zeit, und zwar für ein ganzes Jahr, abgeschlossen. So zeigte sich, als die Hausse der 70 er Jahre im Jahre 1872 sich ihrem Ende näherte und das Jahr 1873 das Jahr des ausgesprochenen Rückgangs wurde, daß gerade das Jahr 1873 die höchsten Preise in der Kohlenindustrie brachte, und während der Hausse, die 1889 einsetzte, erhöhten sich zwar die Preise im Jahre 1890 immer weiter, die höchsten Preise aber brachte nach Maßgabe des Erlöses der einzelnen Gesellschaften nicht das Jahr 1890, sondern das Jahr 1891, in welchem der Rückschlag eintrat. So sind auch die Preise von 1902 nicht erst gemacht, als die Konjunktur im Niedergang war, sondern als die Lage noch rosig aussah, und die Preise von 1907, über die der Herr Interpellant sich heute beklagt, sind ebenfalls in einer Zeit gemacht, wo niemand an einen Rückschlag denken konnte.

Nun ist ja verschiedentlich gefordert, es möchten, um den Übelständen zu steuern, die sich daraus ergeben, daß in rückläufigen Konjunkturen an den vorher festgesetzten höheren Preisen noch längere Zeit festgehalten wird, die Kohlenlieferungskontrakte nicht auf ein ganzes Jahr, sondern auf kürzere Zeit betätigt werden. Meine Herren, dem steht entgegen, daß die Kohlenverbraucher, wenigstens soweit industrielle Werke in Frage kommen, das allergrößte Interesse daran haben, im voraus mit Sicherheit übersehen zu können, mit welchen Kohlenpreisen sie rechnen können; denn nur dann können sie ihre eigenen Produktionskosten richtig kalkulieren. Das ist mit unzweifelhafter Deutlichkeit gerade von den industriellen Kohlenverbrauchern bei der Kartellenquete zum Ausdruck gebracht. Mit Recht ist übrigens gleichzeitig betont — das möchte ich gegenüber den mancherlei Vorwürfen betonen, die gegen die Praxis des Syndikats erhoben werden, nebenbei zum Ausdruck bringen — daß nach den Bedingungen, die den direkten Abnehmern gestellt sind, bei Betriebseinschränkungen Lieferungs- und Abnahmeverpflichtungen nicht bestehen, worin bei weichender Konjunktur eine wesentliche Erleichterung liege. Das ist damals bei der Kartellenquete ausdrücklich anerkannt worden.

Mit ziemlicher Übereinstimmung ist aber auch betont und schließlich anerkannt worden, daß das Syndikat nicht in der Lage sei, bei Eintritt einer rückläufigen Konjunktur, seine Preise für Neuabschlüsse einfach zu reduzieren. Wenn das Syndikat so verfahren wollte — ganz abgesehen einmal von der Frage, die ich vorhin erörterte, ob die Konjunktur wirklich als eine rückläufige zu beurteilen ist oder nicht —, wenn das Syndikat so verfahren wollte, sage ich, dann würde damit die ganze Geschäftsbasis ins Schwanken gebracht werden. Wie angedeutet, müssen die Kohlen verbrauchenden Betriebe ihre Abschlüsse auf bestimmte längere Zeit machen, weil sie mit sicheren Selbstkosten rechnen müssen. Was sollte nun daraus werden, wenn das Syndikat bei Eintritt einer rückläufigen Konjunktur für neue Abschlüsse seine Preise ermäßigen wollte? Dann würden alle die Werke, die für ihre Rohmaterialien, insbesondere für Kohle, auf ein Jahr abgeschlossen haben, ihre eigenen Fabrikate aber vielleicht nur für ein halbes Jahr haben verkaufen können, in die allergrößten Nachteile versetzt werden, ja unter Umständen vor die Existenzfrage gestellt sein.

Aber auch der andere Weg, der vorgeschlagen ist, daß das Syndikat bei rückläufiger Konjunktur nicht nur für neue Abschlüsse, sondern auch für alte, also für alle Abschlüsse, die Preise heruntersetzen solle, erscheint ungangbar. Wer das fordert, meine Herren, hat, wie gleichfalls von Herrn Geh. Kommerzienrat Kirdorf betont ist, den Gedanken, welcher der Syndikatsbildung zugrunde liegt, überhaupt nicht erfaßt, und müßte folgerichtig überhaupt die Beseitigung der Syndikate verlangen. Denn ein Syndikat zu schaffen und zu halten, um bei rückgängiger Konjunktur der Preisbildung nach unten möglichst weit zu folgen, das müßte doch zur Konsequenz haben, daß auch bei auf-

steigender Konjunktur die Ausnutzung in vollem Maße geschieht. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Und die Ausnutzung müßte vor allem auch gleich zu Beginn der Konjunktur erfolgen, wo, wie die Dinge heute liegen, die Konsumenten doch den Vorteil davon haben, daß die Preise auf längere Zeit festgesetzt sind, und während dieses Zeitraumes nicht geändert werden können. Also ich sage, meine Herren, damit geht der Syndikatsgedanke, daß ein gewisser Ausgleich geschaffen werden soll, überhaupt verloren.

Meine Herren, auch noch ein anderer Grund würde gegen ein solches Verfahren anzuführen sein. Wenn eine grundlegende, geschlossene Industrie wie die Kohlenindustrie in einem Augenblick, wo die Konjunktur, sei es in Wirklichkeit, sei es scheinbar, ins Wanken kommt, plötzlich die Preise erniedrigen wollte, so würde eine allgemeine Panik die unmittelbare Folge sein, (sehr richtig! bei den Nationalliberalen) ein unaufhaltsamer Preissturz in allen Industriezweigen, welche die hauptsächlichsten Kohlenkonsumenten bilden. Meine Herren, die Ansicht, daß eine Herabsetzung der Kohlenpreise in einem solchen Momente zur Hebung des Konsums dienen, daß sie eine Erleichterung schaffen würde, ist eine vollständig irrthümliche. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen) Eine solche Herabsetzung würde nur dazu dienen, in aller Welt die Überzeugung wachzurufen, daß der Krach unaufhaltsam erscheint. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen) Meine Herren, stellen Sie sich vor, was jetzt vor kurzem, als die Ansicht sich geltend machte, wir ständen im Beginn einer weichenden Konjunktur, die Folge gewesen wäre, wenn das Syndikat dieser Ansicht beigetreten wäre und die Preise heruntersetzt hätte. Dann hätten Sie den Krach, von dem heute noch niemand weiß, ob er fern oder nah ist.

Übrigens: wie weit sollte man auch im gegebenen Falle mit der Herabsetzung gehen? Soll man soweit gehen, daß man auch ungünstig situierte Betriebe, wie z. B. die reinen Walzwerke, gegenüber den gemischten Werken, die über eigene Rohmaterialien verfügen, konkurrenzfähig erhält? Das würde doch schließlich heißen, daß die Kohlenindustrie die Lasten übernimmt, die andere Industriezweige nicht tragen wollen oder nicht tragen können. Das geht nicht. Das Kohlen-Syndikat verdient also nach Ansicht — und ich beziehe mich da wiederum auf die Ergebnisse der Kartellenquete — der Kohlen verbrauchenden gewerblichen Kreise nicht Vorwürfe, sondern Dank, wenn es in Zeiten niedergehender Konjunktur an seinen Preisen zunächst festhält und nur langsam nachgibt. Nebenbei gesagt, fällt es auch dem Fiskus gar nicht ein, mit seinen Preisen einer niedergehenden Konjunktur glatt zu folgen. So hat der Staat, wie in den Kartellverhandlungen auch erwähnt wurde, den Saargruben den hohen Preis, der in der letzten Hälfte des Jahres 1900 herrschte, auch noch in der ersten Hälfte des Jahres 1901 bezahlen müssen.

Alles in allem also: eine Schädigung der gewerblichen, Kohle verbrauchenden Kreise durch die Preispolitik des Syndikats ist nicht eingetreten. Hierfür lassen sich die gewerblichen Kreise selbst als Zeugen anführen. Vereinzelt sind ja wohl Klagen erhoben worden; eine generelle Bedeutung hatten diese Klagen aber nicht.

Ich wende mich nun zu einem weiteren Punkt. Welchen Einfluß hat das Syndikat auf den Handel gehabt? Es ist vielfach die Ansicht verbreitet und der Vorwurf erhoben worden, daß das Syndikat den Kohlenhandel, einen berechtigten Erwerbszweig, ausgeschaltet habe. Wie steht es nun damit? Daß eine gewisse Organisation auch des Handels notwendig wurde, wenn das Syndikat seinen Zweck erreichen wollte, und daß dem plan- und regellosen Angebot der Kohle durch den Handel ein Ende gemacht werden mußte, liegt auf der Hand. Wie arg es mit diesem Angebot gewesen sein muß, mögen sie selbst ermesen, wenn sie erwägen, daß — eine Tatsache, die mir heute morgen in Erinnerung gerufen ist — jahrzehntelang an den Eingangstüren mancher Kontore der Hauptabnehmer von Kohle angeschlagen stand: „Der Eintritt ist den Kohlen- und Schmierölreisenden verboten.“ (Hört, Hört! — Heiterkeit).

Wenn die Kohlenindustrie mit Hilfe des Syndikats diesem regellosen Angebot, das die Preise unheilbar ruinieren mußte, ein Ende gemacht hat, so ist das sicherlich nicht zu verurteilen. Und zu verurteilen ist auch nicht, daß die Kohlenindustrie sich mit Hilfe des Syndikats von der Herrschaft des Handels frei gemacht hat. Nach meiner Meinung ist es nicht berechtigt, wenn diejenige Industrie, welche die Grundlage unseres gesamten wirtschaftlichen Gedeihens ist, unter der absoluten Herrschaft des Handels steht, wie es früher der Fall war.

Die Organisation des Handels war also, wie ich schon sagte, eine Notwendigkeit, wenn das Syndikat seinen Zweck erreichen wollte. Man ist bei dieser Organisation nun aber keineswegs so vorgegangen, daß die Vorwürfe, die erhoben worden sind,

berechtigt erscheinen. Zunächst hat man verhältnismäßig nur wenig eingegriffen: die Lieferungsbedingungen wurden in ihren Kernpunkten dem alten Geschäftsgebrauch angepaßt, und die Verkaufseinrichtungen wurden nur soweit ausgebaut, wie die Bedürfnisse des Syndikats es absolut notwendig erscheinen ließen. Das Syndikat ist keineswegs rücksichtslos über alte Existenzen fortgegangen. Es hat dies schon deshalb unterlassen, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, daß es einen berechtigten Erwerbszweig ausgeschaltet habe. Es hat dies aber auch unterlassen, weil es geradezu eine Torheit gewesen wäre, so zu verfahren; denn die Beibehaltung eines soliden Zwischenhandels ist eine Notwendigkeit. Es ist technisch unmöglich, alle Konsumenten direkt zu bedienen. Es hat dies früher der Bergbau auch nicht getan. Will man zu den untersten Quellen des Verbrauches gehen, so ist, wie dies auch von Herrn Geh. Kommerzienrat Kirdorf, bekanntlich Vorsitzenden des Aufsichtsrats des Kohlen-Syndikats, gelegentlich der Kartellenquete hervorgehoben wurde, der solide Zwischenhandel eine absolute Notwendigkeit. Auf der anderen Seite aber war natürlich auch dem Rücksicht zu tragen, daß der direkte Abnehmer in Industrie und Gewerbe auch direkt bedient zu werden wünscht. Hier mußte die richtige Mitte gefunden werden.

Das Syndikat ist, wie ich schon sagte, von Anfang an dem Handel gegenüber sehr vorsichtig vorgegangen, und erst als sich in den Jahren der Hochkonjunktur, im Jahre 1900/01 bei der Kohlennot herausstellte, daß einzelne Händler in ganz unzulässiger Weise die Situation für sich ausnutzten, ohne daß das Syndikat, dem das Odium zugewälzt wurde, dem zu steuern vermochte, erst da sah es sich veranlaßt, schärfere Maßregeln zu ergreifen, eine straffere Organisation des Handels vorzunehmen und schärfere Bestimmungen eintreten zu lassen, beispielsweise den sogenannten „Handelskammerparagraphen“ seinem Verträge einzufügen, dessen Bestimmung übrigens nie in Wirksamkeit getreten ist, denn im Jahre 1901 gab es Kohlen genug, sodaß zu Ausschreitungen der Kohlenhändler keine Veranlassung mehr vorlag, und hinterher haben sie sich wohl gehütet. Ich meine, daß das doch etwas ist, was wesentlich im Sinne der Konsumenten und der Allgemeinheit liegt, vor allen Dingen, wenn in so maßvoller Weise bei der Organisation vorgegangen wird, wie es tatsächlich geschehen ist.

Ich verlasse die Einwirkung des Syndikats auf die Verhältnisse des Handels und wende mich zu der Frage, ob das Syndikat bzw. die Preispolitik des Syndikats einen Einfluss auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter gehabt hat. An sich beschäftigt sich ja das Syndikat mit den Arbeiter- und Lohnverhältnissen überhaupt nicht. Das Syndikat hat die Aufgabe, geschlossen den Verkauf für die in ihm vereinigten Zechen zu bewerkstelligen, es hat den Charakter des alleinigen Abnehmers gegenüber der Kohlenindustrie. Natürlich muß das Syndikat wieder gewisse Rechte haben, es muß Mittel haben, die Erzeugung zu regeln. Dieses Recht geht aber nicht so weit, daß das Syndikat etwa in die technischen Verhältnisse, in den Hauptfaktor des Betriebes, die Arbeiter und Lohnverhältnisse eingreifen kann. Wollte man das Syndikat hierüber mitsprechen lassen, so müßte man auch einen bestimmten Ertrag garantieren; denn es liegt wohl auf der Hand, daß speziell die schwächeren Betriebe gar nicht anders könnten, wenn ihnen das Syndikat die Löhne diktieren wollte, als zu verlangen, daß auch eine dementsprechende Preisfeststellung erfolge, damit ihnen auch ein entsprechender Ertrag garantiert würde. Also eine Einwirkung des Kohlen-Syndikats wie der Syndikats überhaupt auf die Lohnfrage muß ausgeschaltet werden, wenn man nicht zu einer Auflösung der Selbständigkeit der einzelnen Werke, mit einem Worte, zum Trust kommen will. Auch dies ist bei der Kartellenquete eingehend dargelegt worden.

Wenn nun aber auch eine direkte Einwirkung des Syndikats auf die Löhne nicht vorhanden ist, so liegt indirekt eine solche doch vor; denn dadurch, daß das Syndikat vom Jahre 1894 ab stabile Absatzverhältnisse schuf, dadurch, daß es der Kohlenindustrie im großen ganzen neben einer gewissen Stetigkeit der Preise auch lohnende Preise brachte, hat es diese Industrie in die Lage gesetzt, die höheren Löhne zu zahlen, die mit den höheren Lebensmittelpreisen und der steigenden Lebenshaltung der Arbeiterschaft notwendig wurden.

In welchem Maße sich seit Gründung des Syndikats die Löhne gehoben haben, dafür möchte ich Ihnen einige wenige Ziffern geben. Es betrug im Jahre 1893 der Jahresnettoverdienst eines Arbeiters der gesamten Belegschaft im niederrheinisch-westfälischen Revier im Durchschnitt 946 *M.*, im Jahre 1906 betrug dieser Lohn 1402 *M.* Auf die Schicht berechnet, stellte sich der Lohn im Jahre 1893 auf 3,14 *M.*, im Jahre 1906 auf 4,37 *M.* Nehmen Sie die Löhne der eigentlichen Bergleute, der unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter, die 50 pCt. der ganzen Belegschaft ausmachen, so finden Sie, daß die Löhne

sich stellten im Jahre 1893 im Durchschnitt auf 1084 *M*, im Jahre 1906 bei 321 Schichten auf 1698 *M*, pro Schicht im Jahre 1893 auf 3,71 *M*, im Jahre 1906 auf 5,29 *M*. Ich wiederhole, es sind 50 pCt der Belegschaft, die diese Löhne beziehen. Im letzten Vierteljahr 1906 stellte sich der Hauerlohn für die Schicht auf 5,60 *M*, (hört, hört! bei den National-liberalen) das sind 72 Pf., in Prozenten ausgedrückt $12\frac{3}{4}$ pCt mehr als im vierten Quartal 1905. Für die gesamte Belegschaft ergibt sich eine entsprechende Lohnerhöhung von 52 Pf. respektive $12\frac{3}{4}$ pCt gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das sind Zahlen, an denen die Arbeiterschaft nicht vorübergehen konnte, als sie vor einiger Zeit die vom Herrn Grafen Kanitz erwähnte Forderung auf eine 15prozentige Lohnerhöhung erhob. Sie mußte sich überzeugen, daß die gesteigerten Kohlenpreise in dem Lohn längst eskomptiert waren und eskomptiert werden mußten im Hinblick auf die gestiegenen Lebensmittelpreise. Wenn Sie die Steigerung pro Tonne Kohlen ausdrücken, so zeigt sich, daß im Oberbergamtsbezirk Dortmund im Jahre 1892 die Löhne sich pro Tonne steigerten von 3,66 *M* auf 4,93 *M* im Jahre 1906, oder in Prozenten des Anteils der Löhne am Wert der Tonne Kohlen an der Schachtmündung ausgedrückt, von 49,6 pCt im Jahre 1892 auf 56,3 pCt im Jahre 1906. Für ganz Preußen stellt sich die Sache etwas weniger günstig; dort betrug der Lohnanteil pro Tonne Kohle im Jahre 1892 3,44 *M* gleich 47,9 pCt des Wertes an der Schachtmündung, und im Jahre 1905 betrug der Lohnanteil pro Tonne Kohle 4,21 *M* gleich 49,4 pCt des Wertes.

Meine Herren, auf die Verhältnisse bei den einzelnen Gesellschaften will ich nicht näher eingehen; ich verweise Sie aber auf die Tabelle, die ich hier ausgelegt habe, und auf die dazu gehörige graphische Darstellung, beispielsweise bezüglich der Gelsenkirchener Gesellschaft: Sie werden erstaunt sein, wie die Dinge sich graphisch und ziffernmäßig entwickelt haben.

Mit einem Worte, meine Herren, die durch das Kohlen-Syndikat geschaffenen günstigen Verhältnisse sind auch in weitgehendem Maße den Ruhrbergarbeitern zugute gekommen, so zwar, daß die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung und selbst die starke Steigerung des Jahres 1906 durch die Steigerung der Löhne überholt ist. Das sehen im übrigen in zunehmendem Maße auch die Arbeiter ein, soweit sie nicht verhetzt sind.

Meine Herren, wenn man die graphischen Darstellungen ansieht, die dort niedergelegt sind, so zeigt sich tatsächlich, daß die Preiskurven und die Lohnkurven in ganz eklatanter Weise mit einander übereinstimmen, es zeigt sich, daß mit den Preisen auch die Löhne steigen und umgekehrt, und daß die Löhne zurückgehen, wenn die Preisbildung sich zu weit nach unten bewegt. Hier tritt auch für die Arbeiterschaft der Nutzen der Stetigkeit in der Preisbildung, die wir dem Syndikat verdanken, klar zutage. Im übrigen möchte ich an dieser Stelle nicht unterlassen hervorzuheben, daß auch die Arbeiter sich mehr und mehr davon überzeugen, daß niedrige Preise keineswegs schlechthin in ihrem Interesse liegen; meine Herren, sie wissen, daß starke Preisrückgänge leicht gefährliche Produktionskrisen im Gefolge haben, die auch den Arbeitsmarkt in Mitleidenschaft ziehen. Das kann der Herr Interpellant, wenn er sich die Mühe geben will, in den „Sozialistischen Monatsheften“ aus der Feder Schippels nachlesen. Da heißt es:

Als Vertreter der Interessen der Lohnarbeiter fürchten wir die Zeit der Geschäftsstille und der Produktionslähmung, die Zeit des krisenhaften Preissturzes und der abnormen Billigkeit, die wir nach dem Vorgange der freisinnigen A-B-C-Schützen gerade als neue glänzende Wohlstandsära begrüßen müßten.

Das sind Binsenwahrheiten, meine Herren; aber es ist doch vielleicht notwendig und gut, diese Dinge hier zum Ausdruck zu bringen.

Meine Herren, wenn ich mich jetzt den Ursachen der Preisentwicklung zuwende, so will ich vorweg gar nicht in Abrede stellen — ich brauche das auch nicht —, daß die stattgehabte Erhöhung auf direkte Einwirkung und mit Willen des Syndikats eingetreten ist. (Hört, hört! rechts) Denn, meine Herren, es ist doch einer der Hauptzwecke des Syndikats gewesen, eine Preiserhöhung der Kohlen gegenüber dem niedrigen und ruinösen Preisstande in den früheren Jahren, einem Preisstande, der mit den steigenden Produktionskosten in keinem Verhältnis stand, herbeizuführen. Meine Herren, das war einer der Hauptzwecke des Syndikats; darum hat man 20, 25 Jahre gearbeitet, um das Syndikat zustande zu bringen, doch nicht um einer Theorie willen, sondern zur Erzielung eines ganz praktischen realen Zweckes, ebenso wie man auch seitens unserer Landwirtschaft nicht um der Theorie willen nach Zöllen gerufen und die Zölle bei der

letzten Zollkampagne im Reichstag erhöht hat, sondern um einen ganz praktischen Zweck zu erreichen, nämlich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte auf einen auskömmlichen Stand zu bringen. (Zuruf von den Nationalliberalen: Spiritus und Zucker!) — und Getreide und Vieh! Meine Herren, das war auch ganz berechtigt. Und, wie gesagt, gegenüber der ruinösen Preisgestaltung, gegenüber dem niedrigen Preisstande, wie er beispielsweise im Jahre 1893 und wie er in den achtziger Jahren gewesen ist, gegenüber den steigenden Produktionskosten, war es unbedingt notwendig, wenn die Industrie nicht dauernd und an der Wurzel Schaden leiden sollte, zu anderen Zuständen zu gelangen. Meine Herren, das Syndikat trat ins Leben, wie ich bereits zu Beginn meiner Auseinandersetzungen darlegte, in einer Zeit des Niedergangs; in einer Zeit äußerst niedriger Preise. Es hat diese allmählich unter dem Schutze der guten Konjunktur langsam in die Höhe gebracht und mußte dies auch tun, wenn es einen einigermaßen angemessenen Ertrag für die in ihm vereinigten Zechen herausholen wollte.

Meine Herren, welches ist nun aber der Hauptfaktor gewesen, der zur Erhöhung der Preise beigetragen hat, der auch das Syndikat geradezu zwang, diese Politik zu befolgen? Den Hauptfaktor bildete der Arbeitslohn, der in den Produktionskosten ja die Hauptsache ausmacht. Es ist nicht der circulus ein solcher gewesen, wie ihn Herr Graf Kanitz schilderte, indem er sagte: erst Preiserhöhung der Kohle, infolgedessen Mehransprüche der Arbeiter und Erhöhung des Arbeitslohnes —, sondern umgekehrt wird ein Schuh draus, gerade was die letztvergangene Entwicklung angeht: erst Erhöhung des Arbeitslohns als Folge der gestiegenen Lebensmittelpreise und dann gesteigerte Kohlenpreise. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts) Das scheint mir für das Jahr 1906 jedenfalls bewiesen! Wie wesentlich die Arbeitslöhne gestiegen sind, das habe ich Ihnen an einigen wenigen Ziffern dargetan, sowohl absolut als auch auf den Wert der Produktion berechnet. Ich möchte darauf nicht näher zurückkommen, sondern die Situation nur noch mit einem kleinen Beispiel beleuchten, das sich auf eine einzelne Bestellung bezieht.

Meine Herren, bei Gelsenkirchen stellt sich im Durchschnitt der Jahre 1893 bis 1905 der Verkaufspreis pro Tonne um 1,45 *ℳ* höher als im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1892. Von diesem erhöhten Betrage entfallen, also von diesen 1,45 *ℳ* entfallen 1,26 *ℳ*, das sind 86,90 pCt, auf die Erhöhung des Lohnanteils (hört, hört! links) von 3,15 *ℳ* auf 4,41 *ℳ* pro Tonne. Die Ziffern für den Oberbergamtsbezirk Dortmund und für das Saarrevier habe ich ja weiter oben gegeben.

Meine Herren, zu diesen Mehraufwendungen für die höheren Löhne kommen dann natürlich auch noch die Mehraufwendungen für Gehälter, für soziale Versicherung, für Steuern, für die Erhöhung der allgemeinen Unkosten durch die Verteuerung der Betriebsmaterialien, des Grubenholzes, des Eisenbedarfs, ferner die Aufwendungen auf Grund der bergpolizeilichen Vorschriften und anderes mehr. Was die letzteren Aufwendungen bedeuten, so möchte ich nur eine Ziffer nennen: allein die soziale Maßnahme der Berieselung hat zu ihrer Durchführung ungefähr — genau ist mir die Ziffer nicht erinnerlich — 50 Mill. *ℳ* erfordert; das sind etwa 70 Pf. pro Tonne! Sie werden mir zugeben, daß solche Unkosten wieder hereingebracht werden müssen, und wenn das mit Hilfe des Syndikats möglich gewesen ist, so, glaube ich, ist daraus nicht ein Vorwurf zu konstruieren, sondern man sollte anerkennen und der Kohlenindustrie zubilligen, daß sie sich ein Instrument geschaffen hat, um eine solche Auflage, wie man sie ihr zugemutet hat, überhaupt tragen zu können.

Nicht außer acht, meine Herren, dürfen Sie ferner lassen, daß schließlich auch noch andere gesetzgeberische Maßnahmen eingewirkt haben und einwirken werden. Glauben Sie, daß Maßnahmen wie die lex Gamp, die die Kohlenfelderpreise um das Doppelte, Dreifache und mehr in die Höhe getrieben hat, dazu dienen kann, einer Herabminderung der Kohlenpreise förderlich zu sein? Nein, meine Herren, es liegt auf der Hand, daß durch eine derartige Verteuerung der Grubenfelder die Anlagekosten der Bergwerke erheblich steigen müssen, sodaß es garnicht anders möglich ist, als daß dies schließlich in den Preisen der Kohle mit zum Ausdruck kommt. (Zuruf rechts: die Felder sind doch noch nicht in Betrieb!) — Aber die Felderpreise sind außerordentlich gesteigert.

Meine Herren, daß im übrigen die Preissteigerungen in der Kohlenindustrie keineswegs solche gewesen sind, die der Entwicklung unserer heimischen Gewerbetätigkeit hinderlich waren, das, glaube ich, habe ich Ihnen vorhin nachgewiesen, und es mag mir nur gestattet sein, daß ich dem, was ich in dieser Beziehung sagte, noch einen Hinweis auf die vorsyndikatische Zeit hinzufüge, die Zeit, in der einem raschen Empor-

schnellen der Preise ein ebenso jäher Absturz folgte, also Verhältnisse herrschten, die, vom Standpunkt der Kohlenindustrie wie der Industrie überhaupt betrachtet, als höchst unerwünscht und schädlich bezeichnet werden müssen, und denen gegenüber die gegen das Syndikat sonst erhobenen Vorwürfe, daß hier und da einmal ein Abnehmer nicht die und die Kohlensorte bekommen hat, die er gern haben wollte, daß er nicht so bedient worden ist, wie er vorher bedient wurde, wo er sich aussuchen konnte, was er haben wollte — nebenbei soweit auch nur der Vorrat der betreffenden Sorte reichte — gar nicht ins Gewicht fallen. Meine Herren, diese Vorwürfe erscheinen gegenüber der großen Grundidee des Syndikats, gegenüber den großen Vorteilen, die das Syndikat mit sich gebracht hat, so klein, daß sie völlig verschwinden. Im übrigen, glaube ich, genügt es, sie vorzuheben, um dahin zu wirken, daß das Syndikat nach Kräften bestrebt ist, auch diese Dinge nach Möglichkeit im Sinne der Abnehmer zu regeln.

Wie die Verhältnisse im Auslande sich entwickelt haben, habe ich Ihnen bereits dargetan, sodaß ich darauf nicht weiter einzugehen brauche.

Der Herr Interpellant ist dann auf die großen Erträgnisse der Kohlenbergbau-gesellschaften und auf die hohen Dividenden zu sprechen gekommen, sodaß der Anschein erweckt werden muß, als wenn die ganze Preispolitik des Syndikats lediglich eine Dividendenpolitik wäre und darauf hinausginge, ungebührlich hohe Gewinne zu erzielen. Es sind einzelne Gesellschaften genannt worden, die erhebliche Prozente ausgeschüttet haben. Demgegenüber möchte ich doch folgendes hier hervorheben. Eine Gesellschaft wie die Gelsenkirchener, mit eine unserer glänzendst situierten Gesellschaften, hat in den Jahren 1903 bis 1905, also während der Syndikatszeit, eine um 29,14 pCt niedrigere Dividende ausgeschüttet als im Durchschnitt der 20 Jahre vorher. Die gezahlte Dividende pro Tonne ist im Verhältnis zum Durchschnittserlös im Jahre 1893 allerdings gestiegen, gegen früher aber erheblich zurückgegangen. Ich verweise Sie auch in dieser Beziehung auf die graphische Darstellung; Sie werden in dieser die Sache überzeugend nachgewiesen finden.

Ferner möchte ich hervorheben, daß die im Ruhrbezirk gezahlte Ausbeute bzw. Dividende, die ich der vor mir bereits zitierten Denkschrift des bergbaulichen Vereins entnehme, sich wesentlich geringer gestellt hat als der Überschuß bei den staatlichen Saarwerken. Meine Herren, ich muß Sie mit wenigen Ziffern behelligen. Es betrug im Durchschnitt der Jahre 1886 bis 1892 die Dividende bzw. Ausbeute im Ruhrrevier 1,07 *M* pro Tonne, an der Saar dagegen der Überschuß 1,34 *M*; es betrug 1893 bis 1904 im Ruhrrevier die Dividende bzw. Ausbeute 1 *M* pro Tonne, der Überschuß im Saarrevier 1,61 *M*; es betrug 1886 bis 1895 im Ruhrrevier die Dividende bzw. Ausbeute 0,92 *M* pro Tonne, an der Saar dagegen der Überschuß 1,25 *M*, und in den Jahren 1896 bis 1904 betrug im Ruhrrevier die Dividende bzw. Ausbeute 1,14 *M*, im Saarrevier dagegen 1,80 *M*. Und dieser Überschuß der fiskalischen Saargruben, meine Herren, ist in Wirklichkeit noch erheblich höher; denn es ist zu berücksichtigen, daß der Saarfiskus die sämtlichen Kosten für Neuanlagen und Erweiterungsbauten aus dem Betriebe nimmt, während der private Bergbau Kapital hierfür aufnehmen muß.

Meine Herren, es wird ja auch — das hat ja zu meiner Befriedigung Herr Graf Kanitz, wenn ich ihn recht verstanden habe, hervorgehoben — regelmäßig, wenn man von den großen Dividenden spricht, der Fehler gemacht, daß man gar nicht den Kursstand der Aktien bzw. Anteile berücksichtigt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Meine Herren, das ist doch unzulässig. Wo in einem erhöhten Kurse eine schon seit langen Jahren bestehende höhere Rente zum Ausdruck kommt, wo also ein dauernder Vermögenszuwachs vorliegt, dürfte es wohl auch richtig sein, der Dividende nicht den Nominalwert, sondern den Kursstand zugrunde zu legen. Und weiter, meine Herren, ist es doch auch nicht mehr als gerechtfertigt und darf nicht außer Acht gelassen werden, daß bei Kapitalerhöhungen die neuen Aktien häufig nicht zu pari, sondern mit einem 50prozentigen und höherem Aufgeld an die Aktionäre abgegeben sind. Meine Herren, berechnet man die Dividenden auf das effektive Kapital, so stellen sie sich wesentlich niedriger, und zwar bei Gesellschaften wie Gelsenkirchen, Hibernia, Nordstern um 2 bis 10 pCt. Bei Gelsenkirchen stellte sich 1904 das Nominalkapital auf 69 Millionen, das Effektivkapital unter Berücksichtigung des Aufgeldes auf 98,5 Millionen. Wenn Sie, selbst ohne Berücksichtigung des Kursstandes, nur unter Zugrundelegung dieses Effektivkapitals die Dividende berechnen, so kommen Sie auf eine Dividende von 5 bis 6 pCt, und daß das eine Dividende ist, die für ein industrielles Unternehmen keine zu hohe ist, wird mir der Herr Graf Kanitz nicht bestreiten wollen. (Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahn) — Ich freue mich, daß es auch der Herr Kollege Hahn nicht bestreitet.

Meine Herren, ähnlich liegt es bei anderen großen Gesellschaften, z. B. bei Hibernia und Nordstern. Sie können nicht lediglich mit Verhältnissen rechnen von ganz vereinzelt Werken, die gewissermaßen Monopolrenten haben, deren Zahl aber so gering ist, daß sie gegenüber dem Durchschnitt und dem Durchschnittsertrag nicht ins Gewicht fallen. So viel steht fest, daß, wenn es der Zweck des Zusammenschlusses zum Syndikat war, den früheren ungesunden Wettbewerb auszuschalten und die Rentabilität der Werke zu steigern, die diesem Zwecke dienende Preispolitik nicht so geartet gewesen ist, daß sie allen Mitgliedern des Syndikats unter allen Umständen eine angemessene Rente gesichert hätte. Es existierten und existieren Zechen, wie Altendorf, Borussia und noch eine Anzahl anderer, die nicht nur während einer kurzen Zeit von Jahren, sondern während der größten Dauer des Syndikats noch mit Zuschüssen gearbeitet haben. Für die Mehrzahl der Zechen stellt sich allerdings, wie man anerkennen muß, die Sache so, daß sich eine Steigerung der Rente ergeben hat; die ist aber im Durchschnitt des Bezirks keineswegs übermäßig gewesen, und deshalb kann auch nicht dem Syndikat ein Mißbrauch seiner Macht zur Last gelegt werden. Die generellen Behauptungen von den hohen Dividenden sind unhaltbar; es sind Schreckgespenster. Wenn man diesen Gespenstern, diesen Vorwürfen, die erhoben werden, näher zu Leibe rückt, so zerrinnen sie in nichts, es bleibt schließlich nichts übrig, als ein Gewinn, der für ein gewerbliches Unternehmen jedenfalls nicht als unangemessen bezeichnet werden kann.

Schließlich, meine Herren, könnte man auch noch folgenden Punkt ins Auge fassen. Es wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft durch den Kohlenbergbau geschädigt sei. In den dicht bevölkerten Bezirken unseres Reviers aber hat die Landwirtschaft beim Kohlenbergbau das beste Geschäft gemacht insofern, als der Kohlenbergbau in vielen Fällen sich dazu gedrängt gesehen hat, die Güter zu Preisen anzukaufen, die weit über den wirklichen Wert gingen. Ich will daraus keine generellen Konsequenzen herleiten; aber es ist eine Tatsache, die beispielsweise im Landkreise Bochum, aber auch anderweitig an einer Anzahl von Fällen erhärtet werden kann.

Nun, meine Herren, wende ich mich zu dem zweiten Teile der Interpellation, zu der Frage, ob es etwa angezeigt sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die Kohlenausfuhr zurückzudämmen, um dadurch, wie der Herr Interpellant es wohl haben will, dem inländischen Kohlenmarkte eine ausreichendere Versorgung zu sichern, als sie nach Ansicht der Herren heute stattfindet, und gleichzeitig eine Verbilligung der Kohlenpreise herbeizuführen.

Meine Herren, die Korrespondenz des Bundes der Landwirte drückt den Zweck etwas drastischer aus; sie meint:

Wenn dieser wenig erfreuliche Exportzweig durch Aufhebung der unbegreiflichen Frachtvergünstigungen ein wenig, oder durch einen zweckentsprechenden Ausfuhrzoll etwas stärker beschnitten würde, dann dürfte die Zahl der zur Verfügung stehenden Kohlenwagen für Versorgung des Inlandsmarktes vielleicht stets vollkommen ausreichen. Auf diesem Wege, glauben wir, könnte man mehrere recht lästige und gemeingefährliche „Fliegen“ mit einer Klappe schlagen. Zunächst würde den Syndikatsherren die ständige Sorge um Beschaffung vermehrter Arbeitskräfte etwas erleichtert werden. Sie würden es weniger nötig haben, durch zahlreiche Lockvögel immer neue deutsche Landarbeiter und nach mehr als einer Richtung hin bedenkliche Arbeitermassen aus dem Auslande im Industriegebiet zu konzentrieren. Ferner würde die für unser gesamtes Wirtschaftsleben so unangenehme Kohlennot und Kohlenteuerung gemildert und endlich den Syndikatsherren die Möglichkeit genommen werden, die Staatsbahnverwaltung fortwährend als Sündenbock für diese so schwer empfundene Notlage vor das Volksgericht zu schleppen.

Also die Wagennot und der Arbeitermangel sollen dadurch beseitigt werden, daß man die Ausfuhr abschneidet! Dieser Vorschlag erinnert mich nun doch — ich hoffe, Sie werden mir das nicht übelnehmen — an das Verfahren des berühmten Dr. Eisenbarth selig; anders kann ich es kaum bezeichnen, wenn ich einen ganz milden Ausdruck wählen will: der Verfasser dieser Expektoration scheint bei dem Dr. Eisenbarth in die Lehre gegangen, scheint so eine Art landwirtschaftlicher Dr. Eisenbarth zu sein. (Heiterkeit rechts)

Meine Herren, um was dreht es sich denn bei der Kohlenausfuhr? Unsere Kohlenausfuhr, unser Kohlenabsatz auf dem Weltmarkt bildet einen Regulator für unsern Kohlenbergbau in schlechten wie in guten Zeiten. In schlechten Zeiten ermöglicht der Absatz auf dem Weltmarkte unserm Kohlenbergbau, an den normalen Fördermengen

festzuhalten, Arbeiterentlassungen zu vermeiden und die vorhandenen Anlagen auszunutzen, mit anderen Worten, die Generalkosten niedrig zu halten. Würde die Ausfuhr, die für das oberschlesische Revier etwa ein Drittel seines Gesamtabsatzes beträgt, fortfallen, so würde im Kohlenbergbau eine erhebliche Erhöhung der Selbstkosten und damit der Kohlenpreise eintreten müssen, was für den Konsumenten sicherlich nicht angenehm wäre. Weiter würden auch die deutschen Arbeiter auf das Empfindlichste geschädigt werden. Nehmen wir z. B. die Einschränkung der Ausfuhr generell um ein Drittel an, so würde das in flauen Zeiten die Entlassung von rund 25 000 Bergleuten mit einem jährlichen Lohnbetrag von 25 bis 30 Millionen zur Folge haben. (Abgeordneter Dr. Hahn: Die der Landwirtschaft zugute kämen!) — Ich wollte eigentlich sagen: das liegt natürlich nicht im Sinne des Herrn Interpellanten. Nach den Ausführungen aber des Herrn Interpellanten und nach den Zurufen, die ich hier höre, muß ich sagen: das liegt durchaus im Sinne des Herrn Interpellanten.

Dazu möchte ich aber bemerken: so sehr anzuerkennen ist und in der Industrie anerkannt wird, daß die Landwirtschaft unter dem Arbeitermangel auf das schwerste leidet, so notwendig ist es auch anzuerkennen, daß auch die Industrie Arbeiterschwierigkeiten hat, und so notwendig ist es, zuzugestehen, daß der Kohlenbergbau, den man immer auf das Schärfste zur Erfüllung seiner Verpflichtungen, zur Lieferung ausreichender Kohlenmenge anhält, sich mit Recht bemüht, die Arbeitskräfte zu beschaffen, die er zur Förderung dieser Kohlen bedarf.

Meine Herren, wie nun Herr Graf Kanitz das Kunststück fertig bringen will, die Ausfuhr wegzulassen, um einerseits die Ausfuhrmengen dem Inlandsmarkte zu erhalten und dessen reichlichere Versorgung herbeizuführen, und um andererseits die Arbeiter, die zur Förderung dieser Mengen nötig sind, der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, das weiß ich nicht. (Sehr gut! links) Ich habe ihn so verstanden, daß er die Ausfuhrmengen dem Inlandsmarkte reservieren will, und daß er die Arbeiter, die dadurch in der Kohlenindustrie überflüssig werden, für die Landwirtschaft reservieren will. Wenn er aber die Ausfuhrmengen dem Inlandsmarkte erhalten will, müssen auch die Arbeiter vorhanden sein, die sie fördern. Also hier liegt ein Widerspruch.

Aber generell gesprochen: Sie verlangen immer von der Kohlenindustrie, daß sie den Ansprüchen aller Erwerbszweige, auch der Landwirtschaft, gerecht werde; Sie erheben die allergrößten Vorwürfe, wenn hier und da ein Waggon Kohle nicht geliefert werden kann; wenn sich aber die Kohlenindustrie die notwendigen Arbeiter zu beschaffen sucht, um möglichst alle Ansprüche zu befriedigen, dann schreien Sie, dann ist es auch wieder nicht recht. Also wie die Kohlenindustrie es auch macht, es ist verkehrt!

Und weiter, meine Herren: da ein erheblicher Teil der deutschen Kohlenausfuhr zu Wasser erfolgt, so würde eine wesentliche Verringerung derselben eine bedeutende Schädigung der deutschen Reederei und Schifffahrt mit sich bringen, ferner würde auch die preußische Staatseisenbahnverwaltung eine wesentliche Einbuße erleiden, und selbstverständlich auch, soweit die fiskalische Bergwerksverwaltung für den Export in Frage kommt, auch diese.

Meine Herren, das sind die Gesichtspunkte, die für schlechte Zeiten herangezogen werden müssen, wenn man ein Urteil über die Ausfuhr und ihre Bedeutung fällen will; sie hat in schlechten Zeiten die Bedeutung eines Sicherheitsventils. In guten Zeiten aber, in ansteigenden Konjunktoren, wo wir mit einem sehr starken eigenen Kohlenbedarf zu rechnen haben, bildet unsere Kohlenausfuhr eine Reserve, auf die wir in gewissem Grade zurückgreifen können. Denn durch Ueberschichten und verstärkte Belegung der Abbaubetriebe läßt sich die Kohlengewinnung wohl in Zeiten starken Andrängens um 8 bis 10 pCt steigern, darüber hinaus aber schwerlich. Da bilden die Ausfuhrmengen eine willkommene Reserve, auf die zurückgegriffen werden kann. Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, die ganze Ausfuhr in Fortfall zu bringen und die Mengen ohne Rücksicht auf abgeschlossene Lieferungsverträge, deren Erfüllung doch auch nach Ansicht des Herrn Interpellanten notwendig ist, und unter Abbruch der internationalen Beziehungen, dem Inlandsmarkt zur Verfügung zu stellen. Denn diese Beziehungen müssen für Zeiten normalen und schlechteren Bedarfs unbedingt aufrechterhalten werden. Aber ein Teil der Ausfuhr kann zurückbehalten und dem Inlandsmarkt zur Verfügung gestellt werden, eventuell auf dem Wege, daß ins Ausland zu liefernde Mengen durch Ankauf fremder Kohle gedeckt werden, wie es von dem Syndikat z. B. in der verflossenen Hochkonjunktur geschehen ist. Ich brauche hier nur auf die Ziffern zu verweisen, daß das Syndikat vom Dezember 1905 bis Februar 1907, also in 12 Monaten, für seine — größtenteils ausländische — Kundschaft an Stelle von Ruhrkohlen englische

Kohle kaufte und lieferte, und daß es eine Reihe von Verkäufen durch Zahlung von Entschädigungen rückgängig gemacht hat. Es handelt sich hierbei um 1,6 Mill. t, und der Verlust des Syndikats belief sich auf zirka 3,7 Mill. *M.* (Hört, hört!) Jedenfalls zeigt sich, daß, wenn man Kohlen- Ein- und Ausfuhr zusammennimmt, in Zeiten hochgehender Konjunktur regelmäßig der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr sinkt, ein Punkt, auf den, wenn ich recht gehört habe, auch der Herr Handelsminister bereits aufmerksam gemacht hat. Sehen Sie sich die Ziffern auf Seite 125 der Kartelldenkschrift an, so werden Sie dies bestätigt finden.

Ganz mißverständlich ist dem Syndikat schließlich noch ein Vorwurf daraus gemacht worden, daß es zur Befriedigung der inländischen Kundschaft englische Kohle gekauft hat. Ich glaube, es ergibt sich aus meinen Ausführungen, daß das Syndikat mit seinem Vorgehen den wirtschaftlichen Interessen des Vaterlandes in hohem Maße gedient hat. Der Fiskus dagegen ist vielleicht nicht so ganz vorteilhaft zu beurteilen; wenigstens sind mir Klagen bekannt geworden, daß der Fiskus anders verfährt als die private Kohlenindustrie. Nicht genug, daß er für billiges Geld gute Kohlen ins Ausland schickt — gerade die besseren Sorten nach Frankreich, Italien, der Schweiz —, er bedient auch das Ausland besser als das Inland. Inwieweit das zutrifft, vermag ich nicht zu sagen. Ich rekapituliere nur mir gewordene Mitteilungen.

Soviel, meine Herren, über die Bedeutung, die unsere Kohlenausfuhr für unseren Kohlenbergbau hat und für unsere gesamte kohlenverbrauchende Gewerbetätigkeit, ja für alle Kohlenkonsumenten.

Unrichtig ist übrigens auch, daß der Kohlenexport zu abnorm billigen Preisen erfolgt. Die Preise, die beim Export erzielt werden, richten sich nach den Weltmarktpreisen; in Zeiten starker Nachfrage werden sie höher sein, bei schwächerer Nachfrage geringer. Von Verschleuderung von Nationalvermögen in dem Sinne, wie dieser Ausdruck gebraucht wird, kann keine Rede sein. Alles in allem wäre es eine der größten Torheiten, die wir machen könnten, wenn wir, sei es durch Aufhebung der Ausfuhrtarife, sei es durch Einführung eines Kohlenausfuhrzolls, versuchen würden, die Kohlenausfuhr zu verhindern. Die Verhältnisse sind ja schon 1900 im Landes-eisenbahnrat eingehend in dem von mir dargelegten Sinne erörtert worden. Will der Herr Minister diese Untersuchung erneuern, so ist dagegen natürlich nichts einzuwenden. Nach der Auffassung allerdings, die in den Kreisen herrscht, über deren Anschauungen ich informiert bin, glaube ich, wird der Ausfall einer neuen Untersuchung kaum ein anderer sein können, als er im Jahre 1900 gewesen ist; denn die Verhältnisse liegen heute ziemlich ebenso wie damals, und ganz ähnlich gerade, soweit die Konjunktur in Frage kommt.

Meine Herren, damals, als ganz ähnliche Verhältnisse vorlagen, ist der Landes-eisenbahnrat zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Beseitigung der Kohlenausfuhrtarife sich nicht nur nicht empfehle, sondern daß sie direkt schädlich wirken müsse, schädlich wirken müsse, meine Herren, nicht nur für die Industrie, sondern auch für die Eisenbahnen, die aus dem Transport der Ausfuhrkohle eine wesentliche Einnahme beziehen, und schädlich wirken müsse auch für unsere Schifffahrt, für die ein wesentlicher Teil gerade der nach den Nordseehäfen bestimmten Kohle, aber auch der Kohle, die nach Holland und Belgien geht, bestimmt ist. Es handelt sich dabei zum großen Teil um Bunkerkohlen, die von deutschen Schiffen in Antwerpen eingenommen werden. Es ist bei den damaligen Verhandlungen neben den von mir dargelegten generellen Gesichtspunkten, die für die Aufrechterhaltung unserer Kohlenausfuhr geltend zu machen sind, klar ausgesprochen, daß es ein großer Irrtum sei, anzunehmen, daß den Kohlengruben in Gestalt eines ermäßigten Tarifes eine Staatsunterstützung zuteil werde, daß der Ausfuhrtarif lediglich den Gruben zugute komme. Es ist hervorgehoben, daß der Staat mit diesen Tarifen im wesentlichen die Eisenbahnen im Wettbewerb gegenüber den Wasserstraßen unterstütze, und darüber herrschte völlig eine Meinung — und das hat ja auch der Herr Eisenbahnminister bereits betont —, daß bei der damaligen Lage der Verhältnisse durch eine Aufhebung der Ausnahmetarife weder eine Änderung in der Ausfuhr, noch auch eine Änderung in den Preisen herbeigeführt werden würde. Durch eine Aufhebung der Ausnahmetarife würden, so wurde damals klargelegt, im wesentlichen Umfange die Eisenbahnen geschädigt werden. Wenn ich nicht irre, bezifferte sich die Ausfallsumme, um die es sich für die Eisenbahn drehte, auf ungefähr $1\frac{1}{2}$ Mill. *M.* Meine Herren, man hat also damals hauptsächlich aus Rücksicht auf die Eisenbahnen Abstand genommen, die Ausfuhrtarife zu beseitigen; daneben auch aus Rücksicht auf die Industrie; denn man mußte sich sagen, daß in Zeiten schlechter Konjunktur — das ist damals ausdrücklich hervorgehoben — unsere Kohlenindustrie der Ausfuhr nicht entraten kann.

Ein wesentlicher Punkt übrigens für die Eisenbahnen, an diesen Ausnahmetarifen festzuhalten, ist damals noch die Rücksicht auf die Bewältigung des Verkehrs in Rheinland und Westfalen gewesen. Es wurde bei der Enquete nachgewiesen, daß die Ausfuhr von Ruhrkohle in geschlossenen Sonderzügen nach Holland und Belgien sowohl nach der betrieblichen, wie nach der finanziellen Seite hin im hervorragenden Interesse der Eisenbahnen liege. Es wurde dargetan, daß die Eisenbahnen mit ihren Betriebseinrichtungen schon den derzeitigen Verkehr der Rhein- und Ruhrhäfen kaum bewältigen könnten, und daß sie sich vor große Schwierigkeiten gestellt sehen würden, wenn die jetzt auf dem ununterbrochenen Eisenbahnwege zur Ausfuhr gelangenden Kohlen ebenfalls über die Rheinhäfen verschifft werden müßten, und wenn dazu in umgekehrter Richtung jetzt auf den von den niederländischen Häfen zurückkehrenden Kohlenwagen die zu uns kommenden überseeischen Erze kommen würden.

Meine Herren, man hat diese Bedenken damals sehr in den Vordergrund gestellt und, wie heute die Dinge liegen, glaube ich, wird es kaum anders kommen können. Heute sind die Verkehrsverhältnisse derartige im niederrheinisch-westfälischen Revier, daß die Eisenbahnen sich, glaube ich, ins eigene Fleisch schneiden würden, wenn sie nach der gedachten Richtung hin noch dazu beitragen würden, dem ohnehin überlasteten Revier einen Verkehr zuzuführen, den sie bisher bequem haben abschieben können. Dieser Hinweis läßt übrigens auch erkennen, welcher Wert den Vorschlägen des von mir zitierten landwirtschaftlichen Dr. Eisenbarth in der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte“ beizumessen ist, der die Mängel des Eisenbahnwesens und den Wagenmangel dadurch beseitigen wollte, daß er die Ausfuhr abschneitt.

Und noch ein Punkt, der, wenn ich recht verstanden habe, hier in der bisherigen Erörterung auch schon hervorgehoben worden ist; daß nämlich für gewisse Kohlensorten gerade der Absatz nach dem Auslande ein höchst willkommenes Ventil bildet, für gewisse Kohlensorten, die hier schlecht unterzubringen sind, auf die das Ausland sich aber seit Jahren eingerichtet hat. Einen Fall, der aus der Enquete 1900 stammt, kann ich hervorheben, wo für den Saarbezirk ein erhebliches Interesse vorgelegen hat, den Absatz bestimmter Kohlensorten nach Ostfrankreich aufrechtzuerhalten. Man hatte früher einmal versucht, auf diesen Absatz zu verzichten, aber infolge des Rückganges der Industrie hat dies zu schweren Nachteilen geführt.

Im übrigen handelt es sich ja bei der Ausfuhr hauptsächlich um den Absatz nach Holland und Belgien, welche beiden Länder, wie ich nebenbei bemerken möchte, zu dem natürlichen Absatzgebiete des westfälischen Kohlenbeckens zu rechnen sind. Dahingegen kommt der Absatz nach anderen Ländern, für die Ausnahmetarife bestehen, weniger in Betracht. Es kommen in Frage Ostfrankreich, Italien, die Schweiz, Dänemark, Österreich-Ungarn, Rumänien und Rußland. Meine Herren, es ist anerkannt, daß für diese Länder die Dinge weniger intrikat sind; immerhin hat man 1900 im Landeseisenbahnrat gewünscht, daß die Ausfuhr auch nach diesen Ländern nicht abgeschnitten werden möge. Ganz außer acht gelassen ist endlich die Ausfuhr nach den deutschen Nordseehäfen; denn dabei handelt es sich zum weitaus größten Teil um Bunkerkohlen, die für die Versorgung unserer Schiffe unbedingt notwendig sind. Und, meine Herren, wie die Dinge im Jahre 1900 standen, so stehen sie im wesentlichen auch heute noch. Die Gründe, die damals im Landeseisenbahnrat für die Aufrechterhaltung der Ausnahmetarife angeführt sind, lassen sich auch heute noch in vollem Umfange geltend machen, und ich möchte fast meinen, daß der Herr Interpellant, als er seine Interpellation verfaßte, die damaligen Auseinandersetzungen im Landeseisenbahnrat nicht in der Weise berücksichtigt hat, wie er sie wohl hätte berücksichtigen müssen.

Meine Herren, es wird ja immer mit großem Nachdruck darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, unsere Kohlenvorräte dem Inlande zu erhalten und sie nicht dem Auslande zuzuführen. (Abgeordneter Graf v. Kanitz: Sehr richtig!) Dem kann ich nur ganz kurz hier entgegenhalten, daß in Rheinland-Westfalen und noch mehr in Oberschlesien Kohlenvorräte für viele Hunderte von Jahren vorhanden sind, mit denen der Bedarf ganz Deutschlands gedeckt werden kann, bequem und zu mäßigen Preisen gedeckt werden kann, vorausgesetzt allerdings, daß die Kohlenschätze nicht in die Hand des Staates geraten; dann ist es mit den mäßigen Preisen vorbei. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, alles, was ich nun hier gegen die Beseitigung der Ausfuhrtarife gesagt habe, gilt in demselben Maße für die Einführung eines Ausfuhrzollens, der ja auch hier von dem Herrn Interpellanten erörtert worden ist. Es mag deswegen genügen, daß ich bezüglich eines Kohlenausfuhrzollens darauf hinweise, daß solcher Zoll

nicht vom Auslande, sondern vom Inlande getragen werden müßte; denn das Ausland ist von unserer Kohlenzufuhr nicht abhängig; mit anderen Worten, die Kohlenkonsumenten müßten den Zoll tragen in Gestalt erhöhter Kohlenpreise. Würde aber der Zweck eines Ausfuhrzolles, die Unterbindung der deutschen Kohlenausfuhr, erreicht, so würden auch alle die von mir dargelegten Nachteile eintreten, und weiter würde die Gefahr heraufbeschworen, daß andere Länder zu ähnlichen Maßnahmen angereizt würden, Maßnahmen, von denen wir ja einen Vorgeschmack uns bilden können, wenn wir einen Blick auf die schwedischen Verhältnisse werfen und auf die Bestrebungen, die dort für Einführung eines Ausfuhrzolles auf schwedische Erze sich geltend machen.

Soweit die sachlichen Darlegungen! Ich möchte mir nun gestatten, einige wenige allgemeine Bemerkungen an diese sachlichen Darlegungen zu knüpfen und sie an den springenden Punkt der ganzen Erörterungen anzuhängen, nämlich die Tatsache der erheblichen Steigerung der Produktionskosten der Kohle und speziell die Tatsache der erheblichen Lohnsteigerung, Meine Herren, woher kommt es denn, dass die Löhne so erheblich gestiegen sind? (Oho! rechts) Das ist in erster Linie eine Folge der teuren Lebenshaltung der Arbeiter. (Lebhafter Widerspruch rechts. Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Diese teurere Lebenshaltung der Arbeiter ist wiederum in erster Linie zurückzuführen auf die Steigerung speziell der Lebensmittelpreise, wie man sie auf das deutlichste im Jahre 1906 konstatieren kann. (Abgeordneter Graf v. Kanitz: Denkt gar nicht daran!) Wer sich hierüber genau informieren will, möge die Schrift von Jüngst nachlesen, die ich Ihnen zitiert habe; er findet dort die Dinge bequem beieinander. Worauf diese Steigerungen der Lebensmittelpreise zurückzuführen sind, will ich hier nicht untersuchen; Tatsache ist, daß mit den Viehpreisen auch die Fleischpreise in die Höhe gegangen sind, und daß heute, wo die Viehpreise zwar wieder zurückgegangen sind, die Fleischpreise hoch bleiben. Mit dieser Tatsache muß der Arbeiter rechnen, und, meine Herren, wer den Aufschlag bekommt, ob ihn der Fleischer, der Zwischenhändler oder der Landwirt erhält, das kann dem Arbeiter, der ihn bezahlen muß, gleichgültig sein. Und auch der Unternehmer, der dem Arbeiter den erhöhten Lohn gewähren muß, damit er in der Lage ist, die erhöhten Kosten für den erhöhten Lebensaufwand zu bestreiten, hat zunächst mit der Tatsache dieser Preiserhöhung zu rechnen.

Selbstverständlich soll damit nicht gesagt sein — ich brauche Ihnen die Versicherung für meine Partei und meine Person wohl kaum erst zu geben —, daß dem Landwirt nicht sein reichlicher Teil an der Erhöhung gegönnt sein soll. (Abgeordneter Dr. Hahn: Na, na!) Das ist eine so selbstverständliche Tatsache, Herr Dr. Hahn, daß ich darüber gar nicht erst zu sprechen brauche. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Und wenn in Ihren Blättern, in den Blättern des Bundes der Landwirte, sehr zum Schaden der anzustrebenden Solidarität, immer darauf herungeritten wird, daß die Industrie sich seinerzeit an dem sogenannten Fleischnotgeschrei beteiligt, daß sie auf die Schädigung der Landwirtschaft hingearbeitet habe, so muß ich meinerseits darauf hinweisen, daß die industriellen und wirtschaftlichen Körperschaften des Westens sich fast durchweg — es könnte sich nur um ganz vereinzelte Ausnahmen gehandelt haben — an dem Fleischnotgeschrei nicht beteiligt haben, (Abgeordneter Dr. Hahn: Aber die Presse!) obwohl gerade die teureren Lebensmittelpreise der Industrie in Gestalt höherer Löhne zur Last fallen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Diese wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften wissen sehr wohl, was eine gutgehende und kaufkräftige Landwirtschaft für die Industrie zu bedeuten hat; das brauchen sie aus der Korrespondenz des Bundes der Landwirte nicht erst zu ersehen. (Abgeordneter Dr. Hahn: Theoretisch!) Sie sind deshalb — auch praktisch — weit entfernt, der Landwirtschaft etwas zu mißgönnen, und die in diesen Vereinigungen zusammengeschlossenen Industrien haben daher auch, weil sie wissen, was eine kaufkräftige Landwirtschaft für sie zu bedeuten hat, ohne zu murren, die vielen Millionen, die die höhere Lebenshaltung der Arbeiterschaft in Gestalt höherer Löhne ihnen auferlegt, (Widerspruch rechts; sehr richtig! bei den Nationalliberalen) getragen, ebenso wie die in diesen Vereinigungen zusammengeschlossenen Industrien seinerzeit auch dafür eingetreten sind, daß der Landwirtschaft ein höherer Zollschatz zuteil wurde, (Abgeordneter Dr. Hahn: Lange nicht so hoch wie der Ihre!) und ebenso wie sie sich seiner Zeit damit einverstanden erklärt und nicht dagegen gewehrt haben, daß die Riemen, mit denen die Zollobstuktion im Reichstage gebunden wurde, aus der Haut der Industrie geschnitten wurde. (Lachen rechts) So lag die Sache! Und auch die Kohlenindustrie, die — nebenbei — durch keinerlei Zoll geschützt ist, und die auch niemals, auch in den schlimmsten Zeiten nicht, als sie vor dem Ruin stand, einen Zoll-

schutz für sich beansprucht hat, auch die ist für die Landwirtschaft eingetreten, meine Herren! Das allerdings konnte wohl kaum erwartet werden, daß zum Dank für diese Haltung der Kohlenindustrie und anderen Industrien nun bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Meine Herren, das konnte nicht erwartet werden, sondern es mußte erwartet werden und wurde auch erwartet, daß auf seiten der Landwirtschaft erkannt und anerkannt würde, daß umgekehrt die erhöhten Preise der landwirtschaftlichen Produkte, die der Landwirtschaft ein gutes Auskommen ermöglichen und ermöglichen sollen, nur aufrecht erhalten werden können, wenn die Industrie gut beschäftigt ist, wenn sie in der Lage ist, die höheren Löhne, die nötig sind, um die Kosten der gesteigerten Lebenshaltung zu bestreiten, zu bezahlen. (Widerspruch rechts) Meine Herren, die landwirtschaftlichen Zölle würden weggefegt werden, wenn die Industrie nicht mehr in der Lage wäre, die Löhne zu zahlen, die nötig sind, um die gesteigerte Lebenshaltung zu bestreiten! (Abgeordneter Dr. Hahn: Wer bestreitet denn das?)

Aus diesen Gründen heraus, meine Herren, wurde erwartet und konnte erwartet werden, daß man es unterließ, in unnützer Weise Dinge zur Diskussion zu stellen, die in der Art, wie sie immer und immer wieder erörtert werden, wirklich nicht dazu dienen können, das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Industrie zu bessern. Wenn man Aktionen ansieht wie die heutige Interpellation und ihre Begründung, so muß man zu der Ansicht kommen, daß die Erwartungen, die gehegt wurden und gehegt werden konnten, vollständig getrogen haben. Und wenn darunter die Solidarität leidet, dann schreiben Sie (nach rechts) sich das selbst zu; es könnten Zeiten und Gelegenheiten kommen, wo sich die Verbitterung einmal recht gründlich und zu Ihren Ungunsten Luft machen könnte.

Im Effekt, meine Herren, geht doch eine Interpellation wie die heutige schließlich darauf hinaus, eine Industrie wie die Kohlenindustrie — im Effekt, sage ich, nicht im Zweck; das schiebe ich selbstverständlich dem Herrn Interpellanten nicht unter — als eine ausbeuterische, blutsaugerische hinzustellen (Widerspruch rechts) und in gebildeten und ungebildeten Kreisen die Auffassung wachzurufen, als wenn die Kohlenverbraucher, das gesamte Wirtschaftsleben sich ungleich besser stehen würden, wenn der Staat diesen Industriezweig in die Hand nehmen würde.

Es wird ja immer in Abrede gestellt, daß es sich bei allen Vorstößen, die gegen die Bergbauindustrie gemacht werden, um die Absicht handeln könne, einer Verstaatlichung des Bergbaues, speziell des Kohlenbergbaues, die Wege zu ebnen. Ich möchte mir gestatten, in dieser Beziehung meine eigene Meinung zu haben.

Sehen Sie sich einmal die Ereignisse der letzten Jahre an, meine Herren! Im Jahre 1901 wurden Gladbeck und eine Reihe anderer Felder erworben. Es wurde sodann mitgeteilt und beteuert, daß der Staat weitere Erwerbungen im Ruhrrevier nicht machen wolle. Damit stimmte auch überein, daß der Staat private Anerbietungen von Grubenfeldern ablehnte. Aber bald zeigten sich viel weiter gehende Pläne. Man ging an Gelsenkirchen heran, man warf ein Auge auf Harpen, und als diese Trauben sauer waren, da ging man gegen Hibernia vor, obwohl dem damaligen Generaldirektor nicht lange vorher versichert worden war, man denke nicht daran, Hibernia zu erwerben. Meine Herren, es kam dann die lex Gamp, die ausgesprochen den Zweck verfolgte, den privaten Bergbau einzuschränken, und heute haben wir mit der Berggesetznovelle zu tun, die der Bergbaufreiheit den Garaus macht. Meine Herren, da soll man nicht mißtrauisch werden!

Vom Standpunkt der Herren (nach rechts) aus betrachtet, ist der Gedanke ja auch gar nicht so übel. Wenn der rheinisch-westfälische Kohlenbergbau verstaatlicht ist, dann wäre man ja in der Lage, den Preis der Kohle auf ein Niveau zu bringen, wie er heute an der Saar steht. Nehmen wir an, es handle sich um einen Mehrpreis von 3 *ℳ*, so würde das bei einer Förderung von 70 Mill. t 200 Mill. *ℳ* ausmachen. Diese würden dem Staatssäckel nach Ansicht der Herren sehr gut bekommen! Und wenn ich an Stelle des landwirtschaftlichen Dr. Eisenbarth in der Redaktion der Korrespondenz des Bundes der Landwirte wäre, so würde ich mit seiner einfachen Logik die Schlußfolgerung ziehen, daß man auf diesem Wege auch dem Wagenmangel ein brillantes Ende machen könnte. Wenn nämlich Kohlenbergbau und Eisenbahn im Besitz des Staates wären, dann brauchte man den Wagenpark nicht mehr nach der Kohlenförderung, sondern nur die Kohlenförderung nach dem vorhandenen Wagenpark einzurichten. Ich empfehle das den Herausgebern der Korrespondenz. (Unruhe rechts) Was für unsere Ausfuhr und Gewerbetätigkeit dabei herauskommen würde, das ist

allerdings eine andere Frage, und eine andere Frage ist es auch, wo die guten Preise der Landwirtschaft bleiben würden, wenn es einmal dahin käme.

Sie werden mir vielleicht einwenden, ich übertriebe. Daß aber an gewissen Stellen diese Tendenzen vorhanden sind, das werden Sie nicht leugnen; das weiß Herr Kollege Hahn ganz genau. Und daß der Fiskus die Preise nimmt, die er bekommen kann, das wissen Sie (nach rechts) auch; das ist auch von dem Herrn Oberberghauptmann gelegentlich der ersten Beratung der Berggesetznovelle am 25. Februar ganz unumwunden anerkannt worden. Als es sich um die Preise für Ibbenbürener Kohle handelte, sagte der Herr Oberberghauptmann, der Staat würde unverantwortlich handeln, wenn er für die gute Ibbenbürener Kohle nicht den Preis nähme, den der Markt zu nehmen erlaubt. Nun, meine Herren, der Fiskus nimmt eben immer, was der Markt zu nehmen erlaubt. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen) Deswegen ist es ein großer und verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen und den Kohlenkonsumenten die Ansicht einzupflanzen, daß sie sich besser stehen würden, wenn der Bergbaubetrieb sich überwiegend oder ganz in den Händen des Staates befinden würde. Die Verfechter des staatlichen Gedankens, die Verfechter aller Maßnahmen zur Vergrößerung der Macht des Staates im Bergbau, auch die Verfechter der jetzt zur Entscheidung stehenden Berggesetznovelle vertreten diese Idee und begründen ihr Vorgehen mit dem Hinweis auf die Gefahren, die sich aus einer Monopolisierung des Privatbergbaus, des Kohlenbergbaus für die Allgemeinheit ergeben würde.

Aber, meine Herren, was an allen diesen Schreckbildern in Wirklichkeit ist, zeigt doch die Kartelldenkschrift, die im Reichstag zur Verteilung gelangt ist. Alle die Gefahren, die man uns hier so riesengroß an die Wand gemalt hat, um die Berggesetznovelle notdürftig zu begründen, fallen in sich zusammen, wenn man die Darstellungen ansieht, die in dieser Denkschrift enthalten sind. Die genaue Untersuchung, die dieser Denkschrift zugrunde liegt, zeigt, daß diese Gefahren tatsächlich nicht vorhanden sind. Und — ich kann mich nicht enthalten, das hier einzuschalten — so macht man hier eine Gesetzesvorlage — und nimmt sie vielleicht auch an, nicht in Anlehnung an die Wirklichkeit, sondern in Anlehnung an Entwicklungsmöglichkeiten und aus einem Ideenkreis heraus, in den man so fest gebannt ist, daß man aus ihm nicht heraus kann, so fest gebannt, daß man offensichtliche Tatsachen und Ergebnisse wie die Ergebnisse der Kartelldenkschrift, die in diesen Ideenkreis nicht hineinpassen und dem gewollten Zwecke nicht entsprechen, einfach beiseite läßt und sie nicht beachtet. „Theaterakt!“ „Ergebnis dürftig!“ Damit ist man mit der Sache fertig. — Meine Herren (nach rechts) ich rufe Ihnen zu: Etwas mehr Solidaritätsgefühl! Das wird für uns alle gut sein! (Bravo! bei den Nationalliberalen)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Herold.

Herold, Abgeordneter (Zentr.): Meine Herren, von dem Herrn Interpellanten ist eine Anzahl volkswirtschaftlicher Fragen angeregt worden, die von der allergrößten Bedeutung sind, die aber, wie ich glaube, in erschöpfender Weise kaum in einer Verhandlung erledigt werden können. Ich will mich daher auch auf einige größere Gesichtspunkte beschränken und in Details nicht eingehen. Vor allem will ich es vermeiden, schon jetzt, wie es der Herr Vorredner getan hat, die Berggesetznovelle einer Erörterung zu unterziehen. Sie wird ja in einigen Tagen hier beraten werden, und wir werden dann ja hinreichend Gelegenheit haben, uns darüber auszusprechen.

Von dem Herrn Grafen v. Kanitz ist außerordentlich beklagt worden, daß ein so starkes Abströmen der Arbeitskräfte in die Industrie stattfände, und daß zugleich die Löhne so sehr in die Höhe gegangen wären. Was zunächst die Höhe der Löhne anlangt, so ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eine Steigerung der Arbeitslöhne nur mit Freuden zu begrüßen, (sehr richtig! im Zentrum) weil dadurch die Lebenshaltung der Arbeiter verbessert wird, und weil die Konsumtionsfähigkeit derselben zunimmt. (Sehr richtig! im Zentrum und bei den Nationalliberalen) Bei der Lohnsteigerung ist aber notwendig, daß auch die Produkte, deren Herstellungskosten wesentlich durch die Höhe der Löhne mit bedingt sind, einen solchen Preis haben, daß sie noch produziert werden können, und so steht die Höhe der Löhne und der Preis der Erzeugnisse, mögen sie nun einen landwirtschaftlichen oder einen industriellen Charakter haben, immer in einer gewissen Wechselwirkung. Die Landwirtschaft ist dabei aber in einer ungünstigeren Lage, weil bei ihr die Wechselwirkung viel weniger in die Erscheinung tritt als bei der Industrie, da die Auslandsverhältnisse in erster Linie den Preis der landwirtschaftlichen Produkte bedingen, (sehr richtig! im Zentrum und rechts) und die Produktionskosten im Inland hierbei weniger in Betracht kommen. Bei der Industrie dagegen sind für die

Preisbildung die Produktionskosten des Inlands in erster Linie maßgebend, weil die industriellen Erzeugnisse zum größten Teil in solchem Maße durch Schutzzölle geschützt sind, daß die heimische Industrie in der Lage ist, ausreichende Preise für die industriellen Erzeugnisse herbeizuführen. Darin liegt der wesentliche Unterschied zwischen Landwirtschaft und Industrie, und daraus erklärt sich auch eine gewisse Mißstimmung in der Landwirtschaft, wenn die Produktionskosten steigen, weil die Preise nicht im Verhältnis in die Höhe gebracht werden können. Eine gewisse Besserung ist ja eingetreten durch die Steigerung der Schutzzölle, welche durch die neuen Handelsverträge herbeigeführt worden ist. Ob aber dadurch in ausgiebiger Weise die erhöhten Produktionskosten ausgeglichen sind, will ich zur Zeit nicht erörtern. Wenn aber der Herr Vorredner, Herr Abgeordneter Hirsch, darauf hinwies, daß die hohen Arbeitslöhne wie sie jetzt bestehen, und welche, wie ich schon gesagt habe, keineswegs zu beklagen sind, zurückzuführen seien auf die erhöhten landwirtschaftlichen Schutzzölle, dann ist das eine vollständige Täuschung und eine Verkennung der Verhältnisse. Mit demselben Recht könnte ich auch sagen: die Höhe der Löhne ist zurückzuführen auf die gestiegenen Preise sämtlicher industrieller Erzeugnisse; (sehr richtig! im Zentrum) denn für den Lebensunterhalt des Arbeiters ist nicht allein Brot und Fleisch notwendig, sondern auch Kleidung und eine Menge anderer Bedarfsartikel, welche im Preise in viel stärkerem Maße gestiegen sind als die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts) Prozentual sind die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in den letzten Jahren nicht so viel im Preise gestiegen wie die industriellen Erzeugnisse. Ich habe zur Zeit gerade das Material nicht zur Hand; in der Presse ist aber hinreichend durch feste Zahlen der Nachweis geliefert, und vom Herrn Grafen Kanitz ist auch schon eine Reihe von Zahlen angeführt worden. Bestritten werden kann das nicht; denn es ist eine Tatsache, die feststeht. (Widerspruch links)

Nun hat Herr Graf Kanitz angeführt, die landwirtschaftlichen Produkte seien nicht teurer geworden. Auf der Linken erhob sich ein lebhafter Widerspruch dagegen. Man sollte nun eigentlich glauben, daß über Tatsachen eine Verständigung zu erzielen wäre. Die Statistiken haben wir doch, und da müßte sich feststellen lassen, ob die Preise gestiegen sind oder nicht. Wenn aber die Ansichten darüber so geteilt sind, so glaube ich, ist das in erster Linie zurückzuführen darauf, daß keine Klarheit darüber besteht, welche Preise gemeint sind. Die tierischen Erzeugnisse haben in den letzten Dezennien, von kurzen Schwankungen innerhalb weniger Jahre abgesehen, — derartige wellenförmige Bewegungen haben wir bei den tierischen Erzeugnissen in sehr starkem Maße und in ungesunder Weise — eine steigende Bewegung gezeigt, sowohl im Großhandel wie im Detailhandel, und zwar in letzterem in viel stärkerem Maße. Aber für die Getreidepreise ist die Bewegung keine aufsteigende gewesen im Verlauf der Dezennien. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts) Es kommt immer darauf an, welche Jahre man zugrunde legt. Wir können eher behaupten, die Getreidepreise sind heruntergegangen, denn wir haben vor 50, 60, 100 Jahren schon höhere Getreidepreise gehabt als heute. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts) Die Schwankungen in der Vergangenheit waren aber wesentlich stärkere und plötzlichere als in der Neuzeit. Das liegt daran, daß der Verkehr ein internationalerer geworden ist, und daß eine geringe Ernte im eigenen Lande in viel stärkerem Maße ausgeglichen wird durch die Produktion des Auslandes. Der Weltmarkt ist heute entscheidend, und daher findet eher ein Ausgleich statt, als das in den früheren Jahrzehnten des vorigen und vorvorigen Jahrhunderts der Fall war, wo Ausgleich im eigenen Vaterlande gefunden werden mußte, also in einem verhältnismäßig engen Bezirk. Die Getreidepreise sind ganz gewiß nicht gestiegen.

Anders ist es aber mit den Brotpreisen. Die sind im allgemeinen teurer geworden. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts) Aber, meine Herren, dafür können Sie doch nun die Landwirtschaft nicht verantwortlich machen! (Sehr richtig!) Die Spannung zwischen Getreidepreisen und Brotpreisen ist im wachsenden Maße eine immer größere geworden. Gewiß ist dieser gesteigerte Unterschied — auch das will ich jetzt nicht näher untersuchen — zum großen Teil gerechtfertigt, weil die Verarbeitungskosten vom Getreide bis zum Brote gewachsen sind. (Sehr richtig!) Die Arbeitslöhne sind gestiegen, die Wohnungen und Ladenmieten sind teurer geworden usw., sodaß die Spannung eine größere werden mußte. Aber es kann doch in dem Verhältnis, wie die Verarbeitungskosten gewachsen sind, unmöglich die Landwirtschaft billiger verkaufen; denn auch für sie sind doch die Produktionskosten wesentlich teurer geworden (sehr richtig!) durch ähnliche Umstände, welche auch auf die vermehrten Unkosten für die Verarbeitung bis zum Brote eingewirkt haben. Also in der gesamten natürlichen Entwicklung liegt es, daß eine gewisse Steigerung stattfinden muß.

Aber für die Bildung der Löhne im allgemeinen sind nicht die Preise der Industrieerzeugnisse und nicht die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse maßgebend, sondern in erster Linie Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften. Und wenn wir wieder einen wesentlichen Rückgang in der Industrie bekommen sollten, was Gott verhüten möge, (Abgeordneter Graf v. Strachwitz-Bertelsdorf: sehr gut!) so würden bei gleichen Preisen für landwirtschaftliche und für industrielle Erzeugnisse trotzdem die Löhne ganz wesentlich heruntergehen und sinken. Das wird niemand bestreiten wollen. Wenn aber diese Tatsache richtig ist, meine Herren, dann ergibt sich daraus, daß nicht die gesteigerten Preise der Lebensmittel den Grund für die höheren Löhne abgeben.

Wenn ich nun ausgeführt habe, daß an sich gesteigerte Löhne in volkswirtschaftlicher Beziehung zu begrüßen sind, so entsteht allerdings ein großer Nachteil für die landwirtschaftlichen Verhältnisse dadurch, daß die Arbeitskräfte so sehr der Landwirtschaft entzogen werden, daß sie für die Bestellung des Ackers nicht mehr ausreichend sind. (Sehr richtig! rechts) In allen landwirtschaftlichen Kreisen wird dieser absolute Mangel ja auf das lebhafteste und auf das drückendste empfunden. Ein mäßiger Mangel an Arbeitskräften ist auch nur zu begrüßen, weil durch die vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften eben die Lohnsteigerung eintritt. Wenn aber der Mangel so groß wird, daß durchaus notwendige Arbeiten in unserem Vaterlande nicht mehr ausgeführt werden können, dann allerdings tritt dadurch ein nationalökonomischer Nachteil ein, der in seinen Wirkungen, wenn diese Bewegung fort dauert, noch gar nicht zu übersehen ist.

Nun gibt es ja gegen diesen Arbeitermangel, gegen dieses Abströmen vom Lande meines Erachtens kein wirksames durchschlagendes Mittel; ich wüßte wenigstens keines anzuführen. (Sehr richtig! im Zentrum) Der Grund liegt in der Entwicklung unserer Verhältnisse. Deshalb aber, um dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft vorzubauen, künstlich die Industrie in ihrer Entwicklung aufzuhalten, das würde meines Erachtens auch wieder nicht richtig sein. Wir müssen uns in dieser schwierigen Lage nach Möglichkeit zurecht zu finden suchen. Es ist zu erwarten, daß die starke Zunahme der Bevölkerung, die zum Glück in Deutschland stattfindet, auch dahin wirken wird, daß die Übelstände, welche durch den jetzigen Arbeitermangel herbeigeführt werden, auch in nicht zu ferner Zeit allmählich ausgeglichen werden, namentlich auch durch vermehrte Seßhaftmachung auf dem Lande. Darauf müssen wir hoffen; eine Heilung dieses Übelstandes, wie er sich zur Zeit darstellt, müssen wir der Zeit überlassen, und ich glaube auch, daß diese Besserung allmählich eintreten wird.

Nun hat Herr Graf Kanitz verschiedene Gründe angeführt, welche die nach seiner Ansicht ungeheuer hohen Kohlenpreise bedingt haben. Ich will nicht untersuchen, in welchem Umfange die gesteigerten Preise gerechtfertigt sind oder nicht; daß aber die Verdienste vieler Bergwerksgesellschaften zur Zeit eine Höhe erreicht haben, welche nicht notwendig ist, daß sie auch mit einem geringeren Verdienst auskommen könnten, das wird man nicht bestreiten können. Es gibt ja gewiß auch einzelne Gesellschaften, die weniger gut situiert sind, die unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiten und daher diese höheren Dividenden nicht aufweisen; aber der größte Teil wirft doch zur Zeit ungewöhnlich hohe Verzinsung ab.

Herr Graf Kanitz hat zunächst als Mittel zur Abhilfe eine Beschränkung der Ausfuhr angeführt und einen Kohlenausfuhrzoll in den Vordergrund gestellt. Diese Frage ist in der Steuerkommission des Reichstags schon auf das eingehendste geprüft und die Vorteile und Nachteile eines Kohlenausfuhrzolls sind dort dargelegt worden. Meine politischen Freunde haben sich mit mir auf den Standpunkt gestellt, daß es doch ein ganz gewaltig gewagtes Vorgehen wäre, einen Kohlenausfuhrzoll einzuführen. (Sehr richtig! im Zentrum) Zunächst könnte doch die Ausfuhr in einer Weise beschränkt werden, wie es nicht wünschenswert ist. Gewiß, in den Zeiten der Hochkonjunktur, wie sie jetzt besteht, liegt an sich kein Bedürfnis für eine Ausfuhr vor, weil der inländische Konsum so gewaltig stark ist; aber es können auch Zeiten des Niedergangs kommen, und dann ist die Aufrechterhaltung der Ausfuhr von der allergrößten Bedeutung, um einer Einschränkung in der Kohlenproduktion vorzubeugen, welche durch einen starken Rückschlag eine starke Verschiebung in unserer ganzen Entwicklung herbeiführen würde. Es liegt aber auch die Gefahr vor, daß das Kohlen-Syndikat, um trotz des Zolles die Ausfuhr aufrecht zu erhalten, zur Deckung des Zolles die Inlandpreise erhöht, also daß die gegenteilige Wirkung eintritt.

Das ist ein Moment!

Ein weiteres tritt aber hinzu, nämlich, daß es gewagt ist, wenn gerade Deutschland die Initiative ergreift, um den Ausfuhrzoll für Rohprodukte wieder einzuführen, (sehr

richtig! im Zentrum) und zwar deswegen, weil es eine Anregung nicht bloß für Schweden in bezug auf die Eisenerze, sondern auch für andere Staaten sein könnte, Ausfuhrzölle auf Rohprodukte zu legen, welche wir im Inlande nicht erzeugen, aber für unsere inländische Industrie notwendig brauchen. Deutschland hat eine hochentwickelte Industrie, muß aber für die Verarbeitung des Rohmaterial zum großen Teil aus dem Ausland beziehen, weil es selbst die Rohstoffe nicht produziert, und darum sollte Deutschland am allervorsichtigsten sein, diesen veralteten Weg der Ausfuhrzölle wieder zu beschreiten.

Das sind zwei Gesichtspunkte, welche wesentlich in Betracht kommen, und welche dann auch die Mehrheit der Kommission mit meinen Freunden dazu bewegen hat, von der Einführung des Kohlenausfuhrzolles abzusehen.

Auf die Herabsetzung der Preise in den fiskalischen Gruben — ein weiteres Mittel, welches Herr Abgeordneter Graf Kanitz anführte — ist ja der Herr Minister schon eingegangen. Ich glaube auch, daß ein Effekt dadurch nicht erreicht werden würde für eine allgemeine Preisherabminderung, weil der Anteil der Produktion der fiskalischen Gruben an der Gesamtproduktion ein zu geringer ist. Wenn das aber der Fall ist, dann würden ja nur verschiedene Preise entstehen; die fiskalischen Gruben verkaufen billig, und das Kohlen-Syndikat würde teuer verkaufen, und glücklich derjenige, der von den billigen fiskalischen Kohlen beziehen könnte; aber der Anteil derjenigen, welche sie kaufen könnten, wäre außerordentlich gering. Also, um nach der Richtung hin einzuschreiten zu können, ist es vorab notwendig, den Anteil der fiskalischen Produktion wesentlich zu verstärken und das ist ja auch ein Zweck, den die neue Berggesetznovelle verfolgen will. Ich will aber — ich habe das ja zu Einleitung meiner Ausführungen schon gesagt — darauf jetzt nicht näher eingehen; die Frage wird uns ja später beschäftigen.

Ein dritter Punkt, der angeführt wurde, war die Aufhebung der Ausnahmetarife auf den Eisenbahnen, die ja auch schon speziell in der Interpellation erwähnt wurde. Meine Herren, daß dadurch eine Einwirkung auf die Preise der Kohlen herbeigeführt werden könnte, halte ich für ausgeschlossen. Denn der Anteil unserer Ausfuhr überhaupt ist ja verhältnismäßig nicht so sehr hoch; vielleicht 20 pCt der Gesamtproduktion in Deutschland werden ausgeführt. Der Herr Eisenbahnminister hat aber schon angeführt, daß von der Ausfuhr überhaupt nur 6,2 pCt auf Grund der Ausnahmetarife ausgeführt werden. Daß dieser geringe Betrag, der auf Grund der Ausnahmetarife zur Ausfuhr gelangt, und der also etwa 1 pCt. der Gesamtförderung an Kohlen ausmacht, keine wesentliche Einwirkung auf die Kohlenpreise haben kann, das, glaube ich, leuchtet leicht ein.

Wichtiger ist ja die prinzipielle Frage, ob es unter den jetzigen Verhältnissen überhaupt angezeigt ist, die Kohlenausfuhr noch zu fördern, überhaupt noch irgendwie Wert auf die Kohlenausfuhr zu legen, weil ein gewisser Mangel ja schon im Inlande eintritt. Aber da trifft das zu, was ich vorhin schon angedeutet habe, daß man sehr vorsichtig sein muß, in günstigen Zeiten Geschäftsverbindungen abubrechen, welche man in weniger günstigen so leicht dann nicht wiedergewinnen kann. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Zu Zeiten ungünstiger Konjunkturen ist es natürlich viel schwerer, Absatzgebiete zu bekommen als im umgekehrten Verhältnis; und wenn man zu dem Zeitpunkt, wo jedermann auch im Auslande verlegen darum ist, die Kohlen zu beziehen, die Betreffenden im Stich läßt, dann ist die Gefahr groß, daß man unter anderen Verhältnissen, wo überall hinreichend Kohlen zu bekommen sind, den Absatz nicht wieder aufnehmen kann. Da stehen sich zwei verschiedene Gesichtspunkte, verschiedene Interessen gegenüber, die sehr schwer auszugleichen sind. Das Streben muß, soweit es irgend angängig ist, meines Erachtens dahin gehen, zu Zeiten solcher Hochkonjunktur die Ausfuhr einigermaßen einzuschränken, zunächst an das Inland zu denken und dieses zu versorgen. Das muß der erste Gesichtspunkt sein; aber ich gebe vollkommen zu: den andern Gesichtspunkt darf man dabei nicht vollständig aus dem Auge verlieren; das könnte auch wieder ungünstig einwirken.

Nun ist auch noch als wesentliches Moment für die ganze Preisgestaltung das Syndikat angeführt worden. Meine Herren, ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß das Kohlen-Syndikat, daß überhaupt die Syndikate verwerflich sind; (bravo! im Zentrum. Zuruf rechts: Wir auch nicht!) — ja, daß Sie anderer Ansicht sind, habe ich auch nicht gesagt, ich habe nur meine Meinung ausgesprochen — im Gegenteil, ich halte die Syndikate für eine gute volkswirtschaftliche Einrichtung, und namentlich dann, wenn sie nicht nur die Preise bestimmen, sondern auch einigermaßen die Produktion regulieren. Denn Preisfestsetzung ohne Produktionsregulierung ist auf die Dauer ein unhaltbarer Zustand, weil dann, wenn die Preise durch ein Syndikat künstlich hoch gehalten werden,

so hoch normiert werden, daß der Verdienst ein relativ großer ist, eine Überproduktion eintritt, sich neue Industrien bilden, welche dem Syndikat nicht beitreten, und dieses dadurch sehr bald wieder sprengen. Also diese beiden Faktoren müssen notwendigerweise verbunden werden. Anfangs hat man nur den Gesichtspunkt der Preisfestsetzung im Auge gehabt; jetzt ist man allgemein dazu übergegangen, zugleich eine Produktionsregelung vorzunehmen. Aber je fester und größer sich die Syndikate gestalten, und das trifft auch auf das Kohlen-Syndikat zu, je schärfer sie ihren Ring ziehen und die ganze Produktion in die Syndikate hineinzwingen — denn wenn ein so starker Umfang eingetreten ist, kann ein einzelner nicht zurückbleiben —, um so größer sind auch die Gefahren, welche für die Volkswohlfahrt mit einer ungünstigen, zu weitgehenden Ausnutzung der Macht des Syndikats verbunden sein können. Deshalb meine ich, ist es durchaus notwendig, und wir müssen mit der allergrößten Entschiedenheit darauf dringen, daß bei der fortschreitenden Entwicklung der Syndikate die Staatsverwaltung ein Aufsichtsrecht über die Entwicklung bekommt. (Sehr richtig! rechts)

Diese Zusammenfassung für unsere allerwichtigsten Bedarfsartikel wie Kohlen, Eisen usw. in den Händen eines Syndikats, in einer privatwirtschaftlichen Vereinigung, welche in erster Linie ihre persönlichen Interessen vertritt — woraus auch kein Vorwurf zu machen ist —, kann zu einer ungünstigen Entwicklung führen. Darum muß man rechtzeitig, ehe Mißstände zu scharf hervortreten, den Weg der Gesetzgebung beschreiten. Das ist die notwendige Ergänzung zu der gesamten Syndikatsbildung, welche ich vom allgemeinen Standpunkt aus für eine nützliche Einrichtung halte.

Ob nun jetzt das Kohlen-Syndikat die Macht, die es tatsächlich hat, in zu weitgehender Weise ausgeübt hat, will ich hier nicht erörtern. Der Herr Vorredner hat das Syndikat in langen, zahlenmäßigen Ausführungen als den reinen Engel hingestellt. Ob das so voll und ganz der Fall ist, wird doch in sehr weiten Kreisen bezweifelt. (Sehr gut! rechts) Es wird sehr unangenehm empfunden, daß der einzelne Abnehmer in bezug auf die Auswahl der Kohle so sehr beschränkt wird, daß er das nehmen muß, was das Syndikat bzw. die Kohlenhandelsgesellschaft ihm zuweist. Die Handelskreise beklagen sich sehr über die Art und Weise des Vorgehens, dem sie durch das Kohlen-Syndikat unterworfen sind. Also so ganz einwandfrei nach allen Richtungen hin scheint das Kohlen-Syndikat doch nicht zu sein. Freilich will ich ihm vollkommen zugestehen, daß die Gleichmäßigkeit unserer Preise in dem letzten Dezennium auf das Kohlen-Syndikat außerordentlich günstig gewirkt hat. Ich will nicht behaupten, aber es ist leicht möglich, daß, wenn wir das Kohlen-Syndikat nicht hätten, wenn vollständig freie Konkurrenz bestände, in der Hochkonjunktur, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, die Preise vielleicht noch höher wären, als sie jetzt durch das Kohlen-Syndikat festgesetzt sind, (sehr richtig! links) während anderseits bei einer gewissen Abflauung die Preise mehr sinken würden, als das bei der Preisbestimmung durch das Kohlen-Syndikat der Fall ist. Aber diese Gleichmäßigkeit in den Preisen ist nicht bloß für den Produzenten, sondern auch für den Konsumenten von nicht zu unterschätzender Bedeutung, weil dadurch auch eine gewisse Gleichmäßigkeit in den Produktionskosten für den, der für seinen Betrieb Kohlen notwendig hat, eintritt. Aber es muß immer beachtet werden, daß das Kohlen-Syndikat sich mäßigen und etwaige Mängel abstellen muß.

Wenn das aber auch geschieht, schließt das nicht aus, daß wir trotzdem auf eine Gesetzgebung hinarbeiten, um für alle Fälle gerüstet zu sein, wenn die Vereinigungen nicht selbst die Grenzen innehalten, welche für das Allgemeinwohl notwendig sind.

Nun hat der letzte Herr Vorredner in der Einleitung und zum Schluß auf das Zusammenarbeiten und die Harmonie zwischen Landwirtschaft und Industrie hingewiesen, und dieses Streben, die großen wichtigen Berufszweige in Eintracht wirken zu lassen, teile ich vollkommen. Es ist falsch, wenn so häufig Gegensätze zwischen beiden konstruiert werden, (sehr richtig! links) und alle berufenen Kreise sollten sich bemühen, diese Gegensätze, soweit sie hervortreten oder künstlich erzeugt werden, zu unterdrücken, um gemeinschaftlich das Gemeinwohl zu fördern. (Sehr richtig! rechts und links) Wenn das geschehen soll, haben Sie auf der Linken auch in entschiedenster Weise mitzuwirken (sehr richtig! rechts) und nicht so heftige Angriffe, wie wir sie in der Presse finden, die dem Einfluß der Linken in besonderem Maße untersteht, gegen die Landwirtschaft vorzunehmen. (Sehr richtig! rechts) Wenn eine Spannung zwischen Landwirtschaft und Industrie besteht, dann hat die Linkspresse in erster Linie schuld daran. (Sehr richtig! Bravo! rechts) Wenn mal eine Preissteigerung in landwirtschaftlichen Erzeugnissen eintritt, woran die Landwirtschaft unschuldig ist, weil die Steigerung in internationalen Verhältnissen beruht, dann

entsteht ein Sturm der Entrüstung. (Hört, hört! rechts) Das Gleiche geschieht nicht in umgekehrter Weise, wenn industrielle Werte im Preise steigen. (Sehr richtig! rechts) Soweit die Steigerung der Preise auf einer Erhöhung der Produktionskosten beruht, ist nichts dagegen einzuwenden; denn niemand, auch nicht die Industrie, kann ohne Nutzen arbeiten. Aber dann müssen auch beide Seiten das gemeinsame Interesse immer in den Vordergrund stellen, dann darf nicht die eine Seite den Kampf gegen die andere führen. Die Friedensworte hier müssen in das öffentliche Leben übergehen. Wir, meine politischen Freunde, meine Herren, haben immer nach Möglichkeit dazu beigetragen; tun Sie es auf der Linken auch! Dann werden Angriffe, zu denen die Rechte durch die Aggression in der Presse der Linken gezwungen wird, auch aufhören, und wir werden gemeinsam in Eintracht das Gemeinwohl fördern können. (Lebhafter Beifall im Zentrum und rechts)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Wagner.

Dr. Wagner, Abgeordneter (freikons.): Meine Herren, den Anregungen, die die vorliegende Interpellation der Königlichen Staatsregierung geben will, stehen meine Freunde durchaus freundlich gegenüber; sie werden die Interpellation des Herrn Grafen Kanitz in ihrer großen Mehrheit durchaus unterstützen. Ich möchte nur auf einige noch zu erwähnende Punkte hinweisen.

Vor allem meinen wir, daß wir dem Herrn Handelsminister Dank wissen sollen für die Ausführung, daß die Königliche Staatsregierung mit großer Sorge die Höhe der Kohlenpreise beobachtet und sich bemüht, das mögliche zu tun, um auf eine für die nationale Wirtschaft so überaus wichtige Festigung der Kohlenpreise und Erhaltung derselben auf einer erträglichen Höhe hinzuwirken. Dazu würde es ein ausgezeichnetes Mittel sein, daß die Produktion der fiskalischen Werke schneller gesteigert wird, um mehr, als bisher der Fall gewesen ist, auf die Preisbildung einwirken zu können. Ebenso sind wir dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten für die Erklärung dankbar, daß die Ausfuhrtarife weiterhin im Landeseisenbahnrat eingehend geprüft werden sollen.

Die Preispolitik des rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats unsererseits besonders zu vertreten, haben wir keine Veranlassung. Wir erkennen an, daß derartige Syndikatsbildungen durchaus dazu geeignet sind, eine Stetigkeit der Preise und vielleicht auch der Produktion herbeizuführen, sehen uns aber nicht dazu veranlaßt, im einzelnen Fall die Preispolitik des Syndikates zu vertreten. Es ist durch den Herrn Kollegen Hirsch (Essen) in so ausgezeichnete Weise geschehen, daß ich überhaupt nicht in der Lage wäre, etwas mehr darüber zu sagen. Der größte Vorwurf, den man vielleicht unserer gesamten Kohlenindustrie machen kann, ist der, daß sie sich in einem übereilten Tempo in eine enorme Steigerung dieser Produktion gestürzt hat. (Zuruf) — Gestatten Sie einige Zahlen, Herr Graf Strachwitz. 1893 begann das westfälische Kohlen-Syndikat mit allerdings mäßiger Beteiligungsziffer von 35,4 Mill. t und ist bis 1905 auf 75,7 Mill. t gestiegen. Das ist eine Steigerung von 115 pCt in 12 Jahren oder 9,6 pCt im Jahresdurchschnitt. Die Produktionssteigerung ist so bedeutend, daß man nicht annehmen kann, daß sie in der Weise fortschreiten wird, wenn nicht schließlich unsere eigenen Kohlenvorräte schneller zu Ende gehen sollen, als die bisherigen Berechnungen es ergeben. Nun steht fest, daß Deutschland eines der reichsten Länder in dieser Hinsicht ist und auf Jahrhunderte hinaus mit seinem Kohlenvorrat versorgt im Gegensatz zu England. Die letzten Schätzungen in England, die von dem englischen Sachverständigen Lozé ausgeführt sind, ergeben, daß die englischen Kohlenwerke bis zu 2000 englische Fuß Tiefe 1950 oder 60 erschöpft sein werden und man dann zu größeren Tiefen übergehen muß. Desto mehr muß man bewundern, daß der englische Kohlenexport dauernd so stark ist, wie bisher, und in unsere deutschen Bezirke bisweilen störend einbricht.

Mit einer Verringerung der Kohlenproduktion würde allerdings auf andere Industrien stark eingewirkt werden. Ich nenne die chemische Industrie, die großenteils Exportindustrie ist und wegen der Nebenprodukte der Steinkohlenproduktion erheblich von der Ziffer der Kohlenförderung beeinflusst wird. Auch die Landwirtschaft hat mit der Erzeugung künstlicher Düngemittel hieran ebenfalls ein Interesse.

Aber der Hauptvorwurf, der einer so übermäßig schnell steigenden Produktion mit Recht gemacht werden muß, ist der, daß sie nicht nur anderen Industrien, sondern vor allem der Landwirtschaft Arbeitskräfte in steigender Menge entzieht. Wir kennen ja den Streit zwischen dem Osten und Westen, dem oberschlesischen und westfälischen Revier, der uns schon im vorigen Jahre bei der Knappschaftsnovelle beschäftigt hat. Oberschlesien und auch Niederschlesien muß dauernd seine Arbeitskräfte an die mehr

Lohn bietenden rheinisch-westfälischen Werke abgeben, und da es in seiner Produktion nicht zurückgehen will, um sich seinen Markt zu erhalten, müssen als Ersatz Ausländer oft minderere Qualität herangezogen werden. Daß das gerade für uns erwünscht ist, wird niemand behaupten; aber ich will auf die weiteren Konsequenzen dieser Zuwanderung hier nicht eingehen. Es ist einfach die Not der Konkurrenz, die die schlesischen Gruben zu diesem Import zwingt.

Der Wettbewerb der englischen Kohle könnte noch weiter ausgeschaltet werden, und es wäre nicht nötig, die Produktionsziffer, die in das Ausland abgeführt wird — im Jahre 1905 allein vom Syndikat rund 6 Mill. t nur nach Belgien, Holland und Frankreich —, sondern diese in die Nordseehäfen hinzusenden, wo noch in großem Umfang englische Kohle konkurriert, im Jahre 1905 in Hamburg allein 3,6 Mill. t. Die oberschlesische Kohlenindustrie bemüht sich, die englische Kohle im Ostseegebiet nach Kräften zu verdrängen. Dort ist wenigstens in der Heranführung der englischen Kohle — 1905 und 1906 mit 2,2 Mill. t — ein Stillstand eingetreten, ein Beweis, daß die oberschlesische Kohlenindustrie sich mit Eifer bemüht hat, nicht nur ihren Markt zu erhalten, sondern weiter auszudehnen.

Eine wesentliche Förderung der Bestrebungen zur Verdrängung englischer Kohle dürfte in weiterer Ausgestaltung der Eisenbahntarife besonders für diesen Zweck zu finden sein; ich möchte hier nur in Erinnerung bringen, daß die von mir mit einer Anzahl schlesischer Abgeordneter im Jahre 1904 beantragten ermäßigten Oderumschlags-tarife (Drucksache 114) ebenfalls ein geeignetes Mittel sein würden.

Wieviel Arbeitskräfte der Steinkohlenbergbau durch die Mehrproduktion für Ausfuhrzwecke den übrigen Industrien und der Landwirtschaft entzieht, lässt sich annähernd daraus berechnen, dass die Ausfuhr in Prozent des Inlandverbrauches an Steinkohle im Jahre 1899 8,2 pCt, im Jahre 1905 7,8 pCt betragen hat. Es wären also rund 8 pCt der Bergarbeiter für andere Berufe frei gewesen, wenn nur der gesamte Inlandsbedarf einschliesslich der Einfuhr produziert worden wäre.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, daß die Kohlenausfuhrzölle, von denen auch die Rede war, ein sehr schwieriges Problem bilden, und man ihrer Einführung nicht zustimmen könnte, da ich nicht wüßte, wie sie konstruiert werden sollten, um eine meines Erachtens sehr notwendige differenzielle Behandlung zuzulassen. Das oberschlesische und niederschlesische Kohlengebiet würde sich absolut gegen jeden Ausfuhrzoll verwehren müssen, weil sofort seine Produktion erheblich eingeschränkt werden müßte; während für den Westen nach den mir aus dem Jahre 1905 vorliegenden Zahlen nur rund 10 pCt der Förderung des Kohlen-Syndikats in Betracht kommen, was nicht viel ausmachen würde, ist der Osten mit 25 bis 30 pCt seiner Förderung seit langer Zeit auf das benachbarte Ausland als Abnehmer angewiesen. Auch die ermäßigten Ausfuhrtarife haben gerade für den Osten sehr wenig Bedeutung; die meisten Werke liegen in unmittelbarer Nähe der Grenze, sind also an dieser Tarifiermässigung nur in sehr geringem Umfange interessiert. Die Folge würde aber für den Osten die sein, daß, wenn ein Ausfuhrzoll auf Steinkohle erhoben würde, sofort Österreich seinerseits wahrscheinlich mit einem Ausfuhrzoll auf Braunkohle antworten würde, und da handelt es sich nicht um geringe Beträge! Meine Herren, Oberschlesien hat im Jahre 1905 4,76 Mill. t nach Oesterreich und 0,97 Mill. t nach Rußland ausgeführt. Dagegen hat Österreich in demselben Jahre 7,9 Mill. t Braunkohle nach Deutschland eingeführt. Das sind also doch sehr bedeutende Beträge, und ich weiß nicht, ob ein Zollkampf gerade für die stark betroffenen Gegenden im Osten Deutschlands eine erwünschte Sache wäre. Das freihändlerische England hat ja einen solchen Ausfuhrzoll seit 1901. Es erhebt pro Tonne einen Zoll von 1 s. Meine Herren, das fördert nicht erheblich, glaube ich; solchen Zoll kann man eigentlich nur als einen Finanzausgleich ansehen, denn zu einem Prohibitivzoll ist sein Betrag nicht hoch genug. Ob wir nun mit einer ähnlichen Bemessung etwas Wesentliches erreichen könnten, ist zum mindesten zweifelhaft. Andererseits glaube ich nicht, daß das rheinisch-westfälische Syndikat sich durch den Zoll in ähnlicher Höhe erheblich würde beeinflussen lassen bei seiner außerordentlich großen Produktion.

Im übrigen, glaube ich, kann ich mich den meisten Ausführungen meines Herrn Vorredners durchaus anschließen. Ich glaube, daß es vor allen Dingen wünschenswert ist — ich wiederhole das an dieser Stelle nochmals —, daß die fiskalischen Werke vor allen Dingen bestrebt sein möchten, durch stärkere Förderung preisregulierend einzugreifen, und ferner, was namentlich vor einigen Jahren in Schlesien besonders beklagt wurde, von der geübten Praxis abzugehen, nicht direkt mit den Konsumenten in Ver-

bindung zu treten. Bisher hatten die oberschlesischen fiskalischen Gruben es stets vorgezogen, mit einigen größeren Abnehmern lange Verträge abzuschließen und diesen den ganzen Markt zu überlassen, sodaß die Werke dann natürlich nicht in der Lage waren, in Zeiten der Not preisregulierend eintreten zu können, da sie durch die Verträge gebunden sind. Meine Herren, wir haben gern von der Mitteilung des Herrn Ministers Kenntnis genommen, daß von diesem Verfahren mehr und mehr abgegangen werden wird und daß an Händler nur so weit unmittelbar abgegeben werden soll, als es unbedingt notwendig ist, um den Auslandsvertrieb erhalten zu können. Wir werden der Interpellation des Herrn Grafen Kanitz zustimmen. (Bravo! rechts)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Münsterberg.

Münsterberg, Abgeordneter (freis. Ver.): Meine Herren, ich kann hinsichtlich vieler materieller Ausführungen mich dem Herrn Grafen Kanitz vollkommen anschließen. Wir sind ja darüber einig, dass Kohle, Arbeitslöhne, Eisen, Holz, kurz und gut nahezu alle Materialien, die für Industrie, Handel und Konsum gebraucht werden, erheblich gestiegen sind. Nur hinsichtlich der Schlussfolgerungen, die Herr Graf Kanitz daraus zieht, weichen wir natürlich stark von einander ab.

Meine Herren, mir liegt es fern, das Kohlen-Syndikat oder die Kohlen-Syndikate verteidigen zu wollen, um so mehr, als ich kein genauer Kenner dieser Verhältnisse bin. Aber das eine muß ich sagen, dass die wachsende Macht der Kohlen-Syndikate uns vom allgemeinen Standpunkt aus unerwünscht zu sein scheint, und dass wir gerade aus diesem Grunde, wie es auch schon im vorigen Jahre zum Ausdruck gekommen ist, es für sehr erwünscht halten, dass dadurch, dass der Staat seinen Besitz an Kohlengruben vermehrt und somit selbst mit einer größeren Macht an den Syndikaten beteiligt ist, der legitime Einfluß des Staates auf die Syndikate wächst. (Abgeordneter Dr. Hahn: Bravo!)

Aber, meine Herren, eins dürfen wir doch bei dieser Sachlage nicht verkennen, daß das Syndikat genau so mit seinem Preise und seinen Handlungen von der Weltkonjunktur abhängig ist, wie jeder andere Faktor des wirtschaftlichen Lebens. Man mag beklagen, daß, wie es Herr Graf v. Kanitz ausgeführt und der Herr Minister zugegeben hat, die Steigerung der Kohlenpreise durch das Syndikat größer geworden sein mag, als es im allgemeinen Interesse wünschenswert wäre; aber das ist doch nur eine Frage der Menge, denn daß unter den obwaltenden Verhältnissen des Gesamtwelthandels und der Weltkonjunktur die Preise notwendigerweise höher gehen mußten, darüber kann meines Erachtens ein Zweifel überhaupt nicht bestehen.

Meine Herren, derjenige Punkt, in welchem ich Herrn Grafen v. Kanitz am aller-nächsten komme, ist der, daß ich mit ihm bedaure, daß eine so große Menge eines uner-setzlichen Materials an Bodenschätzen ausgeführt wird, und daß ich vor allem beklage, daß anscheinend die Ausfuhr großer Mengen zu billigeren Preisen erfolgt, als sie im Inlande für den Konsum gezahlt werden, sodaß, wenn diese Voraussetzung stimmt, was ich nicht weiß, das Inland in der Tat zum Teil das bezahlt, was das Ausland billiger von uns erhält, und dadurch die Konkurrenz des Auslandes auf Kosten des Inlandes erhöht wird.

Nun, meine Herren, bemängelte der Herr Graf v. Kanitz bei seinen Ausführungen oder — bemängeln ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck — er führte an, in welchem hohem Maße die Bergwerke, zum mindesten ein gewisser Teil der Bergwerke im letzten Jahre sich lukrativ erwiesen habe. Er führte dabei aus, daß der heutige Kurs großer Bergwerksanteile an der Börse eine Rente von ungefähr 6 pCt repräsentiere, und daß das ein Ergebnis sei, so günstig wie kaum in einer anderen Industrie. Wir wollen aber dabei nicht vergessen, daß die Anspannung des Welthandels den Geldpreis so in die Höhe getrieben hat, daß er bei unserem Zentralnoteninstitut zwischen 7 und 5½ pCt schwankt; ein Geldpreis, der für den Kontokorrentverkehr, also für Industrie, Handel und Landwirtschaft doch sicherlich um 1 oder 1½ pCt steigt. Gegenüber solchen Geldleihsätzen kann diese Rente von 6 pCt der Industriebörsenwerte gar nicht als übertrieben gelten; ich halte sie nach den jetzigen Verhältnissen nur für eine angemessene Verzinsung. Wenn aber Herr Graf Kanitz dann hinzufügt, es geht der Großindustrie so gut, wie kaum einem anderen Erwerbszweige, es sei also nicht richtig, daß die Großindustrie durch die Zolltarifpolitik geschädigt werde, so möchte ich dazu bemerken: ich glaube nicht, daß von der Linken jemals behauptet worden ist, daß die Zollpolitik die Großindustrie schädigen würde. Im Gegenteil, meine Herren, wir von der Linken haben immer das hervor-gehoben, daß die Zollpolitik, die das Deutsche Reich seit 30 Jahren treibt, gerade wegen ihres künstlichen Schutzes die inländische Großproduktion künstlich steigern und deshalb die Rente aus inländischer Produktion eher erhöhen als herabsetzen muß. Gerade wegen dieser künstlichen Vergrößerung der Gesamtproduktion durch die Zollpolitik erscheint

uns die Gefahr eines doch schließlich unausbleiblichen Rückschlages umso größer. Aber ich will auf diese Frage nicht näher eingehen. Ich hätte die Gefahr, sich überhaupt in eine Zolltarifdebatte hineinzubegeben, vermieden, wenn nicht Herr Graf Kanitz diese Frage angeregt und dabei auf die Stellung der Linken Bezug genommen hätte.

Ich möchte nun auf eine Aeußerung des Herrn Kollegen Herold eingehen. Herr Herold hat durchaus Recht, wenn er sagt, daß die Erwerbsstände des ganzen Landes einig sein sollten, und daß Handel, Industrie, Landwirtschaft und was sonst noch von Erwerbsständen in Betracht käme, im Grunde an demselben Strang ziehen. Damit stimmen wir vollständig überein. Aber ich muß Herrn Herold durchaus widersprechen, wenn er nach den Anschauungen, die wir seit Jahren kennen, nun wieder bloß der unglücklichen Presse der Linken die Schuld in die Schuhe schiebt. Ich bin entschieden der Meinung, daß das nicht richtig ist. Die liberale Presse, wie wir auf der Linken alle zusammen, nehmen an dem Gedeihen der Landwirtschaft genau das gleiche Interesse, wie es die Herren auf der Rechten und im Zentrum tun. (Lachen rechts und im Zentrum)

Ja, meine Herren, Sie lachen deshalb, weil Sie oft nicht unterscheiden das Interesse, das wir an der Sache nehmen, den Wunsch, den wir haben, daß die Landwirtschaft gedeiht, und die Verschiedenheit in unserem Urteil, wie man zu diesem Wege des Gedeihens gelangen kann. Das, meine Herren, sind sachliche Unterscheidungen, und die werden auch durch die größte Verbrüderung der Anschauungen niemals aus der Welt geschafft werden können. Aber wenn Herr Kollege Herold und wenn die ganze Rechte der ganzen Linken die Hand zum Frieden reichen will, ich glaube, auf der ganzen Linken wird niemand sein, der nicht mit Freude bereit sein wird, soweit es irgend mit grundsätzlichen Anschauungen sich verträgt, in diese Hand des Friedens einzuschlagen. (Rufe rechts: Ja „soweit“!) — Allerdings, meine Herren, eine kleine Voraussetzung habe ich auch dabei: (aha! rechts) daß im Ton der Presse, die vielleicht der Rechten nicht ganz fern steht, eine Aenderung eintritt, daß der Bund der Landwirte in seinem Ton der Debatte auch ein klein wenig diese Friedensschalmeien zu blasen anfängt. (Sehr richtig! links)

Meine Herren, ich will auf die Frage, ob die Steigerung der Arbeitslöhne durch die Lebensmittelverteuerung oder durch die Hochkonjunktur herbeigeführt worden ist, nicht weiter eingehen; das ist von den Herren Vorrednern schon genügend geschehen. Ich möchte nur das eine sagen, daß ich es für einen überaus erfreulichen Teil der jetzigen Bewegung der Weltkonjunktur halte, daß den Arbeitern ein größerer Anteil an den Produktionsergebnissen zufällt, und daß auf diese Weise durch den erhöhten Wohlstand auch in Arbeiterkreisen die alte Legende von der Verelendungstheorie immer mehr zerstört wird. (Sehr richtig! links)

Meine Herren, Herr Graf Kanitz sagte: die jetzige Bewegung, bei der die Preise der Kohle sich erhöhen, die höhern Preise für Kohle, Lebensmittel und andere Industrieerzeugnisse den Arbeitslohn erhöhen, der erhöhte Arbeitslohn wiederum die Kohlenpreise erhöhe, — alles das sei eine Schraube ohne Ende. Ich kann dieser Auffassung nicht ganz zustimmen, denn auch hier wächst kein Baum in den Himmel. Es ist sicherlich durch die Entwicklung der Konjunktur selbst dafür gesorgt, daß eine Korrektur eintritt, und niemand von uns weiß, ob wir nicht schon jetzt dem Augenblick näher sind, wo diese Hochkonjunktur bereits ihrem Ende sich naht, und wo bereits die Umkehr von diesem gewaltig gesteigerten Kreisen aller Erzeugnisse anfängt. Ich glaube, Herr Minister Delbrück hat damit vollständig recht gehabt: auch bei der Erörterung dieser Frage darf man das natürliche Element, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, keinen Augenblick außer Acht lassen. Ich halte es für gar nicht unmöglich, daß, wenn diese Debatte verklungen sein wird, wir vielleicht schon, wie im Jahre 1900, an dem Punkte angelangt sein werden, wo die Debatte als solche überflüssig geworden ist, weil die Konjunktur bereits in eine weichende Richtung gekommen ist.

Dem Herrn Handelsminister möchte ich auch an dieser Stelle noch meinen Dank für die Aeußerung aussprechen, daß er ausdrücklich erklärt hat, daß die Staatsverwaltung den Händler nicht entbehren könne. Das kontrastiert wohltuend gegen eine Aeußerung, die vor 7 Jahren von derselben Ministerbank hertönte, als der damalige Handelsminister erklärte, die „Verwendung der Händler für die Verwaltung sei ein notwendiges Übel.“

Meine Herren, ohne daß ich auf die Ziffern des Herrn Ministers näher eingehen will, möchte ich noch eine Bitte aussprechen. Es ist mir von Sachverständigen gesagt worden, daß die Preise der Kohle im Saarrevier etwa 20 pCt höher sein sollen als die im

Ruhrrevier. (Widerspruch des Abgeordneten Grafen Kanitz) — Von Sachverständigen! Ich selber kann es nicht beurteilen, weil mir die Sachkenntnis fehlt. Mir ist aus dem Hause der Wunsch ausgesprochen worden, hier zum Ausdruck zu bringen, daß man bei dieser gesteigerten Kohlenpreisnot von der Staatsverwaltung erhoffe, daß sie dort, wo sie es tun kann, ihrerseits auf eine Ermäßigung der Preise hinwirkt.

Meine Herren, auf die Interpellation des Grafen Kanitz haben die beiden Herren Minister nach meiner und meiner politischen Freunde Auffassung in einer überaus sachgemäßen und, wenn ich mir den Ausdruck erlauben darf, auch „vernünftigen“ Weise geantwortet. (Heiterkeit — Zurufe) — Ja, meine Herren, ich bitte den Ausdruck „vernünftig“ von meinem Standpunkt als Kaufmann aus anzusehen; ich meine das „vernünftig“ in dem Sinne, daß die beiden Herren Minister in voller Wahrung der Aufgaben, die ihnen als Staatsmännern zustehen, nicht vergessen haben, daß auch die Freiheit des Verkehrs ganz besondere Anforderungen stellt, die auch in diesem Falle volle Berücksichtigung finden muß.

Meine Herren, nun sind auf Grund der Fragen, die in der Interpellation gestellt worden sind, zwei Vorschläge gemacht worden, wie der Kohlenteuerung entgegen gearbeitet werden soll: einmal durch einen Kohlenausfuhrzoll, zweitens durch Aufhebung der Eisenbahnausfuhrtarife.

Was den Ausfuhrzoll betrifft, so hat der Handelsminister alle die Gründe angegeben, die, wie es schon aus den Verhandlungen der Jahre 1900 im Landeseisenbahnrat und 1901 in diesem Hause hervorgeht, gegen einen solchen Ausfuhrzoll sprechen. Meine Herren, dem Herrn Grafen v. Kanitz stimme ich, wie ich das vorher schon sagte, darin durchaus zu: man kann Handel und Industrie und Landwirtschaft nicht zumuten, für das Ausland zu arbeiten, wenn das eben richtig ist, daß der Verkauf von Kohle in das Ausland zu billigeren Preisen erfolgt. Aber, meine Herren, daß ein Ausfuhrzoll auch nur das geringste daran ändern sollte, das vermögen wir auf der Linken nicht einzusehen. Ist die Ueberproduktion an Kohle so groß, daß die Kohle unter allen Umständen aus dem Lande entfernt und dem Auslande zugeführt werden muß, so erscheint es mir unwiderleglich, daß in diesem Falle das Inland den Ausfuhrzoll tragen wird; es wird die Differenz eben durch einen erhöhten Inlandspreis wett machen müssen. Ist umgekehrt aber die Sache so, daß wegen verminderter Nachfrage des Auslandes für unsere inländische Kohle die Ausfuhr zurückgeht, dann ist der Ausfuhrzoll gegenstandslos, dann kann er zum mindesten niemals Gegenstand einer finanziellen Einnahme für den Staat sein; denn wenn nichts oder wenig ausgeführt wird, kann nichts einkommen. Ich glaube also, daß an diesen rein tatsächlichen Verhältnissen schon der Gedanke des Ausfuhrzolles scheitert.

Dann aber, meine Herren, glaube ich, hat Herr Graf v. Kanitz etwas tatsächlich nicht Richtiges gesagt. Er meinte: wir können einen Ausfuhrzoll, unbeschadet unserer Verhältnisse zum Ausland, ruhig der Kohle auferlegen; es würde z. B. Schweden in der Ausfuhr seiner Erze durchaus keine Retorsion gegen uns üben, ebenso wenig, wenn wir ihm den Bezug unserer Kohle erschweren. Heute ist England der größte Lieferant in Kohle für Schweden; England ist aber auch jetzt noch im glücklichen Besitz so reicher Eisenerzgruben, daß es den überwiegenden Teil seiner Produktion aus eignen Erzgruben bestreiten kann, während Deutschland in zunehmendem Maße an Eisensteingruben verarmt, und wir in steigendem Maße auf die Zufuhr schwedischer Erze angewiesen sind. (Sehr richtig!) Meine Herren, das sind [tatsächliche Verhältnisse.] Ich will ja gar nicht damit sagen, daß eine Retorsion eintreten müsse. Aber wenn wir durch einen Ausfuhrzoll das Ausland an einer empfindlichen Stelle reizen, so würde gerade auf dem Gebiete, wo wir empfindlich sind, das Ausland natürlich uns zu strafen versuchen. Ich meine also, auch aus diesem Grunde sollte man überhaupt an eine solche Maßregel nicht gehen.

Finanziell liegt außerdem die Sache, was das Ausland betrifft, doch so: England hat einen Kohlenausfuhrzoll gehabt, als es infolge der Ausgaben für den Burenkrieg neue Einnahmequellen in seinem Lande schaffen mußte. Und dieser Ertrag war sicher, weil England auch heute noch der größte Lieferant von Kohle für die gesamte Welt ist. Es hat den Kohlenausfuhrzoll aufgehoben, als es die Finanzquelle nicht mehr brauchte, und, meine Herren, was ist die Folge gewesen? Der Preis ist in dem Augenblick allerdings zurückgegangen, aber wenige Wochen später hat er dieselbe Höhe erreicht, wie er unter dem Ausfuhrzoll gewesen war. Es ist ja sehr schwer, meine Herren — ich erkenne das vollständig an —, mit positiver Sicherheit zu sagen, der Ausfuhrzoll habe preiserniedrigend, seine Aufhebung preissteigernd gewirkt. Aber nach den Ermitt-

lungen, die wir in Danzig in einer Frage angestellt haben, die von ministerieller Seite an uns gerichtet war, haben wir geglaubt, feststellen zu können, daß die Aufhebung des Ausfuhrzolls eine Preissteigerung herbeigeführt hat.

Wir stehen — ich spreche im Namen der ganzen Linken — grundsätzlich jeder Form von Ausfuhrzöllen, unter allen Umständen und ganz unbedingt, ablehnend gegenüber. Ich halte es für sehr gefährlich, sich auf diesen Boden zu begeben, und wir sind der Meinung, es sollte wenn irgendwo, so namentlich hier heißen: *principiis obsta*.

Meine Herren, ich will nun noch mit wenigen Worten auf den letzten Gegenstand eingehen, der uns hier beschäftigt, nämlich auf die Frage der Eisenbahntarife. Der Herr Eisenbahnminister hat in sehr eindringlicher Weise die ganze Situation klargelegt, sodaß ich mich auf wenige Bemerkungen beschränken kann. Mir scheint, daß der Herr Eisenbahnminister in jeder Beziehung das Richtige getroffen hat, sowohl was die Bedeutung der hohen Eisenbahntarife nach Frankreich und Dänemark betrifft, die wegen der großen Entfernung unwirksam sind, wie auch wegen der anderen Tarife, bei denen es sich im großen und ganzen um eine Differenz von 45 Pf. auf die Tonne handelt, die für den gesamten Welthandel, für die gesamte Produktion und Konsumtion in Deutschland von geringer Bedeutung ist. Ebenso sind seine Ausführungen richtig, daß viele Ausnahmetarife auch aus anderen Gründen unwirksam geworden sind. Hier möchte ich ein Beispiel aus dem Osten anführen. Wir haben einen Ausfuhrtarif für Steinkohle zum Heizen von Seedampfern, für die sogenannte Bunkerkohle. Dieser Ausfuhrtarif wird seit Jahren nicht mehr benutzt, weil heute die englische Kohle billiger eingeführt werden kann als die oberschlesische, sodaß dieser Ausnahmetarif heute in der Praxis keine Bedeutung mehr hat.

Der Herr Minister hat sodann gesagt, er wolle die Ausnahmetarife prüfen. Ja, meine Herren, dagegen kann ich nichts sagen. Wenn aber der Herr Minister in eine solche Prüfung eintreten will, so kann sie nach meiner Meinung nur zu einem Ergebnis führen, wenn wir im Sinne der Wünsche des Herrn Grafen v. Kanitz aus dieser ganzen Interpellation einen praktischen Nutzen ziehen wollen. Dieses Ergebnis kann nach meiner Ueberzeugung nur das sein, nicht daß man dazu übergeht, Eisenbahntarife, die seit Jahren bestehen abzuschaffen — das würde eine Unsicherheit im ganzen Handel Deutschlands herbeiführen —, sondern man wird dazu übergehen müssen, diese Ausnahmetarife zu verallgemeinern und aus den Ausnahme-Ausfuhrтарifen allgemeine Tarife zu machen. Es würden dann, wie mein Vorgänger im Mandat, der damalige Abgeordnete Ehlers, vor 7 Jahren bei dem Landeseisenbahnrat verlangt hat, die Ausfuhrtarife zu gleicher Zeit auch Importtarife werden. Sobald wir die ausländische Kohle nicht bloß für bestimmte Distrikte, sondern ganz allgemein einführen können, wird auch für den Kohlenhandel und für die Syndikate dieselbe volkswirtschaftliche Grundlage wie für allen anderen Handel geschaffen werden: daß nämlich Angebot und Nachfrage auf den Preis regulierend wirken. Wenn wir nach dieser Richtung einer Entwicklung unseres Eisenbahnwesens entgegensehen dürfen, dann werden wir gegen die Übertreibung der Syndikate geschützt sein, und es wird dann in künftigen Jahren nicht nötig sein, hier eine Interpellation zu veranstalten, die sich in erster Linie gegen die Übertreibung der Syndikate richtet. (Beifall links)

Präsident v. Kröcher: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hahn.

Dr. Hahn, Abgeordneter (b. keiner Frakt.): Meine Herren, vielleicht dürfte manches verehrte Mitglied dieses Hauses annehmen, daß nunmehr in mir ein scharfer Gegner der Syndikate überhaupt und des Kohlen-Syndikats im besonderen zum Wort kommen wird. (Sehr richtig!) Aus den verschiedenen Worten, die ich höre, wie „sehr sichtig!“ usw. stelle ich fest, daß meine Annahme zutrifft. Aber es ist doch anders. Ich habe im Reichstag mehrfach Gelegenheit gehabt, zu der Frage der Berechtigung oder Nichtberechtigung der Syndikate Stellung zu nehmen, und wenn die Herren die stenographischen Berichte des Reichstags und die namentlichen Abstimmungen nachsehen, werden Sie finden, daß ich nicht zu denjenigen gehört habe, die die Syndikate ohne weiteres verworfen haben. Ich habe mich für den Grundgedanken der Syndikate ausgesprochen, nur bin ich der Meinung gewesen, daß jedes Syndikat sich in den Dienst der Gesamtheit stellen muß, daß es nur so lange berechtigt ist und seine Tätigkeit nur so lange gutgeheißen werden kann, als das Syndikat sich und seine Hintermänner nicht als Selbstzweck betrachtet, sondern sich als Glied in den wirtschaftlichen Organismus des Volkes einordnet. Sie werden mir zugeben, daß das der einzig richtige Standpunkt ist, den man den Syndikaten gegenüber einnehmen muß, wenn man volkswirtschaftlich billig und gerecht denken will. Nun haben die Erörterungen über die

Syndikate im Reichstage dazu geführt, daß eine Kartellenquete stattgefunden hat, und daß das Ergebnis dieser Enquete in einem dickleibigen Bande von 429 Seiten dem Reichstage unterbreitet worden ist. Auf diese Denkschrift ist heute mehrfach die Rede gekommen.

Der Abgeordnete Hirsch hat nun hervorgehoben, die Denkschrift enthalte sehr günstige Mitteilungen und Urteile über die Syndikate. Wir haben aber vorher schon aus dem Munde des Herrn Grafen Kanitz erfahren, daß, als die Experten vernommen wurden, der kluge und energische Herr Kirdorf erklärte, daß sie selbstverständlich Geschäftsgeheimnisse nicht mitteilen könnten. Ich muß offen sagen: was nützt mir eine Enquete, bei der ich über die tatsächlichen Vorgänge — das sind in Wirklichkeit die Geschäftsgeheimnisse — nichts erfahre. Daraus allein schon geht hervor, daß etwas Ungünstiges in dieser Denkschrift überhaupt nicht enthalten sein kann. Diese Denkschrift stellt fest, und mit Recht — darüber sind wir alle einig —, daß, entgegen dem freien Spiel der Kräfte, der Zusammenschluß der Interessenten einen Vorteil bedeutete, daß der Syndikatsgedanke an sich zu begrüßen ist. Wenn man die Denkschrift weiter verfolgt, bekommt man den Eindruck, daß das Syndikat etwas Wunderschönes ist, daß die ganze Kohlenproduktion, die Kohlenverfrachtung und der Kohlenverkehr bis zum Kleinhandel zur Zeit außerordentlich gut eingerichtet sind. Ich habe einen solchen Eindruck schon öfter bei Denkschriften gehabt, die uns vom Reichsamt des Innern in den letzten Jahren unterbreitet worden sind, (Heiterkeit rechts) in der Zeit der neueren Tendenz im Reichsamt des Innern, wo man alles, was der Großkapitalismus und der Sozialismus in Deutschland wirtschaftlich anstreben, mehr oder minder gutheißt, während man den Bestrebungen anderer großer Bevölkerungsklassen, wie des bürgerlichen Mittelstandes und der Landwirtschaft, sehr viel kritischer gegenübersteht. Ich wundere mich also garnicht darüber, daß diese Denkschrift kein Material enthält, das ich gegen das Kohlen-Syndikat gebrauchen könnte. Es fehlt mir aber nicht an anderem Material, und ich werde dies mitteilen.

Daß die Kohlenindustrie sich zusammenschließen mußte, war eine wirtschaftliche Notwendigkeit, und ich habe in der heutigen Debatte nicht gehört, daß einer der Herren Redner anderer Meinung gewesen ist. Sogar der Vertreter des Freisinns hat sich in diesem Sinne ausgesprochen, jedenfalls aber Herr Dr. Wagner und Herr Abgeordneter Herold. Auch ich bin der Meinung, das Kohlen-Syndikat mußte zustande kommen. Aber bei der Bildung des Syndikats handelt es sich um die allerwichtigsten Angelegenheiten der Gesamtheit, und man durfte die Herren Interessenten nicht unter sich lassen. Man mußte eine Form finden, um auf die Entschliessungen dieser Herren einen Einfluss zu gewinnen und diese Form hat man bis jetzt nicht gefunden. Ich mache daraus — in den besten gesellschaftlichen und parlamentarischen Formen — (Heiterkeit) der Regierung einen Vorwurf, daß sie nicht verstanden hat, auf die Geschäftsgebarung des Syndikats einzuwirken. Das Syndikat hat sich neuerdings mehr und mehr dahin entwickelt, daß die Hüttenzechen in den Vordergrund gerückt sind, daß sie, wie der Abgeordnete Hirsch zugeben wird, über tausend Stimmen mehr in den Zechenversammlungen verfügen, als die reinen Kohlenzechen. Das ist der erste ungünstige Punkt der neuesten Entwicklung des Syndikats. Zweitens sind in neuerer Zeit große Konzentrationen im Kohलगewerbe zustande gekommen, sodaß wir es schließlich nur noch mit einigen wenigen Konzernen zu tun haben, die im Syndikat allmächtig sind.

Der dritte Punkt ist der, daß die Exportpolitik nach meiner Meinung übermäßig betont wird und der vierte Punkt ist der, daß man bei der Einschränkung der Förderungsziffer zu sehr auf das Syndikat allein und auf die Interessen der Hüttenzechen im Syndikat und nicht auf die Interessen der Gesamtheit Rücksicht genommen hat. Das war ein Fehler, meine Herren, daß die Einschränkung der Förderungsziffer mit 90 und 95 pCt beibehalten wurde, obgleich die Nachfrage 100 pCt überstieg; in der Zeit wirtschaftlicher Hochkonjunktur, wie wir sie jetzt haben! (Abgeordneter Schmieding: Freigabe) — Erlauben Sie, bei der Abstimmung in der entscheidenden Versammlung ist die Freigabe abgelehnt worden; nach meinem Material waren für den Antrag auf Freigabe 2946 Stimmen, dagegen 3983 Stimmen; Sie müssen sich besser informieren!

Ich will diesen Vorgang, der besonders wichtig ist, in seinen Einzelheiten Ihnen unterbreiten. In diesem Falle hätte die Staatsaufsicht unbedingt zugunsten der Verbraucher eintreten müssen. Hier liegen die Dinge so, daß der gesamte Verbrauch zugunsten einer mächtigen Interessentengruppe von dem Syndikat geschädigt wurde, nämlich zugunsten der Hüttenzechen. Dabei wäre das bei einer anderen Fassung des Syndikatsvertrages vermieden worden. Es ist bereits vielfach in der Presse dargelegt

worden, daß bei Freigabe der Förderung die Zechen nach Maßgabe des Syndikatsvertrages eine Erhöhung ihrer Beteiligungsziffer erlangen können, wenn andere im Rückstande bleiben. Dieser Paragraph ist illusorisch geworden. Denn obwohl eine Reihe von Zechen zweifellos mehr als ihre volle Beteiligungsziffer fördern konnten, und obwohl die Nachfrage über 100 pCt der Beteiligungsziffer betrug, obwohl der Vorstand des Kohlen-Syndikats die Freigabe der Förderung nach Maßgabe der Satzungen beantragte, beschloß die Zechenversammlung doch die Beibehaltung der Förderungsbeschränkung im August 1906. Die Begründung dafür — es sind Nachrichten darüber durch Indiskretion in die Presse gekommen — kann nicht als durchschlagend betrachtet werden: Man bezweifelte die Aufnahmefähigkeit des Marktes, die nach Angabe des Vorstandes nicht bestritten werden konnte, und behauptete, daß die Zechen noch mehr als bisher Arbeiter einander abjagen würden. Nun ist das letztere aber noch nie ein Grund gewesen, um eine Hochkonjunktur nicht nach Kräften auszunutzen. Der wirkliche Grund liegt denn auch darin, daß die Hüttenzechen, die mit ihren Lieferungen zurückbleiben, einen Teil ihrer Beteiligung an die reinen Zechen verloren hätten, wenn diese nach Freigabe der Förderung 6 Monate lang mehr förderten. Das geht deutlich aus dem Beschlusse hervor, der das Verhältnis der Stimmzahl ergibt. Die Beschlüsse wurden nämlich entsprechend dem Verhältnis der Hüttenzechen zu den reinen Zechen im Syndikat mit 3983 gegen 2946 Stimmen gefaßt, und die Klage der Zeche König Ludwig auf Freigabe der Förderung nach § 2 des Syndikatsvertrages wurde abgewiesen, da nach dem Syndikatsvertrage nur das Schiedsgericht zuständig sei.

Hiernach hat das Syndikat einen großen Fehler gemacht: es hat gezeigt, daß das Interesse der Majorität im Syndikat ihm wichtiger ist bei der Behandlung der Förderung und des Absatzes als die wirtschaftlichen Interessen der Gesamtheit. Meine Herren, dieses eine Vorkommnis rechtfertigt es, wenn hier viele Mitglieder des Hauses die Forderung erheben, daß der Staat, wie der Herr Abgeordnete Herold schon hervorgehoben hat, bei der Preispolitik, bei der Förderungs- und Absatzpolitik des Kohlen-Syndikats ein Wortmitsprechen möge. Wir können es den Herren nicht überlassen, allein zu bestimmen, wieviel gefördert werden soll, zu welchem Preise es abgesetzt werden soll und was an Kohlen — die schließlich ein Nationalschatz sind — (sehr richtig!) dem Boden entnommen wird.

Das ist ein direkter Vorwurf, den ich dem Syndikat mache, und der allein den Herrn Grafen Kanitz berechtigt, seine Interpellation an das Haus heute hier anzubringen. (Bravo! rechts)

Ich komme noch auf einen vierten Punkt zu sprechen, den auch der Herr Minister erwähnte: die übertriebene Bewertung und Hochschätzung des Exports. Es ist dies nun allerdings eine verkehrte wirtschaftliche Anschauung, die nicht allein in den Kreisen der Zechenbesitzer vertreten ist, sondern die sich leider Gottes darüber hinaus auch in vielen anderen Kreisen der Nation findet, daß der Export in seiner Bedeutung überschätzt wird, und daß man den Absatz auf dem inländischen Markte und seinen Wert für die Produktion unterschätzt. Ich begrüße es daher, daß der verehrte Herr Finanzminister zu Beginn unserer diesmaligen Tagung mit sehr beredten Worten sich über die Bedeutung des inländischen Marktes ausgesprochen und dargelegt hat, daß wir unsere augenblickliche wirtschaftliche Blüte in erster Linie der Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes verdanken. Ich könnte noch hinzufügen — ich weiß nicht, meine Herren, ob der Herr Minister es damals gesagt hat —, daß die Hauptursache hierfür wieder in der neuerlichen Erstarkung der Landwirtschaft zu suchen ist, (sehr richtig! rechts) in ihrer vermehrten Kaufkraft. Damit aber führt sich das Gedeihen der Industrie zuletzt darauf zurück, daß für die Landwirtschaft neuerdings besser als früher gesorgt worden ist. Ich meine, so wird es immer sein: Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt. (Sehr richtig! rechts) Das gilt auch in Deutschland für das Verhältnis der Industrie zur Landwirtschaft. Unsere wirtschaftliche Rechnung muß vom inländischen Markte, von der Konsumfähigkeit der breitesten Massen, der Bauern und des damit verbundenen bürgerlichen Mittelstandes, ausgehen; diese Kreise ernähren die Industrie, und darum sollte die Industrie auch mehr auf den inländischen Markt geben, als durchaus exportieren wollen. Aber dieser Fehler steckt den ganzen großwirtschaftlichen Kreisen seit der Caprivischen Ära in den Knochen; damals hat man angefangen, die Bedeutung des Absatzes nach dem Auslande zu überschätzen.

Nun will ich nicht verkennen: die Industrie ist in der angenehmen Lage, durch hohe Zölle den Inlandsmarkt zu beherrschen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen) — Ja, Herr Kollege Dr. Beumer, wir haben beide in der Zolltarifkommission gesessen,

und Sie erinnern sich gewiß noch an die wunderschönen hohen Zölle, die wir Ihnen damals bewilligt haben, Sie beherrschen damit den Inlandsmarkt; Sie erhöhen Ihre Preise im allgemeinen um den Betrag der Zölle. Das Ausland kann auf dem Inlandsmarkte nicht konkurrieren, wenigstens mit einer großen Menge ihrer Artikel nicht, — Schienen z. B. brauche ich wohl nicht erst zu nennen! — (Zuruf links) — Bei 25 *M* Zoll auf die Tonne ist es gar nicht möglich, sie zu importieren. (Erneuter Zuruf links) — Ich spreche hier von den Artikeln der produzierenden Industrie, nicht von der Kohle, die für die Industrie dazu notwendig ist. (Lachen links)

Nun ist man in der Lage, große Verdienste zu machen, so lange der Inlandsmarkt aufnahmefähig ist. Die Industrie geht aber in der Übertreibung der Produktion regelmäßig zu weit. Das haben wir Ende der 90er Jahre, als die Hochkonjunktur zu Ende war, gesehen, auch jetzt wieder sehen wir es; sie überschätzt die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes. Es bilden sich Lagerbestände, die Lagerbestände drücken auf die Preisbildung, durch das festliegende Kapital werden Zinsen gefressen! Das ist der Industrie unangenehm, und darum sucht sie in solchen Zeiten — einerlei, zu welchem Preise — die Überschüsse der Produktion, die sie im Inlande nicht unterbringen kann, in das Ausland abzustößen. Die Industrie will unter allen Umständen in solchen Jahren der Überproduktion das Exportventil ziehen können, und ich verkenne nicht, daß es in den Jahren 1901 und 1902 für die Eisenindustrie sehr angenehm war, daß sie eine bedeutende Menge von Eisen nach England und Amerika abstoßen konnte. Dieses Verhältnis möchte auch die Kohlenindustrie sich erhalten; auch sie möchte gelegentlich möglichst viel Kohlen nach dem Ausland exportieren, und zu dem Zwecke ihre Geschäftsverbindungen dahin beständig aufrechterhalten, und deshalb verkauft sie größere Mengen Kohlen nach dem Auslande auch in solchen Jahren wie jetzt, wo sie die ganze Produktion an Kohle im Inlande absetzen könnte. Meine Herren, ich begreife dieses alles sehr wohl, wenn ich mich in die Haut eines Leiters einer großen Zeche hineinstecke, und nehme es den Beteiligten gar nicht übel; aber vom allgemeinen volkswirtschaftlichen Standpunkt ist das nicht zu billigen; es ist mit enormen Kosten verbunden, die, wie Herr Graf Kanitz uns vorhin vorgerechnet hat, von den inländischen Verbrauchern bezahlt werden müssen. (Sehr richtig! rechts)

Das Syndikat bewilligt nun aus den Gewinnen, die aus dem Verkaufe seiner Produkte hier im Inlande gemacht werden, den Auslandsverbrauchern in sehr vielen Fällen einen niedrigeren Preis, und das Syndikat gleicht damit zwischen Ausland und Inland aus. Meine Herren, wir sind dabei die Leidtragenden, und den Vorteil haben unsere Konkurrenten im Auslande. (Sehr richtig! rechts)

Meine Herren, diese ganze Politik kann ich eine gesunde nicht nennen. Sie hat aber mit dazu beigetragen, daß unsere Kohlenpreise jetzt eine enorme Höhe erreicht und längere Zeit behalten haben. Ich begrüße darum auch die Erklärung des Herrn Eisenbahnministers, die dahin geht, daß die Vergünstigungen der niedrigeren Frachtsätze nach dem Auslande wegfallen sollen.

Meine Herren, ich gehe noch weiter. Ich bin der Meinung: die Regierung kann es auf die Dauer nicht mit ansehen, daß die Bildung der großen Konzerne innerhalb der Kohlen- und Eisenindustrie solche Fortschritte macht, wie es in den letzten Jahren der Fall gewesen ist. Wir haben es eigentlich im Grunde genommen hier nur noch mit einigen wenigen Großbanken zu tun, der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, dem Schaaffhausenschen Bankverein, der Dresdner und der Darmstädter Bank, und dann andererseits am Rhein und in Westfalen mit den großen Firmen Stinnes, Haniel, Kannengießer, Krupp — vor allen Dingen aber Herrn Thyssen nicht zu vergessen, meine Herren, der mir augenblicklich mehr und mehr im Begriffe scheint, alle anderen zu überflügeln und in wenigen Jahren die allergrößte Firma der Montanbranche am Niederrhein und in Westfalen zu werden. (Hört, Hört! rechts) — Ja, ich höre und sehe das mit einem gewissen Bedauern; denn ich bekomme als Direktor des Bundes der Landwirte von unseren katholischen Freunden am Rhein meine Herren, so und so oft Briefe, worin sie mir Mitteilungen machen über die Art und Weise, wie Herr Thyssen seine Besitzungen ausdehnt, wie er Bauernhöfe ankauft, wie er immer neue Montangerechtheiten erwirbt, und wie er dabei sehr rücksichtslos vorgeht, wie er Wege anlegt, ohne sich um die Interessen der Gemeinden zu kümmern usw. (Glocke des Präsidenten)

Präsident v. Kröcher (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter, das geht doch etwas sehr weit von der Interpellation ab.

Dr. Hahn, Abgeordneter (bei keiner Frakt.) (fortfahrend): Es könnte so scheinen. Wenn man aber bedenkt, daß Herr Thyssen der potenteste Herr unserer Kohlenindustrie ist, so bin ich vielleicht nicht ganz im Unrecht, auch von ihm zu sprechen!

Meine Herren, wenn die Regierung nicht eingreift, wenn sie nicht selber einen genügend großen Besitz an Kohlenfeldern an sich bringt und damit entscheidend in die große Montanindustrie eingreifen kann, so werden wir es erleben, daß die jetzige Entwicklung so weiter geht, daß zuletzt Herr Thyssen, die Herren Haniel, Stinnes und wie die wenigen Familien heißen — ich nenne ungern die verehrten Namen — alles in die Hand bekommen. (Große Heiterkeit) Ich kann nicht dafür, ich bin genötigt, sie zu nennen, weil die jetzige wirtschaftliche Entwicklung es unzweifelhaft mit sich bringt, daß diese großen Industriefamilien und die mit ihnen verbundenen Banken uns zuletzt wirtschaftlich vollständig beherrschen. Wir befinden uns in einer Entwicklung, die in ihrem Endergebnis dahin führt, daß der Besitz der wichtigsten Bodenschätze in Deutschland, der Kohle und des Kali, in die Hände von relativ wenigen Menschen kommen wird. (Sehr wahr!) Und diese verhältnismäßig wenigen Menschen werden die Preise für Kohle und Kali zuletzt noch mehr bestimmen, als sie es heute schon tun. Sie werden es aber unter allen Umständen tun, meine Herren, wenn die Regierung ihren Besitz an Grubenfeldern nicht vermehrt.

Wie unbedeutend die Beteiligung des Staates an der Kohlenförderung ist, war vorhin schon durch Herrn Grafen v. Kanitz dargelegt worden. Ich will noch einige Ziffern hinzufügen. Die Steinkohleförderung im Deutschen Reiche betrug 1905 in Oberschlesien 27 Mill. t; der Staat war daran beteiligt mit 5,4 Mill.; in der rheinisch-westfälischen Produktion 66,7 Mill., woran der Staat nur mit 0,7 Mill. beteiligt war, und im Saarbecken 13,2 Mill., woran er mit 10,9 Mill. beteiligt war. Meine Herren, diese Beteiligung des Staates reicht nicht aus. Wir müssen unbedingt verlangen, daß der Staat seinen Besitz an Grubenfeldern vermehrt, und ich hoffe auch, daß noch weitere Funde gemacht worden, und daß der Staat, wenn das Berggesetz Annahme gefunden haben wird, die neuen Felder allein in die Hände bekommt und es damit den großen Interessentengruppen unmöglich macht, in der bisherigen Weise weiter zu dominieren.

Meine Herren, das ist der Stand der Dinge. Die Preisbildung wird für Kohlen lediglich durch das Kohlen-Syndikat gemacht. Im Kohlen-Syndikat aber sind ausschlaggebend die Hüttenzechen, diejenigen Firmen, in denen Zechen und Hütten zusammen unter einen Hut gebracht sind. Ich kann sie jetzt nicht mehr alle nennen; wenn die Uhr noch $\frac{1}{2}$ 12 wäre, würde ich mir die Freiheit nehmen. — Die Hüttenzechen sind in den Händen einiger großer Familien und Großbanken. Wir alle im ganzen Lande sind abhängig von der Preispolitik, die sie beschließen. Alles aber, was wir unternehmen, meine Herren, bezüglich der Ermäßigung der Eisenbahntarife, kommt also lediglich einer verhältnismäßig geringen Minorität von Staatsbürgern zugute.

Nun aber kann ich auch die Polemik nicht unterlassen, nachdem ich mich hier, wie Sie mir gewiß alle zugeben werden, rein objektiv, Herr Kollege Hirsch, geäußert habe. (Zuruf) — Sie werden keine persönliche Spitze aus meinen Ausführungen entnommen haben! (Erneuter Zuruf) — Ich glaube nicht, Herr Kollege! — Ich werde mich nun auch noch eine Kleinigkeit mit Ihnen polemisch beschäftigen. Wenn man die Ausführungen des Abgeordneten Hirsch hört, möchte man zunächst der Handelskammer Essen, seinen sämtlichen Herren Wählern und der ganzen rheinisch-westfälischen Großindustrie gratulieren zu dem geschickten Vertreter, den die Herren in dieses Haus entsandt haben. (Bravo! bei den Nationalliberalen) — Sehen Sie, meine Herren, ich habe es diesmal ausnahmsweise bei Ihnen getroffen! (Große Heiterkeit rechts) Es fragt sich nur, ob der Herr Abgeordnete Hirsch das Richtige getroffen hat. Nach seiner Meinung muß man vom Kohlen-Syndikat sagen:

Dies Kind, kein Engel ist so rein,
Laßt's Eurer Huld empfohlen sein.

Der Herr Abgeordnete Hirsch hat für Höhersetzung der Kohlenpreise durch das Kohlen-Syndikat wieder die bösen Agrarier im letzten Grunde verantwortlich gemacht. Er hat gesagt: der Anteil der Löhne an dem Preise für die Tonne Kohlen ist fortgesetzt gestiegen. Das trifft zu. Er hat weiter gesagt: warum müssen die Arbeiter höhere Löhne haben? Weil sie mehr Geld ausgeben müssen für ihre Lebensmittel; also es sind die bösen Agrarier, denen man die höheren Lebensmittelpreise bezahlen muß. Sie sind daran schuld, daß das Kohlen-Syndikat höhere Preise nehmen muß!

So ist es auch hier wiederum glücklich gelungen, die bösen Agrarier für alle unerfreulichen wirtschaftlichen Vorgänge im Deutschen Reich verantwortlich zu machen. (Sehr gut!) Herr Abgeordneter Hirsch, eines hat sich allerdings bei den Bergarbeitern gehoben, ihre Lebenshaltung; sie bekommen zu meiner Freude höhere Löhne; ich gönne sie ihnen von ganzem Herzen und wünsche, daß sie sie behalten. Der Herr Abgeordnete

und spätere Minister v. Möller hat uns mehrfach dargelegt, wie die Löhne der Bergarbeiter seit den 70er Jahren um 1,50 *M* pro Tag gestiegen sind. Dadurch sind die Bergarbeiter in die angenehme Lage gekommen, für ihre Ernährung und die ihrer Familien mehr ausgeben zu können. Ihre allgemeine Lebenshaltung hat sich verbessert, ihre Ansprüche haben sich gehoben. Wenn der böse Wohnungswucher nicht an den Arbeitern verbrochen würde, wenn sie nicht einen übermäßig großen Teil ihrer Einnahmen für ihre Wohnung ausgeben müßten, dann könnten sie noch viel mehr für ihre Ernährung aufwenden. So liegt die Sache in Wirklichkeit. Aber von einem Steigen der Preise für die Lebensmittel, Herr Abgeordneter Hirsch, in dem Umfange, wie Sie meinen, kann keine Rede sein. Der Herr Abgeordnete Herold hat uns schon dargelegt, daß eine Steigerung des Brotpreises überhaupt nicht in Frage kommt. Wenn wir aber eine Steigerung der Fleischpreise gehabt haben, was ich nicht bestreite, so sind die Agrarier daran unschuldig. Wenn die Landwirte bei uns in Deutschland ihre Produktion ausdehnen, ihre Schweinehaltung vermehren, wenn sie instande sind, das nötige Quantum an schlachtreifem Vieh und Schweinen zu liefern, so ist die Ernährung des deutschen Volkes damit sichergestellt, so sind wir nicht auf das Ausland angewiesen, so hat die Landwirtschaft ihre Schuldigkeit getan, und die Fleischpreise mußten wieder normale werden! Sie sind nicht heruntergegangen, sie sind von den Fleischern hoch gehalten worden! Ich bitte deshalb, nicht die Landwirte dafür verantwortlich zu machen, und ich ersuche den Herrn Abgeordneten Hirsch, seinen ganzen Einfluß nicht allein in den großen wirtschaftlichen Korporationen, von denen er vorhin sprach, sondern auch in der Presse, namentlich in der nationalliberalen Presse, dahin geltend zu machen, daß die Landwirte nicht daran schuld sind, wenn zur Zeit noch hohe Preise für das Fleisch gezahlt werden, sondern ganz andere Leute. (Sehr richtig! rechts)

Wir würden Ihnen dafür danken, Herr Abgeordneter Hirsch, und Sie würden dadurch zu einem besseren Verständnis zwischen Landwirtschaft und Industrie wesentlich beitragen. Sie befanden sich vorhin in einem *circulus vitiosus*. Nicht die gestiegenen Lebensmittelpreise sind schuld an den erhöhten Kohlenpreisen, sondern die Sache ist umgekehrt. Wenn die Kohlenpreise vom Syndikat erhöht werden — was keine Notwendigkeit ist; denn die Dividenden sind hoch genug —, kommen naturgemäß die Arbeiter und verlangen höhere Löhne und setzen sie auch durch. Das wirkt ein auf die Lohnzahlung auf dem platten Lande; dann kommen auch die Arbeiter auf dem platten Lande und verlangen naturgemäß ebenfalls höhere Löhne. Leider hat aber die Gesetzgebung, die für die Kohlenindustrie und die schwere Eisenindustrie ausreichend durch Zolltarif, Exporttarife usw. gesorgt hat, nicht in gleichem Maße auch für die Landwirtschaft gesorgt. Hätte sie das 1902 im Zolltarif getan, so wären in den Handelsverträgen ausreichende Zölle für die Landwirtschaft erhalten geblieben, die ihr eine gute Preisbildung gewährleisten hätten. Dann hätte die Landwirtschaft auch mit der Industrie in der Erhöhung der Löhne Schritt halten können. Das kann sie zur Zeit nicht; deshalb sehen wir die Lohnkämpfe in der Kohlenindustrie mit unangenehmen Gefühlen an. Darum wünschen wir auch nicht, daß das Kohlen-Syndikat die Kohlenpreise unnötig hoch setzt, wie das in den letzten Jahren geschehen ist! Das wünschen wir nicht aus dem besonderen Grunde, weil das naturgemäß auf die Arbeiterschaft ungünstig einwirkt, neue Lohnkämpfe herbeiführt und diese wieder auf das platte Land einwirken, sodaß es uns unmöglich wird, noch Arbeiter auf dem platten Lande zu halten.

Herr Abgeordneter Graf v. Kanitz hat ausgeführt, daß ungefähr drei Armeekorps an Arbeitern allein den Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen durch die Nachfrage nach Arbeitern in der Montanindustrie entzogen worden wären. Das gibt auf die Provinz ein Armeekorps. Ost- und Westpreußen und Posen haben bekanntlich drei Armeekorps; ich könnte Schlesien, die Mark, meine Heimatsprovinz Hannover usw. ebenso gut nennen. Alle diese Provinzen haben mindestens ein Armeekorps an Arbeitern an die schwere Industrie des Westens abgegeben. Meine Herren, das hat seine enormen Bedenken; nicht nur in landwirtschaftlicher Hinsicht, ob die Scholle dann noch weiter bestellt werden kann, nein, vor allem auch in nationaler Beziehung.

Herr Abgeordneter Hirsch, es mag Ihnen unangenehm sein oder nicht: auch die Fortschritte des Polonismus in Deutschland, die nicht zu bestreiten sind, gehen zurück auf das Leerwerden des platten Landes von germanischen arbeitenden Männern im Osten, und das ist wieder darauf zurückzuführen, daß die Industrie des Westens diese Männer an sich gezogen hat. (Sehr richtig! rechts) Wenn das Polentum in Deutschland Fortschritte macht, ist die ganz übertrieben schnelle Entwicklung der schweren Industrie im Westen in erster Linie daran schuld. (Zuruf links) — Sie nehmen einen Teil der Polen

auf, das verkenne ich nicht. Sie nehmen uns aber auch die deutschen Arbeiter weg, und wenn der Landwirt seine Scholle nicht unbestellt liegen lassen will, muß er polnische und andere Arbeiter aus den Nachbarstaaten, wo es noch solche gibt, heranziehen. Insofern ist die hypertrophische Entwicklung unserer schweren Industrie die erste Ursache des Fortschreitens des Polonismus in Preußen. (Heiterkeit links; Sehr richtig! rechts) Das ist für jeden, der einigermaßen nüchtern die wirtschaftlichen Dinge im Osten und Westen sich angesehen hat, wozu ich vielfach Gelegenheit gehabt habe, sonnenklar. Wer das bestreitet, weiß entweder im deutschen Vaterlande nicht Bescheid oder er hat Gründe, daß er das nicht wahr haben will.

Darum meinen meine Freunde und ich, daß wir den Polonismus mit einer richtigen Wirtschaftspolitik am allermeisten bekämpfen, die die Landwirtschaft des Ostens befähigt, der Industrie des Westens das Gleichgewicht zu halten. Machen wir eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die es dem deutschen Manne erlaubt, im Osten auf der Scholle zu bleiben, so haben wir das Beste getan, was wir gegen das Vordringen des Polonismus überhaupt tun können, wobei ich übrigens erklären kann, daß ich mit den Maßnahmen der Regierung, was die Ansiedelungspolitik, die Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken usw. anlangt, in jeder Beziehung einverstanden bin.

Meine Herren, ich habe dem Herrn Abgeordneten Hirsch mit Fug und Recht zu entgegnen, daß es durchaus angebracht war, auch die Polenfrage, wie es Graf Kanitz tat, in diese wirtschaftliche Debatte hineinzuziehen.

Nun hat Herr Abgeordneter Hirsch ein Wort zum Frieden zwischen Industrie und Landwirtschaft geredet, er hat gemeint, daß die Landwirtschaft nicht geneigt sei, diesen Frieden zu halten, daß die Interpellation des Grafen v. Kanitz gewissermaßen eine neue Provokation der Industrie bedeute. (Rufe links: Sehr richtig!) — Sehen Sie, der Herr Abgeordnete Schmieding bestätigt mir das. Seien Sie doch nicht so nervös, meine Herren! (Heiterkeit) Herr Abgeordneter Graf v. Kanitz hat in der urbansten Form — in anderen Formen würde es ihm überhaupt unmöglich sein, sich auszudrücken — auf einen allgemeinen wirtschaftlichen Übelstand aufmerksam gemacht, (sehr richtig! rechts) auf die Höhe der Kohlenpreise. Er hat dann in der vorsichtigsten Weise nach Mitteln gesucht, wie man diesen Übelstand beseitigen könne, und hat das eine Mittel in der Einführung eines Kohlenausfuhrzolls gefunden und ein zweites in der Beseitigung der Ausnahmetarife für den Kohlenexport nach dem Auslande erblickt. Ich sehe nicht ein, welcher Akt von Feindschaft gegenüber der Industrie in diesen Vorschlägen des Herrn Grafen Kanitz liegen könnte! Ich bin nun ja allerdings hier Parteimann auf der agrarischen Seite. Aber vielleicht können wir einmal einen unparteiischen Herrn aus dem Zentrum fragen, ob Herr Graf Kanitz in irgend einer Weise provokatorisch gegen die Kohlenindustrie gesprochen hat. (Zuruf links: Sie haben es getan!) — Ich bin mir dessen auch nicht bewußt! Ich habe Tatsachen festgestellt, und wenn diese Tatsachen Ihnen unangenehm sind, dafür kann ich doch nichts; dann helfen Sie mir, diese Tatsachen, soweit die Gesetzgebung es ermöglicht, aus der Welt zu schaffen, vor allem das Mitbestimmungsrecht des Staates an der Preisbemessung einzuführen und dem Staat einen Einfluß auf das Kohlen-Syndikat zu verschaffen!

Nein, Herr Abgeordneter Hirsch, wenn wir abrechnen wollten zwischen Industrie und Landwirtschaft, ich glaube, dann wäre es die Landwirtschaft, die sich zu beklagen hätte, daß nach der jahrelangen in der Bismarckschen Zeit unter Führung der Herren v. Kardorff, Stumm und Graf Mirbach aufrechterhaltenen Freundschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft die Industriellen nachher diejenigen gewesen sind, die die Landwirtschaft haben sitzen lassen, die der Landwirtschaft in schweren Zeiten nicht beigegeben haben, während die Landwirtschaft ihrerseits alle Forderungen der Industrie ohne Ausnahme bewilligt hat. (Heiterkeit links) Die Zölle, die die Industrie zum Schutz der nationalen Arbeit nötig hatte, konnte sie durch ihre eigenen Parlamentarier nicht erreichen; denn ihre Wahlkreise waren ihr schon fast alle seit Jahren verloren gegangen an die Sozialdemokraten. Die wenigen Deputierten ihrer Wahlkreise konnten Ihnen einen nationalen Zolltarif mit ausreichendem Schutz für die gewerbliche Arbeit nicht bewilligen! Wenn er Ihnen bewilligt ist, 1879 unter Bismarck, dann durch weitere Novellen und zuletzt 1902, so haben Sie diese Bewilligungen einer Majorität des Reichstags zu verdanken gehabt, die zur Hauptsache aus Vertretern der ländlichen und nicht der industriellen Kreise bestand. (Zuruf links) — Es ist eine andere Sache, ob ich das persönlich getan habe. Ich behaupte nicht, daß ich der einzige Agrarier in Deutschland bin. Ich räume den Herren, die für den Zolltarif gestimmt haben, durchaus die Qualität ein, Agrarier zu sein. Ich habe persönlich allerdings dagegen stimmen müssen, weil die

Imparität zwischen Industrie und Landwirtschaft zu groß war. (Heiterkeit bei den National-liberalen) Was Sie aber erreicht haben, verdanken Sie gleichwohl den Agrariern in Deutschland! (Sehr richtig! rechts) Wir haben damals in der Zolltarifkommission — es ist eine ganze Reihe von Herren, die dabei gewesen sind, hier anwesend, so der Herr Abgeordnete Herold — der Industrie, wenn es hieß: „Nordamerika bedroht uns, der Import wird zunehmen“, anstandslos die Zölle erhöht. Ich könnte eine Reihe von agrarischen Abgeordneten der Rechten nennen, die in diesen Fällen für die Industrie stets besonders lebhaft eingetreten sind. Haben Sie (nach links) das Gleiche getan gegenüber den Forderungen der Landwirtschaft? Nein, meine Herren! Als Sie wußten, daß Sie Ihre Zollpositionen hatten, haben Sie erklärt, daß der Doppeltarif nicht auf sämtliche landwirtschaftliche Produkte ausgedehnt werden dürfe, sondern auf die vier Hauptgetreidearten beschränkt werden müsse. Sie haben uns einen Minimalzoll auf Vieh und Fleisch nicht bewilligt, nicht mal einen Minimalzoll für die Produkte des Gartenbaues.

Meine Herren, ich muß bei der vorgerückten Zeit davon Abstand nehmen, mit dem Herrn Abgeordneten Hirsch und der Industrie, deren Vertreter er heute gewesen ist, jetzt abzurechnen. Ich werde vielleicht später mehr Gelegenheit finden. Wenn wir gegenseitig einmal unsere Rechnungen aufmachen, so bleibt für die Landwirtschaft noch eine enorme Forderung an die Industrie per Saldo übrig. Und wenn die Industrie diese Forderung der Landwirtschaft mehr und mehr begleichen wird, dann wird die Landwirtschaft in Deutschland auch wieder mehr konkurrenzfähig gegen über dem Ausland werden! Damit tut die Industrie aber noch nicht einmal etwas gegen ihre eigenen Interessen, sondern sie tut etwas für sich selbst, indem sie die besten und zahlreichsten Abnehmer für ihre Produkte in Deutschland stärkt. Darum kann ich diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne von neuem zu betonen: fördern wir den Absatz unserer Produkte auf dem Inlandsmarkte, kommen wir zurück von dieser übertriebenen Exportpolitik! Möge das Kohlen-Syndikat zur rechten Zeit Einsicht zeigen, möge es aufhören, so bedeutende Mengen von Kohlen in einer Zeit nach dem Ausland abzustößen, wo diese Kohlen vollkommen Unterkunft bei uns finden können, möge das Kohlen-Syndikat aber vor allem in Zeiten starker Nachfrage, wie wir sie jetzt haben, den Zechen freie Hand lassen, bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit ihre Förderung auszudehnen, um den Bedarf des inländischen Marktes zu decken. Haben Sie das getan, dann brauchen Sie nicht zu befürchten, daß jemand gegen Sie hier Angriffe richtet, dann brauchen Sie nicht so nervös zu sein, wie Sie es heute gewesen sind, (Lachen bei den Nationalliberalen) was der beste Beweis dafür war, daß Herr Graf v. Kanitz mit seiner Interpellation in die richtige Kerbe getroffen hat. (Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Nationalliberalen.)

Präsident v. Kröcher: Ich schlage dem Hause vor, sich jetzt zu vertagen. — Damit ist das Haus einverstanden.

Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Hirsch (Essen).

Hirsch (Essen), Abgeordneter (nat.-lib.): Meine Herren, der Herr Abgeordnete Dr. Hahn hat behauptet, ich hätte hier die Schuld daran, daß erhöhte Preise und Löhne im Kohlenrevier bestehen, der Landwirtschaft zugeschoben. Das ist ein Mißverständnis. Ich habe ausdrücklich gesagt — ich konstatiere das —: die erhöhten Preise bestehen; ich will aber nicht untersuchen, worauf diese Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen ist. Ich habe auch ausdrücklich in diesem Zusammenhang hervorgehoben, daß ich anerkenne, daß die Viehpreise zurückgehen, daß aber die Detailpreise allerdings geblieben seien. Ich lege Wert darauf, festzustellen, daß ich nicht behauptet habe: die Landwirtschaft trägt die Schuld daran.

Präsident v. Kröcher: Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 4 Uhr 50 Minuten.